

ASStA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - H E R B S T 2 0 1 6



astA UNI
FFM

Flucht, Asyl, Migration



Hrsg. ASTA der Universität Frankfurt am Main

V. i. S. d. P. AStA-Vorstand
Valentin Fuchs,
Katharina Kröll
Max Rudel

Anschrift Mertonstr. 26-28,
60325 Frankfurt a.M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Redaktion AStA-Zeitungsreferat
Henry Dill
Johannes Fechner
Paul Stephan

eMail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung Dominik Heusel, gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag&Druck

Auflage 49 000

Jahrgang 2016

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des AStA oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Keiner. Geben Sie diese Zeitung jeder
x-beliebigen Person für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Seite 1,3,5,11,16 & 31-21: Ole / owieole.net
Seite 7-8: Sensible Date
Seite 15-20: Johanna Bröse
Seite 27: koernerfresser / Flickr.com
Seite 34: Francois Mori
Seite 39: Pay Numrich / feinfrisch.net
Seite 46: Frank Behnsen / wikipedia
Seite 48: Dontworry / wikipedia

Die restlichen Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen

Editorial

Dass Flucht, Asyl und Migration drei Schlagworte sind, die unsere gegenwärtige Weltlage in nicht unerheblichem Maße prägen, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Es steht uns hier in Frankfurt jeden Tag unmittelbar vor Augen.

Freilich handelt es sich bei der Flüchtlingsthematik mitnichten um ein bloß deutsches oder auch nur europäisches Problem. Laut Wikipedia zählte das Kommissariat der UNO für Flüchtlinge (UNHCR) Ende 2012 weltweit 10,5 Millionen Flüchtlinge, Ende 2015 21,3 Millionen Flüchtlinge, 3,2 Millionen Asylbewerber*innen sowie 40,8 Millionen Heimatvertriebene.¹ Das ist die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch auch abseits der Flüchtlingsproblematik im engeren Sinne ist unser Planet derzeit wohl so von Migrationsströmen aller Art geprägt wie noch nie zuvor in den letzten Jahrtausenden. Es handelt sich dabei um Ströme so ungeheuren Ausmaßes, dass die traditionelle in nationalstaatlichen Kategorien wie „Grenze“ und „Staatsbürgerschaft“ denkende Politik ihnen immer weniger gewachsen ist; genauer, es wird offensichtlich, dass diese Kategorien ihren Ansprüchen auch schon früher nie genügen konnten und schon immer falsch waren. Es geht in der heutigen post-modernen Migrationspolitik nicht mehr darum, absolute Grenzen zu definieren, sondern sie flexibel zu regulieren, die Ströme sie in bestimmte Bahnen zu lenken, aufzustauen, zu verlangsamen oder zu beschleunigen – und vor allem, die in ihnen wie Partikel fließenden Menschen nach unterschiedlichen Kriterien (vor allem natürlich: der Tauglichkeit für die jeweiligen Erfordernisse des Arbeitsmarktes) auszusieben.

Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille, die Makroperspektive, die natürlich zynisch ist, insofern sie nicht in den Blick nimmt, dass es jeweils einzelne Individuen sind, die oft gezwungenermaßen ihre Heimat verlassen und mitunter groteske Irrwege durch die vielen Fangnetze auf sich nehmen, um endlich an den metropolitanen Fleischtopfen zu landen. Zynisch ist aber im gleichen Maße eine deutsche Mehrheitsgesellschaft, die ihren Beitrag zur Willkommenskultur leisten möchte, aber sich gleichzeitig nach einer sicheren Grenze im Meer und in der Kultur sehnt.

Andererseits lässt sich die beschriebene Makroperspektive noch durch eine sozusagen „universalhistorische“ Metaperspektive übertrumpfen und somit selbst als Mikroperspektive ausweisen: Denn der Mensch zeichnet sich von Beginn seiner Geschichte dadurch aus, dass er ein gehetztes Tier ist, ein Tier auf permanenter Flucht. Wenn einzelne Menschengruppen nicht immer wieder von widrigen Umgebungen zum Aufbrechen der heimatlichen Zelte veranlasst worden wären, hätte sich der homo sapiens sicherlich nicht über den ganzen Globus ausgebreitet – und es waren erst Innovationen wie Viehzucht und Ackerbau, die es ihm überhaupt ermöglichten, die unbequeme nomadische Lebensweise abzulegen; seitdem zieht er Grenzen um seine Scholle und sorgt sich eifersüchtig um sein mühselig dem Boden abgerungenes Gut.² Und doch kommen immer wieder „Barbar*innen“ aus fremden Gegenden, um den/der Häuslebauer*in aus seinem/ihrem Winterschlaf zu wecken und ihm/ihr seinen/ihren – letztendlich stets auf willkürliche Aneignung zurückgehenden und daher auch nicht ganz unberechtigterweise durch ebensolche Willkür absprechbaren – Besitztitel streitig zu machen. Sie mischen oft ganz Kontinente auf, bringen ganze Imperien aus den Fugen und werden mit äußerster Feindseligkeit behandelt. Und doch stoßen auch sie sich einmal die (nur vermeintlich teuflischen) Hörner ab, schließen ihren Frieden mit den ursprünglich ansässigen Häuslebauer*innen und ziehen ihre eigenen Gartenzäune hoch. Unterdessen haben sie der steif gewordenen Kultur des Gastlandes neue Impulse verschafft und sind zu Gründer*innen einer ganz neuen Kultur geworden, in der sich ursprüngliche*r Bewohner*in und Neuankömmling vermischen. Im Wechselspiel von Nomadentum und Landnahme

konstituiert sich so menschliche Geschichte, zivilisatorischer Fortschritt und produktive kulturelle Entwicklung. Wer dagegen althergebrachte Besitzrechte ins Felde führt oder gar meint, es gäbe da irgendeine altehrwürdige Kultur zu retten, handelt vielleicht psychologisch verständlich (Wer opfert schon gerne freiwillig liebgewonnene Privilegien?), überhistorisch betrachtet jedoch hoffnungslos unwissend. Die Behauptung irgendeines beliebigen durch Mauern und Zäune als Gipfelpunkt der Geschichte hat bekanntlich noch nie gut funktioniert.

Wir sind sehr froh darüber, dass wir Beiträge aller Art in diesem Heft versammelt haben, die sich in dieser Grundeinsicht in die Funktionsweise menschlicher Geschichte einig zu sein scheinen und sich nicht von primitiven Ängsten leiten lassen und ihre gefährliche Wirkungsweise aufzeigen. Von dieser prinzipiellen Übereinstimmung abgesehen, könnten die Beiträge in der Wahl der Gegenstände und des Blickwinkels, den sie auf ihn richten, unterschiedlicher nicht sein: Neben Beiträgen eher theoretischen, allgemein gehaltenen Beiträgen versammelt das Heft auch mehrere künstlerische Kontributionen sowie zahlreiche wissenschaftliche und journalistische Texte, die sich dem Flüchtlings-thema aus einer eher spezifischen, lokalen Perspektive nähern. Wir freuen uns dabei insbesondere darüber, dass die Beiträge nicht nur das deutsche „Flüchtlingsproblem“ behandeln, sondern etwa auch die Flüchtlingskrise in Südafrika oder Kolumbien. Und einige der Beiträge sind auch direkte Erlebnisberichte von Menschen vor Ort, die uns unmittelbar mit dem Leid und der Not der von der „Flüchtlingskrise“ am meisten betroffenen – nämlich den fliehenden, oft genug gehetzten Menschen, die hinter diesem abstrakten Begriff zu verschwinden drohen.

Abseits dieses Flucht-Schwerpunktes haben wir einige Artikel zu anderen politischen Themen. Mehrere Texte berichten über die Gewerkschaftsdiskussionen, ob es dabei um die Gründung einer eigenen, so im Fall von Unter_bau oder um die Verwicklungen dieser in den französischen Protesten um das loi travail geht. Einer unserer kontinuierlichen Textproduzenten schreibt über die Verbindung von Rechtsterrorismus und Gewalt gegen Geflüchtete. Im hinteren Teil findet ihr auch ein experimentelles Debattenformat: In diesem wird in vier Artikeln über den politischen Sinn und die Aktionsformen der IL und des Bündnisses Ende Gelände argumentiert. So haben hier alle Autor*innen die Möglichkeit einer zweiten Antwort erhalten, was dem Ganzen einen diskursiven Charakter verleiht.

Ein Manko des Heftes ist dabei sicherlich, dass es kaum die Flüchtlinge selbst sind, die zu Wort kommen, sondern primär Theoretiker*innen, Künstler*innen und Journalist*innen, die in ihrem Namen sprechen, sie zitieren und über sie berichten. Dieses Über- und nicht Mit-den-Migrant*innen-Reden scheint eines der Hauptprobleme des gegenwärtigen deutschen Diskurses zu sein. Es geht letztendlich stets um Selbstbespiegelung: „Unser“ Verhältnis zu „denen da“.

PS: Die kommende Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema „Sex“. Wir freuen uns über alle diesbezüglichen Einsendungen (siehe hierzu auch den Call for Sex am Ende des Hefts S. 53).

¹ Wenn auch mehrmals im Text der Begriff der Heimat verwendet wird, wollen wir es nicht vernachlässigen, darauf hinzuweisen, dass ‚Heimat‘ als solche ein falsches gesellschaftliches Konstrukt ist, welches keinesfalls einen progressiven und positiv politischen Bezugspunkt darstellen kann. Für die Zahlen vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Flüchtling>; abgerufen am 15. 9. 2016.

² Noch heute erscheint dem/der Besitzer*in der Scholle der Konkurrenzkampf um die selbige als Agens seiner/ihrer Bedürfnisse und Ängste. Gleichwohl ist es offenkundig, dass die Verteilung, Bewegung und Verwertung der Schollen jenseits der Entscheidung der Einzelnen doch immer schon von Konsortien, Ratingagenturen und Gläubigern geplant wurde.



**Europa
im Ausnahmezustand**

05

**Langsam kriegen wir
die rechnung, ...**

13

Flucht



Triptychon

07

Zur Krisis

14



**Drei Angriffe
pro Tag**

09

**Gaziantep:
Eine kapitalistische
Metropole
und der Syrienkrieg**

15



Asyl

**Öffentlicher Streit
der Regierungsparteien
über den Aufstieg
der AfD**

11

Border Patrol

21





Xenophobie in Südafrika

25



Die Hässlichkeit des Humanismus

27

Migration

Fremde Namen in aller Munde

29

Erinnerung 14

29

- 05 **Europa im Ausnahmezustand**
Georg Spoo
- 07 **Tryptichon**
Sensible Date
- 09 **Drei Angriffe pro Tag**
Yunus Özak
- 11 **Öffentlicher Streit der Regierungsparteien über den Aufstieg der AfD**
farbeRot
- 13 **Langsam kriegen wir die rechnung,...**
Sarah Irini Uçar
- 14 **Zur Krisis**
Tim Tharun
- 15 **Gaziantep: Eine kapitalistische Metropole und der Syrienkrieg**
Alp Kayserilioğlu
- 21 **Die Border Patrol**
Eva Grobbink
- 23 **Colombia's Internally Displaced Persons**
Estefanía Liehr
- 25 **Xenophobie in Südafrika**
Melanie Lenk
- 27 **Die Hässlichkeit des Humanismus**
Karl-Heinz Kreuzer
- 29 **Erinnerung 14**
Sensible Date
- 29 **Fremde Namen in aller Munde**
Anonym
- 30 **ASTA News**
- 33 **Wo stehst du mit deinem Protest, Genosse?** Felix Kronau
- 35 **Dahin zurück, wo's nach vorne geht**
Markus Müller (unter_bau)
- 37 **Hauptwiderspruch Kohle**
Linke Liste Frankfurt
- 39 **Widerspruch Kohlebagger**
Valentin Fuchs
- 41 **Antwort auf „Widerspruch Kohlebagger“**
Linke Liste Frankfurt
- 44 **Immer noch dieser Kohlebagger**
Valentin Fuchs
- 45 **Der Adorno-Code**
Alexander Hagen
- 48 **Warum ich den Body of Knowledge als Fahrradständer benutze**
Arno Nym
- 49 **Gegen die Gesamtscheiße**
A&A
- 51 **Kontakte & Adressen**
- 53 **Call for Sex**

Europa im Ausnahmezustand.

Über die autoritäre
Entpolitisierung des europäischen
Abschottungsregimes

„Äußere“ und „innere“ Gefährdungen der zivilen Demokratie

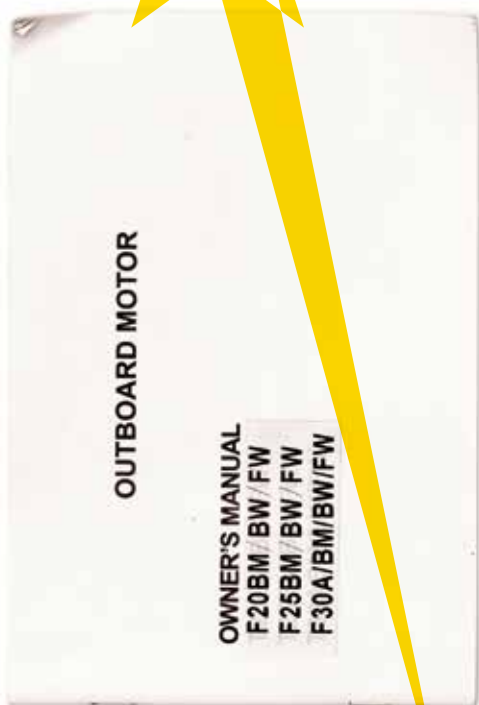
Die größte Gefahr für Aufklärung, Demokratie und Humanismus scheint derzeit von der neuen Rechten und Rechtsextremen auf der einen Seite und Islamisten auf der anderen Seite auszugehen: Erdrutschsiege für die AfD auf Landesebene, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, brutale Überfälle und hemmungslose Attacken gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer einerseits, islamistische Terrorangriffe auf das zivile Alltagsleben und gegen Orte lustvoller Lebensbejahung andererseits. Dunkle und verdrängte Kräfte der politischen Peripherie brechen zurzeit mit aller Wucht in das politische Zentrum und in die gesellschaftliche Normalität der Gegenwart hinein. Dabei verweigern sich diese Kräfte nicht nur der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung, sondern noch grundlegender dem politischen Sprechen überhaupt. Der islamistische und rechtsextreme Terror spricht nicht. Es geht ihm nicht darum, eine politische Bühne anders zu bespielen, sondern darum, sie zu zerstören: Die „Botschaften“ des IS bestehen folglich aus Videos mit apokalyptischen Eroberungsphantasien und Enthauptungen; und strukturell verwandt lehnen PEGIDA-Demonstranten jeden Journalistenkontakt ab. In der politischen Sprachlosigkeit zeigt sich der antipolitische Charakter beider Bewegungen. So hat sich die AfD auch schon vor ihrer klaren Rechtswende in

erster Linie nicht als politische, sondern als wissenschaftliche „Professoren“-Partei inszeniert, und dann bald ihre szientifische durch eine plebiszitäre Antipolitik ersetzt, in der ein unmittelbarer und vorpolitischer Volksbegriff im Zentrum steht.

Das verweigerte politische Sprechen lässt sich als zivilisatorische Brutalisierung verstehen, in der Konflikte nicht mehr vorrangig in kommunikativen Prozessen gegenseitiger Anerkennung moderiert werden, sondern das Gesetz der Feindschaft und im Äußersten folglich das der Gewalt gilt. Das Politische wird gegen diskursive Aushandlungen einseitig zugunsten (potentiell) gewalttätiger Feindauseinandersetzungen aufgelöst. Man könnte dieses Szenario als Verrohung der politischen Ränder in Zeiten der ökonomischen Dauerkrise interpretieren. Demzufolge ist die Errungenschaft politischer Zivilität doppelt gefährdet, nämlich durch den politikfeindlichen Populismus der neuen Rechten einerseits und das antipolitische und kriegerische Gewaltpotential des islamistischen (und rechtsextremen) Terrors andererseits. Doch eine solche Diagnose macht es sich noch zu leicht. In ihr scheint die liberale, demokratische und offene Gesellschaft nämlich allein durch äußere „Feinde“ bedroht. Doch die wohl größte Gefahr für Demokratie, Aufklärung und Humanismus und das Politische überhaupt kommt nicht „von außen“, sondern erwächst aus dem „Inneren“ dieser Gesellschaft selbst. Das zeigt sich gegenwärtig besonders an der autoritären Zurüstung der europäischen Abschottungsunion, die einen humanitären Ausnahmezustand nach außen und einen sicherheitspolitischen Ausnahmezustand nach innen zur Folge hat. „Autoritäre Entpolitisierung“ droht zum leitenden Paradigma der postpolitischen Funktionszentren dieser Gesellschaft zu werden.

Der verdoppelte Ausnahmezustand

Das zynische Kalkül der europäischen Flüchtlingsabschreckungspolitik hat sich immer wieder in Orten menschlichen Leids und Elends verdichtet. Der sogenannte „Dschungel“ in Calais ist ebenso zum Bild für dieses Elend geworden wie die griechische Insel Lesbos, das Österreichische Traiskirchen, Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze und die ersten Hot Spots in der Ägäis. An diesen und vielen anderen Orten zeigt sich dasselbe Bild humanitärer Notstände: Fehlende Grundversorgung und mangelhafte sanitäre Anlagen, notdürftige (oder gar keine) Unterkünfte in Schlamm und Müll, hygienisch katastrophale Zustände, Mangel an ärztlicher Versorgung und Medizin, Polizeigewalt, keine funktionierenden Registrierungssysteme, administrative Willkür und auseinandergerissene Familien und Verwandtschaften. Die irregulären Flüchtlingscamps, wie in Calais und Idomeni, wurden inzwischen geräumt. Das Elend wird damit nicht beseitigt, sondern nur in die Unsichtbarkeit von staatlich verwalteten Lagern verschoben,



in denen die Verhältnisse oftmals nicht viel besser sind als zuvor, aber nicht mehr medial abgebildet werden. Auch die Hot Spots lassen sich schon der Idee nach als zweifelhafte Instrumente eines autoritativen Kontrollregimes zur bevormundenden Steuerung von Fluchtbewegungen kritisieren. Ihre Wirklichkeit ist indes weitaus dramatischer: Statt gut organisierter zügiger und individueller Einzelfallprüfung werden in völlig unterbesetzten Registrierungsstellen rechtlich höchst fragwürdige Schnellverfahren durchgepeitscht, die eine Einzelfallprüfung eigentlich unmöglich machen. Nachdem Beschwerdekommisionen wiederholt Einspruch gegen besonders krasse Asylverweigerungen eingelegt haben, hat die EU-Kommission verlangt, dass die Beschwerdekommisionen neu besetzt werden. Diese drohen jetzt zur völligen Farce zu werden. Die Hot Spots sind organisierte Lager des menschenunwürdigen Ausnahmezustands und funktionieren vorrangig als Abschreckungsinstrumente. Mit ihnen wird die bare Menschenverachtung institutionalisiert.

Der permanente Ausnahmezustand an den Grenzen Europas bleibt dabei keineswegs äußerlich. Vielmehr scheint die brutale Abschottung nach außen immer mehr in eine repressive Politik nach innen umzuschlagen. An der Türkei lässt sich das musterergütig beobachten: Als brutaler Türsteher der europäischen Union befindet sich die Türkei seit dem verhinderten Putsch im Ausnahmezustand. Massenverhaftungen von Journalisten, Richtern und Wissenschaftlern, Hetze gegen Kurden und Regimekritiker stehen auf der Tagesordnung, im Alltag liegen lähmende Angst einerseits und aggressive nationalistische Euphorie andererseits ganz nahe beieinander. Doch auch außerhalb der Türkei zeichnet sich eine autoritative Tendenz ab. Die Verwandlung der sozialen Demokratie in autoritative Technokratie ist dabei immer auch eine Entpolitisierung der Politik, weil in der Alternativlosigkeit und dem Antipluralismus technischer Lösungen inhaltliche Auseinandersetzungen und genuin politisches Sprechen keinen Ort haben. Diese Zerstörung des Politischen zeigt sich schon an der Verfasstheit der europäischen Union überhaupt, die in erster Linie als einheitlicher Wirtschaftsraum, aber nicht ebenso stark als politische und soziale Union konzipiert ist. Ihre politischen Institutionen sind von einem strukturellen Anti-Parlamentarismus gekennzeichnet: Mit der europäischen Kommission und besonders dem europäischen Rat kommt einem Exekutiv- und einem demokratisch unzureichend legitimierten Legislativorgan größte politische Gestaltungsmacht zu, gegen die das europäische Parlament entweder gar nicht oder nur durch unwahrscheinlich große, fraktionsübergreifende und damit profllose Zusammenschlüsse ankommt. Auch die europäische Krisenpolitik wurde in diesem Geist zu erheblichen Teilen mit der Troika an eine irreguläre und demokratisch kaum

legitimierte Ad-Hoc-Einrichtung delegiert. Die Tendenz zur Entpolitisierung der Politik zeigt sich etwa auch in Frankreich. Dort wurde nach den brutalen islamistischen Terroranschlägen im November 2015 die Ausbürgerung verurteilter Terroristen angestrebt; seit Monaten gilt der Ausnahmezustand, der Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit einschränkt, was zur Zeit der umstrittenen neoliberalen Reform des Arbeitsgesetzes besonders delikat ist. Und auch in Deutschland finden sich Anzeichen für eine autoritäre Auflösung des politischen Sprechens in angstgesteuerte Sicherheitsdiskurse: Während die AfD durch die Forderung nach Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge den Ausnahmezustand an der bundesdeutschen Grenze herbeisehnte, deutete Horst Seehofer einen innenpolitischen ‚Ausnahmezustand‘ an, als er in Kriegsrhetorik mit dem Gedanken einer politischen ‚Notwehr‘, also der Abwehr eines Angriffes, spielte. Vor dem Hintergrund solcher hart rechten Gewalt- und Autoritätsphantasien werden die Konturen des Sicherheitsstaates auch hierzulande mittlerweile konkreter: Die innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU fordern in der sogenannten ‚Berliner Erklärung‘ als sicherheitspolitische Maßnahme mehr Repression anstatt mehr Integration: An erster Stelle steht dabei das symbolträchtige, verfassungsrechtlich aber hochproblematische Burka-Verbot. Zudem wird, gegen das „überzogene Datenschutzrecht“, mehr Videoüberwachung und Polizeipräsenz gefordert, darüber hinaus der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, mehr Befugnisse für Geheimdienste und schnellere Abschiebungen. Angesichts der beängstigenden Wahlerfolge der AfD, besonders in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, heizt die CSU das gesellschaftliche Klima noch weiter an: Sie fordert Transitzone an der bundesdeutschen Grenze, schnelle Abschiebungen, sobald der ursprüngliche Fluchtgrund nicht mehr besteht und den „Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis“.

Entpolitisierung im Sicherheitsstaat

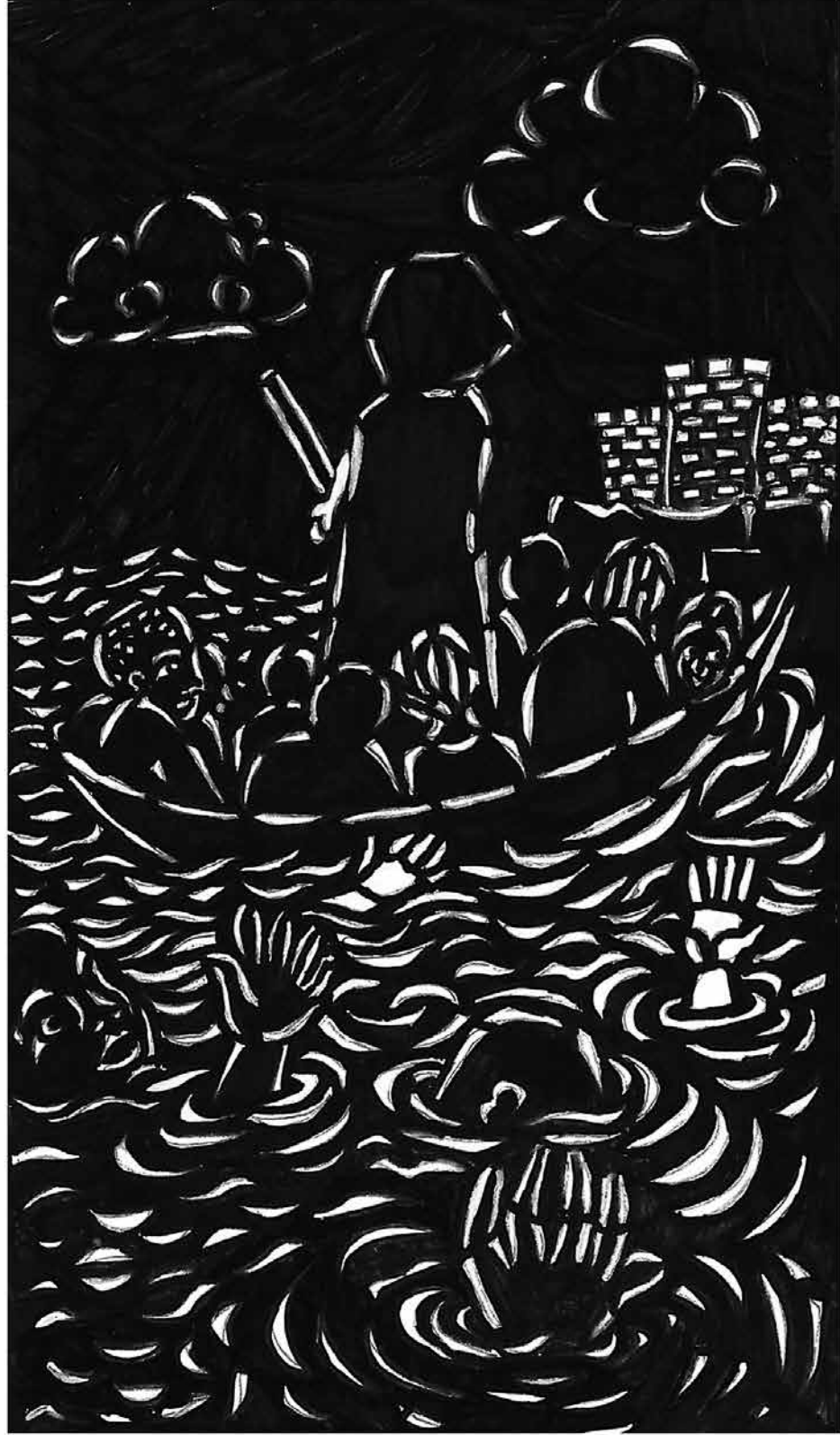
Wie es scheint, weicht der reguläre Modus der bürgerlichen Politik, die im Idealfall die mündige Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger artikuliert, immer stärker der Herrschaft der Exekutive, des Autoritarismus und damit einem neuen Modus des Ausnahmezustandes. In der autoritären Machtzunahme des Staates zeigt sich eine paradoxe Doppelbewegung: Indem die Politik im Neoliberalismus auf die Exekution scheinbar alternativloser Sachzwänge degradiert wird, wird sie auf technokratische Verwaltung abgeschwächt und damit im Wesentlichen entpolitisiert. Mit dieser Schwächung und Entpolitisierung des Staates auf der einen Seite geht aber heute auf der anderen Seite auch eine Stärkung des Staates einher. Doch weil der Staat in seiner politischen Substanz geschwächt ist, läuft diese Stärkung nicht auf eine

Stärkung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates hinaus, sondern auf seine Transformation in einen autoritären Sicherheitsstaat. Die breite Tendenz einer Entpolitisierung erfasst also nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern greift sogar auf den Staat selbst über. Diese Tendenz beschleunigt sich in einem Teufelskreis permanent selbst erfüllender Prophezeiungen, denn entpolitierte Bürger und der entpolitierte Staat bedingen und verstärken einander: Die Sicherheitsmaßnahmen des Staates steigern das subjektive Angstempfinden der Bürgerinnen und Bürger, die daher nach noch mehr Sicherheitsmaßnahmen rufen; und während der entpolitierte Staat seine Souveränität allein noch durch Sicherheitsmaßnahmen demonstrieren kann, bleibt den entpolitierten Bürger des Sicherheitsstaates als Option politischer Beteiligung nur noch die Forderung nach mehr Sicherheitsmaßnahmen. Staat und Staatsbürger befinden sich in einem sich heiß laufenden Kreislauf der Unmündigkeit. Unter solchen Bedingungen entpolitisierter Angstdiskurse pervertiert die linke Idee gesellschaftlicher Befreiung zum rechten Versprechen totaler Sicherheit. Dieses Versprechen ist aber trügerisch, denn der Sicherheitsstaat hat ein strukturelles Interesse an der Angst als seiner *raison d'être*.

Die antipolitischen Revolten gegen das politische Zentrum sind also paradoxerweise Ausdruck einer grundsätzlichen Tendenz zur autoritären Entpolitisierung, die von diesem Zentrum selbst ausgeht. Gegen eine autoritäre und rechte Logik des Ausnahmezustandes, die sowohl ‚von oben‘ als auch ‚von unten‘ her immer breiter geteilt wird, dürfen ‚die Anderen‘ nicht als Fremde, Gegner oder gar Feinde betrachtet werden. Es geht darum, zu verstehen, dass die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ Fragen und Aufgaben stellt, die das ‚Eigene‘ essentiell berühren: Dieser ‚Krise‘ wohnt die Kraft inne, die auf neoliberale Krisenadministration reduzierte Politik grundsätzlich zu revitalisieren und das gesellschaftliche Leben zu politisieren. In solcher Politisierung besteht die Grundbedingung, um eine sich abzeichnende autoritär-libertäre Dystopie abzuwenden, nämlich die Pervertierung der Sicherheit im autoritären Staat und die der Freiheit im libertären Markt.

Georg Spoo

Georg Spoo ist Doktorand der Philosophie an der Uni Freiburg. Er ist Mitglied der Redaktion der Philosophie-Zeitschrift *Narthex*. Heft für radikales Denken und hat dort auch bereits mehrere Artikel veröffentlicht, zuletzt auch einen zur selben Thematik unter dem Titel *Europa verrät die Aufklärung. Über die Selbstzerstörung der bürgerlichen Gesellschaft im neoliberalen Krisenregime*. Weitere Informationen dazu sowie dieser Artikel als pdf finden sich auf der Internetseite harp.tf. Daneben engagiert er sich auch praktisch in der lokalen Flüchtlingsarbeit.





Dieses Triptychon von der Künstlerin Sensible Date ist die Skizze zu einer Serie von großformatigen Scherenschnitten, die sie gemeinsam im Team mit dem Label „institut de déstabilisation“ entwickelt, gebaut und im Rahmen von „Church of Rave“ beim „Eselsfest“, einem Nietzsche-Festival, das am 21. und 22. August 2015 im Studierendenhaus in Frankfurt stattfand, vor die Fenster des Festsaals des Gebäudes als Kirchenfenster gehängt hat.

Drei Angriffe pro Tag.

Zur Geschichte und Kontinuität rechten Terrors in Deutschland und insbesondere Hessen

Vergangenes Jahr kam es dazu, dass Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte in Deutschland zur Normalität wurden. Brandanschläge und andere Angriffe passierten so häufig, dass sie in Medien zum Teil nur noch als Randmeldungen auftraten, wenn überhaupt.

Laut Zählung von Pro Asyl und der Amadeo Antonio Stiftung kam es 2015 zu 1246 Angriffen auf Geflüchtete bzw. ihre Unterkünfte, davon alleine 136 Brandanschläge, über 270 Menschen wurden insgesamt bei Angriffen verletzt.¹ Zudem gibt es eine große Dunkelziffer über Brände in Geflüchteten-Unterkünften, bei denen sich nicht zweifelsfrei sagen lässt, ob die Ursache eines Brandes Brandstiftung oder ein Unfall war und ob Geflüchtete tatsächlich das Ziel waren, so etwa Anfang Januar 2016 in Frankfurt-Bockenheim. Die Angriffe sind teils gut organisiert und bewaffnet: Im August wurden in der Nähe von Hannover Molotowcocktails in eine Wohnung geworfen, in der Geflüchtete lebten; in Dreieich bei Darmstadt wurden

Anfang Januar 2016 mehrere Schüsse auf die Fenster einer Unterkunft abgefeuert, dabei wurde ein Geflüchteter getroffen und leicht verletzt; Anfang März 2016 wurde vor einem Haus in Eisenach, das von Syrer*innen bewohnt wird, eine Rohrbombe gezündet auf der ein Hakenkreuz angebracht war. Es ist offensichtlich: Rassistische Mordanschläge sind derzeit Alltag in Deutschland. Die Polizei gibt dabei in der Regel entsprechend ihrer Aufgaben, in alle Richtungen zu ermitteln. Doch selbst in den Fällen, in denen ein rassistisches Motiv außer Frage steht, fehlt fast immer deren Bezeichnung als das was es ist: rassistisch motivierter, rechter Terrorismus. Dass die wenigen ermittelten Täter oft nicht aus der organisierten rechten Bewegung stammen täuscht darüber hinweg, dass es sich dennoch um Terroranschläge aus rassistischen Beweggründen handelt. Terrorismus wird in Deutschland in Ermittlungsbehörden und Gesellschaft fast immer unter den Blaupausen des RAF- und islamistischen Terrorismus betrachtet, die Ermittlungen gegen *Old School Society* und die *Gruppe Freital* sind die sehr wenigen Ausnahmen. Dass es nicht erst seit den NSU-Morden terroristische Bestrebungen und Anschläge der politischen Rechten (auch in Hessen) gibt, bleibt unbeachtet:

Bereits 1950, wenige Jahre nach der Niederlage der NS-Faschisten, gründete sich in Frankfurt der *Technische Dienst (TD)*, eine militärische Unterorganisation des rechts-extremen und antikommunistischen *Bund Deutscher Jugend (BDJ)*. Dieser war maßgeblich von ehemaligen NS-Offizieren gegründet, um ein Erstarken von Sozialisten und Kommunisten im Nachkriegsdeutschland zu verhindern. Während der *BDJ* nach außen hin Freizeitfahrten, Zeltlager u.ä. veranstaltete, führte der *TD* als bewaffneter Arm Todeslisten, vornehmlich mit den Namen von KPD- und SPD-Politiker*innen, und Waffenlager mit u.a. Maschinengewehren, Granaten und Sprengstoff. Bei Wehrsportübungen im hessischen Umland trainierten sie regelmäßig an diesen Waffen. 1952 wurde der *TD* enttarnt und 1953 daraufhin verboten. Aus der Verbotserklärung des hessischen Innenministeriums ging hervor, dass der *BDJ/TD* über sehr gute Verbindungen zu hochrangigen Personen im Staatsdienst und Militär hatte. Dies kann dazu beigetragen haben, dass die strafrechtliche Verfolgung der *TD*-Funktionäre 1955 abgebrochen wurde.

Als Keimzelle für verschiedene rechtsterroristische Gruppen diente die 1973 gegründete *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSGH)*. Die von Karl-Heinz Hoffmann gegründete und nach ihm benannte paramilitärische Gruppe trainierte Neonazis an Waffen und Sprengstoff. Zur Zeit ihres Verbots 1980 ging die bayrische Staatsregierung von 400 finanziellen Unterstützer*innen aus. Auch in Hessen war eine militante Zelle aktiv, die sich *Sturmabteilung 7* nannte. Nach dem Verbot der *WSGH* ermordeten Mitglieder*innen dieser das jüdische Paar Levi

Shlomo und Frieda Pörschke. Shlomo hatte immer wieder auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die von der *WSGH* ausging. Zudem verübte das *WSGH*-Mitglied Gundolf Köhler das Oktoberfestattentat, bei dem 13 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden. Bis heute ist ungeklärt, ob Köhler das Attentat alleine verübte, weshalb die Bundesanwaltschaft Ende 2014 die Ermittlungen wieder aufnahm.

Ebenfalls aus der *WSGH* gingen Mitglieder*innen der terroristischen Gruppe um Ottfried Hepp und Walter Hexel hervor, die in den 1980ern in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und anderen hessischen Städten Bombenattentate auf amerikanische Soldat*innen verübten, um die „amerikanische Fremdherrschaft“ zu beenden. Hepp wiederum bezeichnete Manfred Roeder einmal als seinen Ziehvater. Roeder war bereits seit den 70ern als Rechtsterrorist aktiv, hatte Kontakte zur *WSGH*, war zeitweise Rechtsanwalt von Rudolf Hess, gründete zuerst die *Deutsche Bürgerinitiative* und später die *Deutschen Aktionsgruppen*, die u.a. Brandanschläge auf Geflüchteten-Unterkünfte verübten. Als sich Roeder für einen Farbanschlag auf die Wehrmachtsausstellung vor Gericht verantworten musste, waren auch Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos als Unterstützer Roeders anwesend. Als das NSU Kerntrio schließlich abtauchen musste, wurde auch Roeders „Reichshof“ bei Kassel, der bis zu Roeders Tod vor wenigen Jahren ein Treffpunkt der nordhessischen Nazisene war, als Versteck in Betracht gezogen. Die 90er Jahre waren geprägt von Pogromen gegen Migranten wie in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Darüber hinaus wurden teils massive Waffenlager von Neonazis ausgehoben, inklusive Sprengstoff und automatischen Waffen. Die zehn vom NSU über Jahre hinweg ermordeten Menschen stellen vorläufig den Höhepunkt dieser traurigen Geschichte dar.²

Ungeachtet dieser langen Geschichte rechtsterroristischer Gruppen, deren Anschlägen und Morde (die oben genannten Gruppen stellen nur einen Ausschnitt dar), wird Terrorismus in Behörden und Gesellschaft dennoch nur selten als ein Phänomen von rechts betrachtet. Die häufige Bezeichnung des NSU als „braune RAF“ zeigt, dass es unbeachtet bleibt, dass es bereits rechtsterroristische Gruppen und Morde in Deutschland gab, sondern wendet die Blaupause des RAF-Terrorismus auch auf den NSU an, anstatt zu berücksichtigen, dass der NSU nach dem Konzept des „führerlosen Widerstands“ handelte, das seit den 90ern in Neonazikreisen die Runde macht und von dem gerade in Hinblick auf die Angriffe auf Geflüchteten-Heime verstärkt Gefahr ausgeht.

Die Idee des „führerlosen Widerstands“ steht für den Plan, in kleinen, unabhängigen Zellen oder als Einzelperson („einsamer Wolf“) terroristische Anschläge zu verüben um Menschen zu töten, Unsicherheit und Angst zu verbreiten. Der fehlende

Kontakt zu anderen Zellen bzw. die weitgehend unabhängige Organisation soll auch vor Behörden schützen. Dass diese Taktik der unabhängig voneinander agierenden Täter(-zellen) aufgehen könnte, zeigt ein Beispiel aus Hofheim: Anfang 2015 hatten zwei Männer mit einer Gaspistole eine Geflüchteten Unterkunft beschossen. Obwohl die Tat alleine schon für sich spricht und bei einer Hausdurchsuchung der Täter Musik mit rassistischen Texten und Materialien der NPD gefunden wurde, war in den Meldungen der Polizei nicht von „Fremdenfeindlichkeit“, geschweige denn Rassismus, als Motiv die Rede, da die Täter nicht Teil einer rechten Organisation waren. Auch die durch den NSU-Untersuchungsausschuss gewonnenen Einblicke in die Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes lassen darauf schließen, dass diese Organisationen aus den drei (von ihm idealtypisch konstruierten) Kategorien Parteien, Kameradschaften und Musik/Subkultur mehr oder weniger beobachtet, unorganisierte Einzelpersonen jedoch unter dem Radar agieren können. Wie in dem Fall aus Hofheim, in dem die Täter*innen sogar als nicht politisch motiviert betrachtet werden.

Tatsächlich wiederholt sich gerade bei Angriffen auf Geflüchteten-Unterkünfte, was sich bei den NSU-Morden abgespielt hat: Die Taten selbst finden keine ihrer Schwere angemessene Beachtung in der Gesellschaft, sondern werden kollektiv verdrängt; Die rassistischen Beweggründe der Überfälle und Anschläge werden ignoriert oder verharmlost; Das Fehlen von Bekennerschreiben wird als Beweis gesehen, dass es sich nicht um eine politische Motivation handelt; Stattdessen werden die Opfer selbst verdächtigt (durchaus gibt es zwar auch Einzelfälle, in denen Geflüchtete für ein Feuer in einer Unterkunft verantwortlich sind, jedoch spricht die Zahl von 136 Brandanschlägen in 2015 für sich). All dies spielte sich auch nach den NSU-Morden ab, als die Familien der Opfer aufgrund institutionellen und direkten, personellen Rassismus seitens der Behörden selbst verdächtigt wurden.

Dies zeigt erneut, dass organisierte Gewalt gegen Migrant*innen von Teilen dieser Gesellschaft nicht als Terrorismus gesehen wird: Während gegen islamistischen Terrorismus (zurecht) streng ermittelt wird, gelten Angriffe auf Geflüchtete oder deren Unterkünfte für viele nicht als solcher. Terrorismus ist darauf ausgelegt, Unsicherheit und Angst in der Gesellschaft zu verbreiten. Dass Angriffe auf Migrant*innen heute so wie damals bei den NSU-Morden nicht als solche betrachtet werden, zeigt, dass geflüchtete Migrant*innen von vielen nicht als Teil der Gesellschaft angesehen werden.

Yunus Özak

¹ [http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value\[value\]\[year\]=2015](http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value[value][year]=2015).

² Eine ausführlichere Chronik unter <http://www.info-buero.org/2013/06/rechtsterroristische-bestrebungen-in-hessen-teil-1-der-technische-dienst/>.

Eine Verhältnisbestimmung Öffentlicher Streit der Regierungsparteien über den Aufstieg der AfD:

Wie wir den Ausländerfeinden am besten das Wasser abgraben



Für die aktuellen Erfolge von AfD und Pegida hat der Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Gabriel eine Erklärung. „In die Gesellschaft hat sich ein Satz gefressen: ‚Für die Flüchtlinge macht ihr alles, für uns macht ihr nichts.‘. Der Satz ist supergefährlich“ (FAZ, 6. 3.16), weil die neuen Rechten den etablierten Parteien mit solchen Sätzen Wähler bzw. Anhänger wegnehmen:

„Altersarmut, das ist, was deutsche Arbeitnehmer erwartet. Anstatt das Rentensystem zu überarbeiten, werden hunderte Milliarden für illegale Einwanderer, Asylbetrüger, Deserteure und Kriminelle aus der ganzen Welt ausgegeben.“ (Lutz Bachmann auf seiner Facebook-Seite, 12. 4.)

Die Agitation besteht in dem ‚Anstatt‘. Der Pegida-Führer zitiert einen sozialen Skandal, um mit etwas weiterzumachen, was aus der Altersarmut hiesiger Lohnabhängiger überhaupt nicht folgt: Dass Deutschland Geld für die Integration der Flüchtlinge ausgibt, hat mit dem trostlosen Lebensabend seiner Rentner nicht das Geringste zu tun – für rechte Patrioten aber alles. Die Verknüpfung nennt zwar keinen Grund, legt aber einen nahe: Das wertvolle Kollektiv deutscher Bürger wird benachteiligt, dagegen der Ausländer bevorzugt: AfD & Co nutzen den – – In- und Ausländern verordneten verordneten – Lebenskampf in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft als Sprungbrett für die nationale Frage, als Erklärung, warum und worin es ‚uns‘ so schlecht geht.

Beschädigt und beleidigt ist *das patriotische Rechtsbewusstsein* des anständigen Bürgers, der sich, Armut hin oder her, in seiner Heimat total fremd fühlt und von ‚seinen‘ Politikern abwendet, weil sie Ausländern alles in den Hals stopfen *anstatt* ihr eigenes Volk vor dieser Landplage zu schützen.

Wider alle Logik, aber ideologisch schlagend, präsentiert die AfD den Universalgrund für alle Unzufriedenheiten und findet damit ein größeres Publikum. Die Antwort der regierenden Demokraten ist bemerkenswert. In einer öffentlichen ‚Strategiedebatte‘ legen sie konkurrierende Konzepte dar, wie die abspenstige Herde in das Lager des amtierenden Patriotismus zurückzuholen ist: Wie klaut man den Rechten ihre sozialen und/oder ihre nationalen Parolen?

* **SPD-Chef Gabriel** würdigt die Unzufriedenheit als durchaus berechtigt: „Viele haben den Eindruck, dass die Politik sich nicht um die Sorgen der Menschen kümmert. Wenn Leute, v. a. in Ostdeutschland, zwar fleißig arbeiten, aber trotzdem keinen anständigen Lohn und später nur Mini-Renten bekommen, dann wächst die Enttäuschung... Schon heute gibt es viele Menschen, die 40 Jahre gearbeitet haben und trotzdem nur eine Rente bekommen, die unter der Sozialhilfe liegt. Der Eindruck, wir würden unsere eigenen Bürger vergessen, darf sich nicht festsetzen.“ (BILD, 3. 3.) Mit der Fremdenfeindschaft der AfD legt

er sich gar nicht unmittelbar an. Sein Kunstgriff besteht im Zwischenglied ‚Enttäuschung‘: Ja, Leute haben (nicht wegen, sondern) ‚trotz‘ 40 Jahren Arbeit am Standort D womöglich zu wenig zum Leben, das liegt aber nur daran, dass der Staat sich zu wenig um *seine* Menschen gekümmert hat. Gabriel lässt offen, ob er meint, die Politik habe zu wenig für ihre Armen *getan* oder nichts gegen diesen *Eindruck* getan. So oder so: Die verständnisvolle Adoption der ‚Wutbürger‘ interpretiert deren Unzufriedenheit ganz im Sinne einer *berechtigten Erwartungshaltung an die zuständige Politik* – zuständig nicht als die Instanz, die soziale Nöte erzeugt, sondern als Adresse ihrer Lösung. Zu Recht haben *fleißige* Deutsche den Eindruck politischer *Pflichtvergessenheit*: Den Schuh zieht Gabriel sich an, um klarzustellen, in wessen Hände die Sache gehört. Das Vertrauensverhältnis zwischen Oben und Unten muss von oben repariert werden. Per Verweis auf seine ‚Regierungskompetenz‘ erteilt er sich den Auftrag, die Hoheit über das Thema wie über das falsche Bewusstsein darüber zurückzuerobieren. Zu diesem Zweck preist er neue – – und längst beschlossene beschlossene – Sozialausgaben für *unsere* Familien, Mieter und Senioren als Klebstoff für das verlorene *Wir-Gefühl*, also Bindemittel zwischen Staat und Volk, an: „Gabriel hatte im ZDF ein ‚neues Solidarprojekt‘ mit Kita-Plätzen für alle, mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und einer Aufstockung kleiner Renten sowie eine Abkehr



vom Sparkurs gefordert. Er wolle verhindern, dass sich die einheimische Bevölkerung angesichts der Milliardenausgaben für Flüchtlinge benachteiligt fühlt... Die Menschen müssten merken, „dass ihre Bedürfnisse nicht weiter unter die Räder geraten.“ (DPA, 28. 2.)

Und **Niedersachsens Ministerpräsident Weil (SPD)** will den Rechten auch die ‚Law-and-Order‘-Parolen nicht überlassen. „Die Bürger erwarten einen starken Staat, der nicht nur innere Sicherheit gewährleistet, sondern vor allem auch gesellschaftliche und soziale Sicherheit. Deshalb bietet die Situation für die SPD auch eine Chance: Zusammenhalt in der Gesellschaft war immer unsere Stärke... Wir sind die Partei des sozialen Zusammenhalts.“ (FAZ, 19. 3.) Er dreht der AfD das Wort vom starken Staat als innerstem Bedürfnis der Bürger im Mund herum und entdeckt im Fremdenhass den Ruf nach der SPD. Er buchstabiert Stärke nicht nur als Härte gegen und Sicherheit vor muslimischen Sittenstrolchen oder Terroristen, sondern vor allem auch als Betreuung der Armen. Förderung der *Nationalen Identität* und *Einbindung* der lohnabhängigen Schichten in die Volksgemeinschaft durch bessere Sozialleistungen? Schwer zu sagen, ob die SPD-Idee verlogen berechnend oder die Wahrheit über den Sozialstaat ist. Wahrscheinlich beides.

Beim Koalitionspartner holt sich Gabriel mit seiner Forderung eine Abfuhr.

Kanzlerin Merkel bei Anne Will:

„Die schwarz-rote Koalition hat vieles für Kinder, Eltern, Rentner und Kranke getan... So zu tun, als bräuchten wir eine riesenzusätzliche Anstrengung, sehe ich nicht.“ (27. 2.)

Keine Konzession an die Enttäuschung! D. h., es gibt kein Recht auf Enttäuschung! Das Selbstlob ist Argument genug: Die Regierung hat gehandelt, damit ist das Maß des Machbaren definiert und das Wünschbare restlos erfüllt. Und wenn das Volk trotzdem rummosert, hat der Vizekanzler diese Unzufriedenheit nicht noch zu bestätigen. Deswegen ergeht an Gabriel die Aufforderung, dem Volk Mütterrente und Mindestlohn als Erfolge vorzubuchstabieren statt „sich klein zu machen“ und Zusatzleistungen zu versprechen.

Zweitens belehrt Merkel ihren Vizekanzler dahingehend, dass völlig daneben liegt, wer bei Sozialpolitik immer nur an einen Ausgleich für unerfüllte Ansprüche von Bedürftigen oder an Konsumdenkt. Wenn die Regierung z. B. Elektroautos der Industrie sponsert, dann ist das – bei Licht besehen – eine eindeutig soziale Errungenschaft.

„Auch das sind soziale Projekte, wenn Sie so wollen, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es geht nicht nur um Konsum, es geht auch um die Innovationsfähigkeit Deutschlands.“ (ZEIT, 26.2.)

Hilft der Staat seinen Unternehmen, hilft

er auch deren werktätigen Anhängseln! Wirtschaftsförderung ist Sozialpolitik, Ende der Durchsage.

Finanzminister Schäuble steht Merkel gegen den Wirtschaftsminister bei:

„Wenn wir Flüchtlingen – Menschen, die in bitterer Not sind – nur noch helfen dürfen, wenn wir anderen, die nicht in so bitterer Not sind, das gleiche geben oder mehr, dann ist das erbarmungswürdig.“ (BILD, 27.2.)

Schäuble weist entschieden zurück, dass sich der Vizekanzler dazu hergibt, die Gestaltung der Flüchtlingspolitik sowie deren Prioritätensetzung in aller Öffentlichkeit zu problematisieren. Er besteht darauf: Wenn der Staat irgendjemandem hilft, richtet er sich nicht nach einem angemeldeten Bedürfnis von unten. Der Hilfebedarf folgt aus den Bedürfnissen und Berechnungen der Helfenden, also Herrschenden, und die dürfen sich beim Zuteilen von Staatsmitteln nicht von Volkes Stimme bzw. Stimmungen verführen lassen. Deutschland lässt sich seine Ausländerpolitik weder vom Humanismus noch vom Fremdenhass des Fußvolks diktieren. Wenn sich Gabriel in so einer Frage ‚Populisten‘ anbietet, ist das aus Sicht des Finanzministers für ein Regierungsglied *erbarmungswürdig*, denn es kommt einer Demontage der *Souveränität* der Politik gleich. Demokratische Zustimmung zur Macht *erkauft* man nicht, man verdient sie sich durch souveräne *Führung*.

Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Chef Seehofer kontert die Rechten und die SPD auf einen Schlag aus. Den ersten gibt er recht, den zweiten nicht:

„Was ist das für eine Schnapsidee‘ ... monierte Seehofer. Es sei sinnvoller, das Geld in den Kassen zu lassen und die Zuwanderung zu begrenzen. Eine solche Begrenzung sei *alternativlos*.“ (Focus Online, 27. 2.)

Statt enttäuschte Bürger mit Zuwendungen zu bestechen, einfach die Migration stoppen! Dann gibt es mangels Fremden auch weniger Fremdenhass und das Geld fürs Soziale haben wir uns gespart: So preiswert betreuen richtige starke Männer ihre patriotischen Idioten. Dazu gibt und braucht es keine Alternative für Deutschland.

farbeRot,
Marxistische Hochschulgruppe
Uni Frankfurt

Wir von farbeRot bieten regelmäßig donnerstagsabends (19 Uhr) im Studierendenhaus einen offenen Diskussionstermin an. Alle Interessierten, denen die Stellungnahmen der hiesigen Politiker nicht (mehr) einleuchten, sind eingeladen.

Informationen zu unseren Terminen sowie Text- und Audiomaterial findet ihr auf www.farberot.de.

Langsam kriegen wir die rechnung, für das leben in der machtposition und im überfluss, die für uns immer andere bezahlten.

Um 8:47 uhr morgens kam der zug in Beograd an. Wir stiegen aus und es war zum glück nicht so kalt wie wir befürchten hatten. Mit die ersten eindrücke vom bahnhof waren die vielen menschen schlafend auf den bänken bei minusgraden in der nacht. So weit ich weiß, kann das lebensgefährlich sein. Die anderen passagiere des zuges und am bahnhof laufen vorbei, es gehört zum alltag hier. Die menschen sitzen seit wochen oder auch monaten hier fest. Und warum das alles? Weil sie die falschen oder keine papiere besitzen, die ihnen erlauben würden dorthin zu gehen, wo sie möchten.

Wir sind hier, weil wir kochen wollen, mal etwas warmes leckeres im magen zu haben wär ganz gut, dachten wir uns. Ungefähr 10 minuten entfernt vom bahnhof ist ein gelände, von einer ngo, das tagtäglich von menschen besucht wird, um etwas zu essen und/oder kleidung zu bekommen.

Das gelände ist um 9 uhr noch verschlossen und nur sogenannte freiwillige dürfen hinein. Alle anderen warten vor den verriegelten türen bis um 9:30 uhr die tore geöffnet werden. Auf dem gelände gibt es einen raum für ärzt*innenbesuche, einen spielraum für kinder, einen waschraum und einen pavillon mit stühlen und tischen für ca. 30 personen. In diesem zelt gibt es auch schwarzen tee mit einem löffel zucker pro person. Als mir das so richtig bewusst wurde, fing ich an zu zweifeln. Wer sind diese freiwilligen, zu denen wir die nächste zeit auch zählen werden, dass sie entscheiden dürfen wie viel zucker ein mensch in den tee möchte?

An einem tag kommen bis zu 300 menschen auf das gelände und auch in das teezelt. Ohne etwas dort zu tun zu haben. Alle hängen nur rum und warten darauf, dass etwas passiert. Alle werden mehr oder weniger bevormundet als wären sie kleine kinder und es wird alles über ihren kopf hinweg entschieden. Ein fakt, der mich anfangen lies, dieses ganze „ngo-system“ zu hassen.

Die meisten haben wenig bis gar nicht geschlafen, weil es einfach super kalt ist und/oder die polizei sie regelmäßig von ihren schlafplätzen in der nähe des bahnhofs vertreibt. Wie kann es da bitte verwunderlich oder verwerflich sein, dass die menschen aggressiv sind?

Während unserer schnippelarbeiten zum kochen mussten wir uns nach anweisung hinter eine theke stellen, mit dem rücken zum geschehen auf dem innenhof. Es war super unkommunikativ, aber genau das war wohl auch der plan. Um an dieser stelle jetzt ehrlich zu sein, war die suppe, die wir kochten, ein totaler reinfall. So konnte es die nächsten tage nicht weitergehen. Also war die einzige lösung wohl, eine „foodgroup“ zu gründen. Mustafa, Elyas und Adil haben sich uns angeschlossen. Wir haben probiert etwas typisch marokkanisches zu kochen (Fasulya) – was uns natürlich nicht perfekt gelungen ist, aber einen versuch war es wert und das essen kam echt ganz gut an. An diesem tag gab es auch essen von „food for life“ und unser gekochtes essen mit ca. 10 kilo reis. Aber es

hat einfach nicht gereicht, nachdem alles essen gegessen worden war, kamen immer noch ca. 20 menschen und fragten, ob noch etwas da sei. Und dann ist es erstaunlich, dass probiert wird, sich vorzudrängeln? Wenn mensch hinten in der schlange steht, ist die chance halt einfach sehr gering noch etwas zu bekommen, das wissen alle. Also probieren zu tricksen oder hungrig bleiben? Wie würden wir uns entscheiden?

Über nacht probieren viele nach Ungarn zu kommen. Wenige schaffen es. Die meisten kommen schwerverletzt wieder. Mir wurde erzählt, dass am zaun geschossen wird, das ergebnis davon war deutlich sichtbar ein verbundener fuß und blau geprügelte hände. Dank der polizei, dank orban, dank merkel, aber dann doch natürlich auch dank der europäischen abschottungspolitik! Aber die menschen probieren es weiter vor allem die, die kein geld mehr haben. Andere, deren familie ihnen geld schicken kann, versuchen mit fluchthelfer*innen für mehrere tausend euro das land zu verlassen, ohne jede garantie, jemals irgendwo sicher anzukommen.

Da wir leider nicht immer eine küche zur verfügung hatten, entschieden wir uns manchmal auch einfach dafür obst zu holen, mal eine abwechslungs für viele, die jeden tag zuvor tuhnfisch und brot bekommen haben. Bevor wir uns zusammen auf den weg machten, die bananen, äpfel und orangen kisten in den park zu schleppen, kam uns ein verzweifelter mensch entgegen. Er hatte aufgeritzte arme und versuchte sich auch den hals aufzuschlitzen. Er erzählte, dass ihm nachts all sein geld geklaut wurde und er nun all den weg umsonst gekommen sei. Er habe nun keine möglichkeit hier weg zu kommen. Von anderen menschen bekamen wir zu hören, dass wohl auch drogen im spiel seien. Viele würden drogen nehmen, um das erlebte zu verkraften, um mit wenig oder sogar ohne schlaf auszukommen, um weiter durchzuhalten.

Aber viele schaffen es auch ohne drogen tag für tag weiter zu gehen und zu kämpfen. Wer kann das schon von sich behaupten?

Egal wie, wir haben viel gelacht, damit die zeit draußen im park und beim warten auf das essen vergeht, damit wir uns selber nicht zu ernst nehmen, damit wir uns gegenseitig unterhalten ohne eine bestimmte sprache zu sprechen.

Ich traf unglaublich erschöpfte und enttäuschte personen, die trotz allem oder gerade deswegen eine wahnsinnige stärke besitzen und eine hoffnung in sich tragen, die sie antreibt.

Sarah Irini Uçar

Alle Namen sind geändert.



Was uns wohl aber zum Vorwurf gemacht werden kann – und künftige Generationen werden dies mit einigem Recht tun – das ist unser schieres Unvermögen zu erkennen, dass Gegenwärtiges nicht als bloße Selbstverständlichkeit begriffen werden darf, sondern als etwas, das zu beschützen und zu bewahren ist. Denn wir unterstellen allzu leichtsinnig, dass sich unser Zustand aus eigener Kraft und wider alle Gefahren noch immer weiter in die Zukunft fortträgt. Geblendet durch unsere Bequemlichkeit und die Belanglosigkeit unseres bedeutungs-entleerten Dahinlebens überantworten wir uns einem Schicksal, welches

- freilich aus unserer derzeitigen, verstellten Perspektive heraus betrachtet
- wie eine archaische, beinahe prähistorische Vergangenheit anmutet. Doch wenn sich die lebendigen Geister unserer großer Errungenschaft, welche sich als freiheitlich-humanistische Demokratie versteht, nicht als wehrhaft erweisen, so wird jene dunkle Vergangenheit bald zum Schnittmuster für eine ebenso finstere Zukunft gereichen. Wie aber ist es um unsere lebendigen Geister bestellt? Ihren Wert hat man in höchstem Maße verkannt, als man versuchte, ihn auf einem Preisschild auszuweisen. So hat man sie zu simpler Produktivität im trivialsten Sinne angehalten, statt sie durch intellektuellen Müßiggang und eine sich selbst genügende Bildung zu schönen Seelen und fertigen Menschen werden zu lassen, die eines Aufbegehrens gegen jene sich abzeichnende Entwicklung noch fähig sind. So wird nun womöglich das Schwert des Wortes rostig in seiner verbeulten Scheide stecken bleiben. Was aber ist davon zu halten? Wenn Europa der Auffassung war, nach nur sieben Jahrzehnten des Friedens seiner geistigen Waffenschmiede überdrüssig werden zu können und sie zu Vorhalle der Fabrik der allgemeinen Utilitäten verkommen lassen zu dürfen, dann kommt man wohl nicht umhin, das hier angedeutete Schicksal als selbstgewählt zu benennen.

Tim Tharun

Zur Krisis

Es bleibt mithin abzuwarten, ob dieser Friede noch weitere sieben Jahrzehnte Bestand haben kann. Doch eines ist bereits heute in Stein gemeißelt: Wenn dies das Ziel unserer Anstrengungen ist, dann muss dieser Friede fortan ständig erstritten werden. In concreto: Wenn wir allein dasjenige bewahren wollen, was uns als Demokraten (gleich welcher Couleur) eint, dann müssen wir erkennen, dass die freie und selbstgenügsame Bildung nicht weiter zum Instrument trivialer Produktion verkommen darf, auf dass die lebendigen Geister wieder in die Lage versetzt werden, ihre Stimmen zur Verteidigung der Demokratie zu erheben.

Gaziantep:

Eine kapitalistische Metropole und der Syrienkrieg

Gaziantep im Südosten der Türkei gehört zu den ältesten Städten der Welt. Heute ist es die am weitesten entwickelte kapitalistische Metropole in der Region mit zwei Millionen Einwohner*innen, einem florierenden Textil- und Schuhsektor und sechs Sonderwirtschaftszonen mit rund 300 000 Arbeiter*innen. Im Unterschied zu anderen Städten in der Umgebung lässt sie sich durchaus als kosmopolitisch bezeichnen. In der Stadt begegnet man Europäer*innen, ehemaligen syrischen Aktivist*innen aus der säkularen Opposition, syrischen refugees, zahlreichen syrischen und internationalen Organisationen, die irgendwas mit syrischen refugees zu tun haben (insgesamt knapp 150 Organisationen mit 14 000 Beschäftigten), Kurd*innen, Alevit*innen und manchmal auch Menschen, die untertauchen und illegale Netzwerke errichten und verwalten wollen. Wie zum Beispiel der IS.

Gaziantep wurde zu einem Zentrum der Flüchtlingsströme, die seit dem Beginn der Revolution in Syrien und des bald daraufhin beginnenden Syrienkrieges 2011 aus Syrien in Richtung der Türkei einsetzten. Die offiziellen Zahlen der Katastrophenschutzbehörde AFAD sprechen von 328.000 syrischen Geflüchteten im Gebiet Gaziantep. Da werden aber nur die mit eingerechnet, die sich auch offiziell angemeldet haben. Forscher*innen und Journalist*innen, die wir vor Ort angetroffen haben, gingen eher von insgesamt 400.000 bis 1.000.000 syrischen Geflüchteten aus.

Reichtum in Ibrahimli, ansonsten Allahs Segen

Syrische Kapitalist*innen verließen das Land oft schon recht früh. Die leben so wie von früher gewohnt, sind mittlerweile Unternehmer*innen in der Türkei geworden und leben in Reichtenvierteln in ihren gated communities, In Gaziantep zum Beispiel im Viertel Ibrahimli. Teils setzen sie andere syrische Geflüchtete als Arbeitskräfte ein und beuten sie



Mohammed und sein Partner.

unter miserabelsten Bedingungen aus. Das macht sich gut in der Konkurrenz: Später in Antakya unterhalten wir uns mit einem Ladenbesitzer, der, von Pampers bis Kaffee, ausschließlich syrisch-arabische Waren verkauft. Sie alle kosten nicht mehr als ein Viertel äquivalenter türkischer Waren und doch sind sie alle von syrischen Fabriken in der Türkei hergestellt worden, der Großteil davon in Gaziantep.

Zwischen den Kapitalist*innen und den Arbeiter*innen unter den syrischen Geflüchteten herrscht eine massive Kluft, die von einigen Glücklichen ausgefüllt wird, der neuen Kleinbourgeoisie an Ladenbesitzer*innen und Kleinhändler*innen. Ganze Stadtteile und Straßenzüge werden von solchen syrischen Kleinläden dominiert.

In einem dieser Stadtteile, Ünalı, lernen wir eine andere Sorte von Glücklichen kennen. Mohammed war Schuhmeister, ist hier dann Stoffhändler geworden und betreibt gemeinsam mit seinem türkischen Partner ein Großunternehmen. Er ist reich und ihm geht's offensichtlich ganz gut. Er

spricht fließend Türkisch und übernimmt vor allem Vermittlung und Verkauf in die arabische Welt. Quasi eine win-win-Situation für den türkischen wie für den syrischen Geschäftspartner. Von Beschwerden über die Situation der Geflüchteten in der Türkei möchte er nicht viel hören: „Du kommst aus einem Land, das in Krieg versinkt, wirst mit offenen Armen empfangen und kriegst alles zur Verfügung gestellt – was beschwerst du dich? Du bist dazu verpflichtet, dich dem System der Menschen hier anzupassen. Wie überall auf der Welt hat auch hier Allah dafür gesorgt, dass es Reiche und Arme, Händler und Arbeiter gibt. Wer sich in dieser seiner ihm zugeordneten Situation einrichtet, der wird auch mit Reichtum entsprechend seiner Situation gesegnet werden. Alles andere ist ein unmoralisches Verhalten.“ Aber immerhin: das 12-Stunden-Arbeitssystem sei unfair, ein Mensch könne nur 8 Stunden Arbeit ertragen.



Neue Frankfurter Schule in Gaziantep: Wir anerkennen Leute, die anerkennen, dass wir anerkennen, dass sie uns anerkennen und so weiter.



Mit seinem entwickelten Textil- und Schuhsektor bietet sich Gaziantep natürlich hervorragend für eine solche Arbeitsmigration an.

Syrische Geflüchtete als neues Segment der Arbeiter*innenklasse in der Türkei

Es ist in Gaziantep kein Geheimnis, dass der Großteil der syrischen Geflüchteten als sehr einfach überausbeutbare Arbeitskraft weitflächig angestellt wird und mittlerweile teils sogar die Kurd*innen ersetzt hat in der Kategorie der am massivsten entrechteten und ausgebeuteten Arbeiter*innen. Es kommt halt nur darauf an, wie man dieses Verhältnis in Worte kleidet. Man kann von Allahs Segen reden oder davon, dass der Arbeitsmarkt die syrischen Geflüchteten halt als billige Arbeitskraft „wahrgenommen“ habe, wie es einmal der Gaziantep-Vertreter einer der größten Nachrichtenagenturen der Türkei uns gegenüber meinte. Fakt ist: Es ist fast durch die Bank so, dass syrische Arbeiter*innen weit weniger Lohn erhalten wie ein/e türkische/r Arbeiter*in in einer äquivalenten Arbeitssituation. Über was sich syrische Geflüchtete in Lohnarbeitsverhältnissen allerdings am meisten beschweren ist der Umstand, dass ihnen oft einfach mal gar kein Lohn ausgezahlt wird, wogegen sie aufgrund des informellen Beschäftigungsverhältnisses und der fehlenden gewerkschaftlichen oder sonstigen sozialen Organisation nichts unternehmen können.

Diejenigen syrischen refugees, die zumindest vorübergehend auf Lohnarbeit angewiesen sind oder sich in einer solch desolaten Lage befinden, dass sie nach unten hin dazu tendieren aus der Arbeiter*innenklasse herauszufallen, stellen den Großteil der syrischen Geflüchteten dar: Von heute insgesamt ungefähr 2,7 Millionen syrischen Geflüchteten in der Türkei sind vermutlich 1,8 Millionen zur Lohnarbeit in prekärsten Umständen gezwungen.

Mit seinem entwickelten Textil- und Schuhsektor bietet sich Gaziantep natürlich hervorragend für eine solche Arbeitsmigration an. Von etwa 400.000 Geflüchteten lohnarbeiten mindestens 100.000 bis 200.000. 95% der (in aller Regel männlichen) syrischen Familienversorger*innen arbeiten als unqualifizierte Arbeitskräfte in temporären Jobs, z. B. als Tagelöhner*innen. Es gibt gewisse Sammlungspunkte, wo sich ab morgens 6 Uhr die syrischen Flüchtlinge sammeln. Informelle Leiharbeits„unternehmen“ sammeln dort je nach Nachfrage der Fabriken und Ateliers Arbeitskräfte ein. Das geht so den ganzen Tag über bis zum Nachmittag und wiederholt sich am Tag drauf.

Natürlich ist auch Kinderarbeit unter den syrischen Geflüchteten weit verbreitet: Die schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen für die meisten syrischen Geflüchteten machen es unmöglich, dass eine oder gar zwei Personen den Haushalt schmeißen können. Die Kinder müssen mitarbeiten. 70 bis 80% der syrischen Kinder arbeiten mindestens 6 Tage die Woche, 90% arbeiten mehr als 8 Stunden pro Tag.

Die ortsansässigen Unternehmen sind darüber hochentzückt. Der Export von Gaziantep nach Syrien stieg 2015 um 470%, ganze Industriezweige (wie z.B. Plastik- und Schuhindustrie), die unmittelbar zuvor dem Untergang geweiht waren wegen der qualitativ viel besseren westlichen Konkurrenz, erlebten ein massives comeback. Das ging so weit, dass Industriekammern aus Denizli, Konya und Kayseri – eher als hart konservativ einzuschätzende Städte – in Berichten forderten, dass Syrer*innen in ihre Städte gebracht werden sollten. Offener war nur Fatma Şahin von der AKP, ehemalige Bürgermeisterin von Gaziantep: „Die Syrer in Gaziantep sind ein Segen für die Fabriken.“

Abdulbasit und Mohammed arbeiten auf einer Baustelle und machen den Innenausbau. Der große Bruder, Abdulbasit, verdient 60, der kleinere 40 TL den Tag über (normal müssten 100 bis 150 TL sein). Mehmet, der türkisch-kurdische Arbeiter im Stockwerk drüber, der in der Hierarchie der Superausbeutung eine Stufe über den beiden Syrern steht, erhält zwischen 80 und 100 TL. Die Miete von Abdulbasit und Mohammed sowie sechs anderen Familienmitgliedern (inklusive seiner Frau), mit denen er sich eine 2+1-Wohnung teilt, beträgt warm 600 bis 650 TL. Aber Abdulbasit und Mohammed haben nie einen ganzen Monat am Stück Arbeit, sondern immer nur vorübergehend ein paar Tage, maximal 10 Tage. Und wenn es regnet, sind sie arbeitslos, manchmal monatelang. Zusätzlich ist seine Frau krank, sie hat irgendwelche Nierenbeschwerden. Zum Arzt können sie aber nicht, da sie kein offizielles Ausweisdokument, kimlik genannt, besitzt und die derzeit auch nicht mehr ausgestellt werden. Aus eigener Tasche können sie einen Arztbesuch natürlich nicht stemmen. Im Gegensatz zu einem besonders in der Stadt weit verbreiteten Gerücht kriegen syrische Flüchtlinge kein Geld vom Staat ausbezahlt, solange sie nicht in Lagern leben, weil sie rechtlich betrachtet nicht als Flüchtlinge, sondern als Gäste oder „vorübergehend schutzbedürftige Personen“ klassifiziert werden.

Abdulbasit findet das Leben in der Türkei mal eigentlich ganz gut, mal sehr schwer, je nach dem Vergleich, den er gerade anstellt. Vergleicht er die Situation mit Syrien oder dem Libanon, dann findet er es sehr gut in der Türkei. Sprich er findet es sehr gut, sich nicht im Krieg zu befinden und zumindest irgendwelche Rechte als Geflüchteter zu besitzen. Sobald es um mehr als um diese minimalsten Überlebensbedingungen geht, findet er das Leben in der Türkei sehr schwierig. Im Vergleich zu Syrien vor dem Krieg sei alles sehr, sehr teuer und die Arbeitsbedingungen eher schlecht und irregulär. Er hat immer wieder Probleme, die Miete zu bezahlen und muss sich immer mal wieder verschulden. Staatliche oder sonstige Unterstützung kriegen sie nicht. „Das Leben ist einfach sehr schwer“, wiederholt er mehrmals.



Die Kollegen Abdulbasit und Mohammed auf'm Bau in Narlıtepe.

Alle syrischen Arbeiter*innen, die wir einfach mal so auf der Straße in Ünalı anquatschen, erzählen von ähnlich schlechten Löhnen, davon, dass sie die ganze Zeit aus Wohnungen geschmissen werden, weil sie in Verzug geraten mit der Mietzahlung und oft auch, dass sie sofort zurückkehren würden nach Syrien, wenn der Krieg endet, egal ob mit oder ohne Assad.

Wuchermieten oder Angebot und Nachfrage?

Was ihre Wohnsituation angeht, geht es Abdulbasit und Mohammed noch vergleichsweise gut. Anfangs sollen syrische Geflüchtete in Städten auch mit mehreren Familien gleichzeitig in 1- und 2-Zimmer-Wohnungen oder eher Bruchbuden geblieben sein, als sie nämlich noch davon ausgingen, dass der Krieg bald enden werde. Als sie einsahen, dass dies nicht kurzfristig geschehen wird, versuchten sie sich in besseren Bedingungen einzuquartieren. Spätestens mit dem massiven Strom von Flüchtlingen in die Stadt ab 2012/13 explodierten die Mietpreise dann mindestens um das Doppelte.

Auch hier kommt es wieder darauf an, wie man das Verhältnis in Worte kleidet. Der oben erwähnte Vertreter redet vom natürlichen Verhältnis von Angebot und Nachfrage: Die Wohnungssituation der Stadt sei klar und es sei ganz natürlich, wenn die Mieten steigen, sobald die Nachfrage so offensichtlich über das Angebot steigt. An Wohnraum mangelt's allerdings offensichtlich nicht,

sonst würden die Syrer*innen notgedrungen auf der Straße oder in Parks leben (was sie eine Zeit lang auch taten). Das eigentliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist doch wohl eher das Folgende: Die Syrer*innen befinden sich in einer krass benachteiligten und ausgewegenen Situation, die die Vermieter*innen (wie viele andere auch) zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen, indem sie noch das letzte unzumutbare Dreckloch weit über Wert vermieten.

Wir treffen uns mit zwei Ortsvorstehern unterschiedlicher Stadtbezirke, der eine ein glühender Erdoğan-Fan, der andere irgendwo zwischen CHP und MHP angesiedelt und mit einem großen Hass auf die AKP. Beide erzählen uns von neureichen Wohnungsbesitzer*innen aus ihren Vierteln, die ihre Wohnungen weit über Wert an Syrer*innen vermieten und sich nun Wohnungen und teils auch Häuser in luxuriöseren Vierteln ankaufen. Beide halten dieses Verhalten für zutiefst verachtenswert. Während der Erdoğan-Fan vehement dafür eintritt, dass der Staat interveniert und Wucherpreise unterbindet, ist der AKP-Gegner interessanterweise dagegen und sagt, dass der Staat hier nicht eingreifen darf. Geschehen wird das vermutlich sowieso nicht. An den Syrer*innen profitiert hier fast jeder.



Ohne Çay keine Arbeit,
kein Gespräch, kein
Leben.

Textilsektor: Läuft.



Es habe sich viel angestaut bei den Menschen, sie seien auf so viel Neues nicht vorbereitet gewesen. Es habe dann halt diese Entladung stattgefunden, seitdem würde alles gut laufen.

„Natürlich sind wir nicht gegen die Syrer, aber...“

Es gibt natürlich auch Menschen, die der Meinung sind, die Syrer*innen würden ihnen aktiv schaden. Das wissen auch die Syrer*innen selbst, man muss dafür kein/e große/r Theoretiker*in sein. Eine turkmenische Syrerin bringt es uns gegenüber so auf den Punkt: „Wir sind von großem Nutzen für die Reichen, aber von großem Schaden für die Armen.“

Der massive Zustrom von billiger Arbeitskraft wirkte sich natürlich negativ auf die Arbeitsverhältnisse aus: Viele türkische Arbeiter*innen wurden gefeuert, stattdessen wurden billigere syrische Arbeitskräfte eingestellt. Andererseits drückten die niedrigen Löhne für syrische Geflüchtete auch die anderen Löhne, der hohe Informalisierungsgrad erhöhte den eh schon sehr hohen allgemeinen Informalisierungsgrad des türkischen Arbeitsmarktes. Vermengt sich dieser materielle Einbruch mit diffusem Unbehagen und seit der Republikgründung bestehenden antiarabischen Ideologieelementen des Kemalismus („die kulturlosen, faulen, unhygienischen, sich nur ihrer Lust hingebenden Araber, die uns verraten haben“), die seit Jahrzehnten multimedial und mittels des Bildungssektors reproduziert werden, dann ergibt sich daraus eine explosive Mischung, die sich manchmal entlädt.

Eine sehr, sehr milde Version hiervon vertritt der oben erwähnte türkisch-syrische Kurde und Bauarbeiter Mehmet. Er sagt es,

es sei für sie besser, wenn die Syrer*innen nicht hier wären. Seitdem sei die Arbeitssituation schlecht, die Löhne gefallen und er finde kaum mehr Arbeit. Außerdem gäbe es Probleme mit den Syrer*innen. Seine Meinungen widersprechen jedoch seinen eigenen Erfahrungen und seinem Humanismus: Danach gefragt, ob er denn je mal Probleme gehabt habe mit Syrer*innen bei der Arbeit oder im Alltag, antwortet er verneinend. Auf die Frage, ob denn die Syrer*innen nicht auch gute Menschen seien, antwortet er bejahend. Vor allem die Syrer*innen aus Kobanê, also Kurd*innen, seien gut.

Wo der Humanismus oder ein Minimum an Klassenreflex fehlt, geht's auch schnell ganz anders: Am 11. August 2014 entlädt sich das Unbehagen in Gaziantep, Chauvinismus und antiarabischer Rassismus dominieren die Straßen. „Syrer raus!“ und „Tekbir!“ schallt es durch die Straßen. Kurz zuvor hatte ein syrischer Mann seinen Vermieter geköpft, weil dieser angeblich seine Ehefrau vergewaltigt hatte. Tage lang werden Syrer*innen oder solche, die für Syrer*innen gehalten werden, geschlagen und abgestochen, syrische Läden und Autos angegriffen. Die Bürgermeisterin Fatma Şahin von der AKP redet davon, dass sie sich in erster Linie um die eigenen Staatsbürger*innen kümmern wollen, mahnt die Leute auf der Straße zur Geduld und ruft die Syrer*innen [sic!] dazu auf, sich an das Gesetz zu halten.

Der oben erwähnte Medienvertreter hat auch für diesen Vorfall eine ausgleichende und relativierende Erklärung: Es habe sich viel angestaut bei den Menschen, sie seien auf so viel Neues nicht vorbereitet gewesen. Es habe dann halt diese Entladung stattgefunden, seitdem würde alles gut laufen. Nur mehr extreme Elemente der Gesellschaft würden noch ein antisyrisches Ressentiment pflegen und das seien sehr marginale Teile. Interessanterweise ist auch Kemal Vural Tarlan, ein marxistischer Forscher, ähnlicher Meinung: Mittlerweile habe sich an den meisten Produktionsorten ein spontaner Klasseninstinkt hergestellt, der die ursprüngliche Feindschaft oder Entfremdung zwischen türkischen und syrischen Werkträgern aufgehoben habe.

Wir haben nicht den Eindruck, dass alles so glatt läuft. Es ist wohl richtiger zu sagen, dass antiarabische und antisyrische Ressentiments im mindesten geduldet werden. Tanıl Bora nannte diese Art von Verhaltensweisen einst leider treffend und immer noch aktuell das „Lynchregime der Türkei“. Im Fall der syrischen Flüchtlinge erfüllt dieses Lynchregime eine sehr klar bestimmbare Funktion: Während es den meisten syrischen Flüchtlingen beschissen geht und sie gegen türkische Werkträgern im Arbeitsmarkt für höhere Profite der Unternehmen ausgespielt werden, präsentiert sich einerseits die Türkei nach außen als flüchtlingsfreundlichstes Land der Welt und lässt andererseits das Unbehagen über die sich verschlechternden materiellen Zustände sich auf der Straße gegen die Schwächeren austragen.

Das offen nach außen getragene und das unterschwellige Ressentiment

Während wir den Vorsteher eines Viertels, das zur Hälfte von Syrer*innen bevölkert wird, besuchen, gesellen sich türkische Bewohner*innen des Viertels dazu und als sie mitbekommen, dass wir die Situation syrischer Flüchtlinge untersuchen, geht der Wahnsinn los. Das lässt sich textlich gar nicht mehr adäquat reproduzieren. Die Rede ist von zivilisationslosen Barbaren, die sich nach dem Kacken den Arsch abwischen und das Papier aus dem Fenster schmeißen, bis in die frühen Morgenstunden klatschen, tratschen, feiern (andernorts heißt es auch mal: aus Langeweile rumvögeln wie die Wilden, weswegen sie schon allein geburtenmäßig „uns“ überholen werden), während die Frauen permanent damit beschäftigt seien, sich zu schmücken und putzen (apropos „unhygienische Araber“); pro Person bekämen sie weit mehr als den Mindestlohn vom Staat in den Arsch gesteckt, würden sich dennoch beschweren und nörgeln, nicht arbeiten wollen und jedenfalls dafür sorgen, dass „wir Türken“ hier die eigentlichen Migrant*innen geworden seien und nicht mehr menschenwürdig leben könnten. Ein Bewohner redet sich während dem Besuch so sehr in Rage, dass er rot anläuft und aus dem Zimmer stürmt. Nur die syrischen Turkmen*innen seien in Ordnung, aber die seien ja schließlich auch von uns, keine Araber*innen. Sie laden dann extra noch eine syrische Turkmenin und ihr Kind ein. Als die jedoch auf unsere Nachfragen meint, dass es ihnen hier materiell betrachtet weitaus schlechter geht als in Syrien, herrscht betretenes Schweigen. Jedenfalls ist dann irgendwann auch unsere journalistische Geduld überschritten und wir gehen. In fast jedem Gespräch, auch mit Leuten, die den Geflüchteten gegenüber sympathisch gesinnt sind, läuft unterschwellig ein Ressentiment mit, wird sich über das Verhalten der Syrer*innen beschwert und ihnen angekreidet, dass sie zu viel vom Staat bekommen, wo Türk*innen viel weniger oder nichts bekommen.

Unglaublicherweise steigen sogar einige politisierte Kurd*innen auf diesen Zug auf: Im Ernst beschweren sie sich uns gegenüber, dass den syrischen Geflüchteten eigene Schulen errichtet werden, wo sie in ihrer Muttersprache, also Arabisch, lernen dürfen, während das den Kurd*innen, die hier seit Jahrhunderten lebten, verwehrt würde. Dies würde von den Kurd*innen als Kränkung und Affront aufgenommen werden. Das ist deshalb kaum zu glauben, weil das so einfach nicht stimmt: Der Großteil der Kinder syrischer Geflüchteter im Schulalter, die überhaupt zur Schule gehen (nur etwa 20%), bekommt zwar in der Tat Unterricht auf Arabisch, dafür aber unter sehr schlechten Bedingungen. Unter diesen Bedingungen als Linker der ekelhaft instrumentellen Staatspropaganda („wir sind diejenigen, die sich am meisten und besten um die Syrer*innen kümmern“) mit umgekehrtem Vorzeichen nachplappern („die bekommen das meiste und beste vom Staat, wir nichts“), ist schon sehr dämlich.

Der Forscher und Journalist Kemal Vural Tarlan.

Die Linke und die Syrer*innen

Überhaupt habe ich den Eindruck, dass bei den meisten Linken, mit denen wir uns treffen, nicht oder zumindest nicht wirkmächtig genug angekommen zu sein scheint, dass der Großteil der syrischen Geflüchteten in die Arbeiter*innenklasse in der Türkei integriert wurde und zwar als niedrigstes, kümmerlichstes und am meisten überausbeutbares Segment derselben. Bezeichnend hierfür ist eine Begegnung mit gebildeten und langjährig aktiven Linken in Antakya. Sie spielen gerade Karten als ich ankomme und erzählen mir lang und breit über jihadistische Aktivitäten in der Region. Nach einer Weile entsteht bei mir der Eindruck, als ob es für sie außer IS und al Nusra nichts gäbe, was einen bei der Flüchtlingsthematik beschäftigen könnte. Also hake ich nach: Ob denn nicht der Großteil der syrischen Geflüchteten mittlerweile als organischer Teil der Arbeiter*innenklasse in der Türkei zu begreifen sei? Die Antwort ist kurz und so nach dem Format „jaja, eh klar, voll schlimm deren Lage, lalala“. Dann geht's wieder voll krass um Sykes-Picot, den Imperialismus, die Einmischung von Geheimdiensten in Deraa als Grund für den Aufstand in Syrien, die Scheinheiligkeit von Europa und andere große, weltbewegende Themen homerischen Ausmaßes. Ungeduldig unterbreche ich den Redefluss: Eh klar, dass die Imperialisten imperialistisch agieren, das liegt ja im Begriff der Sache; aber was können und sollen wir tun? Mit so einer Gestik, die ich mal ganz frei als ein langgezogenes „najaaa“ deute, heißt's dann: „Nicht viel. Derzeit ist Ausnahmezustand. Überhaupt ist die staatliche Repression ganz groß.“ Ich lass' die Männer weiter Karten spielen. Es ist nicht zu bestreiten, dass es auch unter den Geflüchteten Menschen gibt, die antisoziales, reißerisches, egoistisches und zerstörerisches Verhalten an den Tag legen. Nur hat das recht wenig mit dem syrischen lifestyle oder der „arabischen Barbarei“ zu tun. Da mischen sich Kriegserfahrung, permanente Gewalterfahrung, Überlebensinstinkt und Entfremdungserfahrung zu einer Aggression und zu einem Frust zusammen, der sich unter

Umständen nach außen austrägt. Die Frage ist natürlich in welcher Form und zu welchem Zweck. Wenn der IS und die al Nusra so erfolgreich auch unter den Geflüchteten sind, dann hat das sicherlich nur peripher damit zu tun, dass sie einen radikalen salafistischen Islam verteidigen und die Geflüchteten zum Großteil auch irgendwie Moslems sind. Geteilte Kultur, Religion und Sprache machen nur die Kontaktaufnahme einfacher und heben mühevollere Übersetzungsprozesse auf. Vielmehr hat das damit zu tun, dass sich unter den Geflüchteten so viel Leidenserfahrung und Aggression ansammelt hat und es eher radikale islamistische Gruppierungen sind, die zu den Geflüchteten gehen und ihnen den Himmel versprechen sowie ihre Wut auswärtsgerichtet austragen lassen, als dass Linke hingehen und mit den Geflüchteten arbeiten. Klar ist jedoch auch: islamistisch-jihadistische Organisation in der Türkei ist real, sie ist nicht bloß vorübergehendes falsches Bewusstsein. Irgendwann erreicht die Organisation einen Grad, bei dem die Umkehr schwer wird. Und umso mehr Menschen diese Schwelle überschreiten und jene menschenverachtende Ideologie nach außen tragen und praktisch agieren, umso wahrscheinlicher ist es, dass der Rest der Gesellschaft ebenfalls radikal reagiert und umso schwieriger wird es, von einer Einheit aller Werktätigen zu reden. Es ist deshalb eine der dringendsten Aufgaben der Linken in der Türkei, diese Problematik zu erfassen und sie praktisch anzugehen.

Es handelt sich um eine von der Redaktion lektorierte und gekürzte Version des Artikels. Das ausführlichere Original, viele weitere Artikel von Alp Kayserilioğlu sowie der zweite Teil der Reportage, der auf Gazianteps Rolle als Transitstadt des IS verweist, finden sich online auf

<http://lowerclassmag.com/>.



Günstige Kleintransporter für Studierende an der Uni Frankfurt

Das KFZ-Referat („Kraftfahrzeug-Referat“) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss(AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten.

Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen.

Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de
Mo-Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469

kleine laster für studenten!

www.kfz-referat.de



Sozialzentrum der Universität
Bockenheimer Landstraße 133
Tel. : 069 / 798 230 48
transporter@kfz-referat.de



Sorry, hier ist kapitalistische Marktwirtschaft, da kannst du nicht einfach so parken.

Alp Kayserilioğlu ist Redakteur beim LCM und lebt in Istanbul. Im August war er gemeinsam mit Johanna Bröse und Hannah Schultes (beide ak) im Südosten des Landes und hat zu den Auswirkungen des Syrienkrieges auf die Türkei geforscht. Von Johanna Bröse stammen die dem Text beigefügten Photographien.

Die Border Patrol:

Wie Überwachung und Rassismus die US-amerikanische Grenzpolitik dominieren

Auf einer menschenleeren Überlandstraße zwischen El Centro und San Diego im Süden Kaliforniens offenbart sich das Ausmaß der Widersprüche und Ungleichheiten, die der Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA in sich vereint, in beeindruckender Weise.

Wir stehen ungläubig und auf seltsame Weise ehrfürchtig neben unserem Jeep am Straßenrand bei Jacumba, einer kleinen Ansammlung von Häuschen irgendwo im Nirgendwo auf US-amerikanischer Seite der Grenze und schauen hinüber nach Mexiko in die Ferne. Die beinahe malerische, hügelige Landschaft wird von einem surreal wirkenden Monstrum aus Stahl zerschnitten: der sinnlos erscheinende Grenzzaun zwischen den USA und Mexiko ist der einzige Indikator dafür, dass hier ein Staat endet und ein anderer beginnt. Es herrscht eine zugleich idyllische und angespannte Atmosphäre. Die absolute Stille über dem Land wirkt wie die Ruhe vor dem Sturm und uns wird schnell klar, dass etwas in der Luft liegt. Auf der Weiterfahrt erscheinen wie aus dem Nichts drei Autos der Border Patrol hinter uns, die uns zum Anhalten zwingen. Über uns zieht ein Helikopter tief seine Kreise, als ein Beamter der Border Patrol seinen Kopf zum Autofenster hineinsteckt und uns nacheinander mit festem, einschüchternem Blick eindringlich mustert. Mir wird mulmig im Bauch. Was geht hier vor? Passkontrolle, Befragung. Wer seid ihr, was

wollt ihr hier? Wo kommt ihr her, wo wollt ihr hin? Wieso habt ihr angehalten, warum seid ihr ausgestiegen? Nach und nach stellt sich heraus, dass die Border Patrol uns die ganze Zeit über beobachtet hat und wir offenbar ein verdächtiges Verhalten an den Tag gelegt haben. Alles halb so wild: mit weißer Hautfarbe und deutschem Pass stellen wir wohl keine Gefahr für die Grenzbewacher*innen dar. Weiter geht's, gute Fahrt! Und noch eine Warnung der Border Patrol: Vorsichtig sein. Hier draußen gibt es viele Drogen und *aliens*.

Die sonderbare Begegnung offenbart, wie im Grenzgebiet zwischen Mexiko und den USA in paranoidem Ausmaß dafür gesorgt wird, dass sich niemand ohne das Wissen der amerikanischen Sicherheitsbehörden an der Grenze aufhält oder gar auf die Idee kommt, diese zu überqueren. Deutlich wird dies im Zusammenspiel von unsichtbaren, ausgefeilten Überwachungstechniken, die ein Mittel der zunehmenden Militarisierung der Grenze darstellen, und willkürlichen und rassistischen Kategorisierungsverfahren. Nicht immer war die US-mexikanische Grenze derart militarisiert und kontrolliert, aber spätestens seit dem Start der *Operation Gatekeeper* im Jahr 1994 und der damit einhergehenden Aufstockung der Border Patrol wurde es hauptsächlich undokumentierten Migrant*innen aus Mexiko und Zentralamerika zunehmend erschwert, die Grenze zu überqueren.¹ Die Abschreckungsverfahren entpuppen sich nur als

bedingt zufriedenstellend für die amerikanische Grenzpolizei, haben aber dennoch gravierende Auswirkungen für undokumentierte Migrant*innen. Die Festnahmen im Grenzgebiet sind zur Freude der Border Patrol zwar gestiegen, aber die Zahl „illegaler“ Grenzübertritte ist nicht wie im Vorfeld angenommen gesunken: undokumentierte Migrant*innen sind jetzt gezwungen, die Grenze in weniger militarisierten Gebieten zu überqueren, wo häufig extreme Wetterbedingungen herrschen. Der größte Teil der Grenzregion ist Wüste. Die Natur spielt der Border Patrol hier auf grausame Weise in die Hände: allein zwischen 1994 und 2001 ist die Zahl der Todesopfer an der Grenze um 500% gestiegen.² Gleichzeitig wird als Folge von *Operation Gatekeeper* vermehrt auf Schleuser, sogenannte *coyotes*, zurückgegriffen und Grenzübertritte finden tendenziell nachts statt. Viele Mexikaner*innen und Mittelamerikaner*innen, die es einmal erfolgreich über die Grenze geschafft haben, kehren so schnell nicht mehr in ihr Heimatland zurück: durch die erhöhte Präsenz der Border Patrol und unsichtbare Überwachungstechniken bedeutet jeder weitere Versuch, die Grenze in die USA zu überqueren, ein lebensbedrohliches Unterfangen, welches durch den Rückgriff auf *coyotes* zudem mit exorbitanten Kosten verbunden ist.³ Viele Menschen sind so über Jahre hinweg von ihren Familien getrennt: nur circa 10% der Mexikaner*innen kehren innerhalb des ersten Jahres in ihr Heimatland zurück, weil die Angst zu groß ist, es nicht ein weiteres Mal unverehrt über die Grenze zu schaffen. In den 1960er Jahren waren es noch 60%.⁴ Ebenso deutlich wie die Militarisierung der Grenze wurde bei unserer Begegnung mit der Border Patrol das Kategoriendicken der Beamten, als diese uns vor *aliens* warnten. *Alien*, das heißt erst einmal nur „fremd“; nicht alle Fremden aber sind in den Augen der Border Patrol automatisch *aliens*. Die (nicht nur) sprachliche Unterscheidung zwischen *aliens* und *citizens* begann sich Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA durchzusetzen. Heute wird der Begriff *alien* in der Öffentlichkeit und in den Medien mehr und mehr als abwertend betrachtet und dessen Gebrauch kritisiert oder gar gesetzlich verboten. Dennoch zeigt die ganz selbstverständliche Verwendung des Begriffs durch den Beamten der Border Patrol, dass sich eine Kategorisierung von Personengruppen vor allem im Zusammenhang mit Migration und Grenze in den Köpfen eingeschrieben hat. *Aliens*, das sind nur die undokumentierten Migrant*innen aus dem Süden. *Citizens* hingegen sind all diejenigen, die nach Auffassung der Homeland Security keine Gefährdung für die nationale Sicherheit darstellen, nicht nur US-amerikanische Bürger. Weiße Hautfarbe und ein deutscher Pass reichen aus, um als *citizen* klassifiziert zu werden. Hier findet eine gefährliche sprachliche Verdrehung statt, eine rassistische Simplifizierung

komplexer Tatsachen und Zusammenhänge, um angebliche Zugehörigkeiten und Kategorien zu rechtfertigen. Die Unterscheidung zwischen jenen, die dazugehören und jenen, die draußen bleiben müssen, spielt für die Border Patrol eine zentrale Rolle für das Schaffen einer gewissen „Ordnung“ an der Grenze; diese manifestiert sich nicht nur im massiven Grenzzaun. Die scheinbare Notwendigkeit zu kategorisieren, verweist auf einen Konflikt über Land im Sinne einer reinen Daseinsberechtigung, ein Recht, das denjenigen, die als *aliens* kategorisiert werden, von US-amerikanischer Seite verweigert wird.

Politische Strategien wie Militarisierung und Kategorisierung führen dazu, dass die Grenzregion mehr denn je einer Todeszone gleicht, ein Fakt, der als unweigerlicher „Nebeneffekt“ hingenommen wird, um rigide und brutale Immigrationspolitiken durchzusetzen. Das Machtungleichgewicht zwischen Mexiko, Mittelamerika und den USA manifestiert sich hier in einer rassistischen Klassifizierung und Illegalisierung von Migrant*innen. Der Grenzzaun selbst ist nur das Symbol dafür; ein Symbol für politische Machtausübung, Abschreckung und Tod.

Eva Grobbink

- 1 Nevins, Joseph (2002): Operation Gatekeeper: The rise of the “illegal alien” and the remaking of the U.S.-Mexico boundary. New York, London: Routledge.
- 2 Akers Chacón, Justin (2001): Operation Gatekeeper: Militarizing the Border. In: International Socialist Review. vol. 18. Web: www.isreview.org/issues/18/gatekeeper.shtml. August 23, 2015.
- 3 Cornelius, Wayne A. (2007): Introduction: Does Border Enforcement Deter Unauthorized Immigration? In: Cornelius, Wayne A.; Lewis, Jessa M. (eds.) (2007): Impacts of Border Enforcement on Mexican Migration: The View from Sending Communities. CCIS Anthologies (3), 1–16.
- 4 Cornelius, Wayne A. (2015): Border fences are succeeding - in keeping migrants in U.S. In: Los Angeles Times Online. August 10, 2015. Web: www.latimes.com/opinion/op-ed/la-oe-0810-cornelius-border-security-20150810-story.html. August 25, 2015



Colombia's Internally Displaced Persons

– The Forgotten Crisis

As of December 2015, Colombia had 6,044,200 internally displaced persons¹ (IDPs), making it the country with the second highest rate of internal displacement worldwide. Colombia has been submerged in a turmoil of conflict for over fifty years, during which the country has been shattered by left wing guerrillas, right wing paramilitaries, death squads, hired killers, corrupt security forces, drug cartels, oligarchy, massive inequality and poverty, and an alarming rate of internally displaced persons.

Despite many positive developments in the last years and the now-in-sight signing of the peace agreement between the largest left-wing-guerrilla in Latin America (FARC) and the Colombian government, the country still faces grave difficulties as the humanitarian crisis seems to grow beyond control.

The Conflict and its Actors

On the root of the Colombian conflict reside many prolonged political and social problems. The biggest issue, one could say, is the inequality of land distribution and power. For a very long time, Colombia has experienced a bipartisan fight between liberals and conservatives in which other political ideologies seem to have been almost completely politically and economically excluded. As a result, in the mid-1960s various revolutionary organizations were formed that wanted to overhaul Colombia's polity and socio-economic structure.

The FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), Colombia's oldest and strongest left wing guerrilla, began as a rural peasant movement in the 1960s. Over the years, they grew steadily in numbers and turned to criminal activities such as illegal drug trade, kidnapping for ransom, extortion, and high jacking in order to get funding. "By the early 2000s, the FARC was thought to control about 60 percent of the cocaine departing Colombia"². Both the war and its actor's involvement in the drug trade forced thousands of persons out of their homes.

As a consequence of the creation of leftist guerrillas, the right winged paramilitaries originated in the 1980's "when wealthy ranchers and farmers, including drug traffickers, organized groups to protect themselves from kidnappings and extortion plots from the FARC"³. They murdered and massacred any suspected supporter of the rebels, various times assassinating innocent people under the accusation of participating with the guerrillas; they also directly engaged in military battles with the FARC and other leftist guerrillas and financed themselves up to seventy percent through drug revenue.⁴ Needless to say, their existence also greatly aggravated the internal displacement situation.

Since the commencement of the insurgent movements almost all presidents attempted to craft peace agreements with the various guerrillas, yet failed. Up until the taking of power of president Álvaro Uribe in 2002, the government had been regarding the armed groups and the increase in drug trafficking as two different phenomena. This changed with president Uribe, who abandoned the strategy of negotiating, and made it his goal to defeat the guerrilla militarily. During his term of eight years, the different guerrilla groups of Colombia were the target of sharp and extended attacks, which considerably reduced their combat capability. In 2001 the FARC was believed to have around 16,000 members, today they are estimated

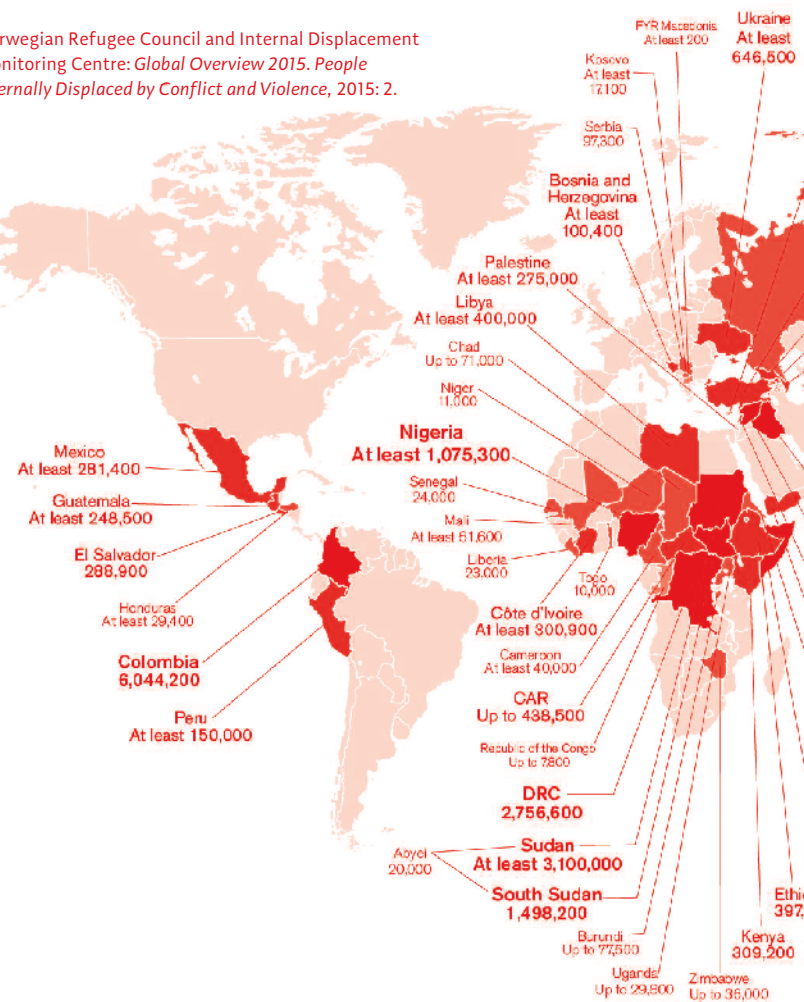
to have less than 7,000 members⁵, mostly due to Uribe's attacks.

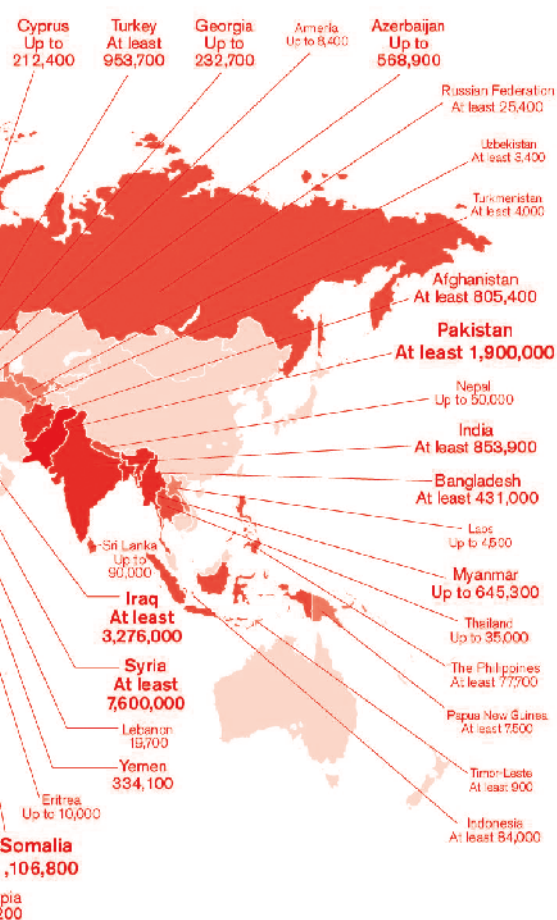
This thus pushed the guerrillas into negotiations with the next (and current) president, Juan Manuel Santos. Due to their relative military weakness it seems that the FARC, this time, might have a genuine interest in demobilizing. The current peace negotiations seem to be an important step towards conciliation between the government and the FARC. At the same time, unfortunately a vast array of different criminal groups continues to terrorize communities and force people to flee.⁶

Forced Displacement

Alarmingly, over ten percent of the Colombian population has been forced to leave their homes. According to the Norwegian Refugee Council and Internal Displacement Monitoring Centre, the FARC and the smaller National Liberation Army (ELN) accounted for the largest portion of new displacements during the year 2015; post-demobilization groups however also played a pivotal role. The main tendency in Colombia's displacement is a rural-to-urban-displacement that seems to affect mostly indigenous and African-Colombian communities, as the pacific coasts (where African-Colombian communities live) are conduits for both legal and illegal exports and thus popular targets for armed groups. This has resulted in an increased economic and social inequality in which already

Norwegian Refugee Council and Internal Displacement Monitoring Centre: *Global Overview 2015. People Internally Displaced by Conflict and Violence, 2015: 2.*





marginalized groups keep on suffering.⁷ Regardless of the economic growth experienced within the country during the last several years and the peace negotiations between the FARC and the government, there still seems to be intense violence and insecurity, as well as extreme inequality, which exacerbate internal displacement. Also, widespread abuses including recruitment of minors, sexual violence, explosion of anti-personnel mines, and extortion and targeting of activists keep on forcing people to flee their homes.⁸ Moreover, the ongoing peace process and the land restitution discussed within it could contribute to put an end to, or at least drastically diminish, the forced displacements. In early 2012, a law was created (“the victim’s law”) in which the government was to compensate an estimated 4 to 5 million victims of the conflict with economic reparations and provide land restitution to victims of forced displacement and dispossession.⁹ This law defines victims as “all persons or groups who have suffered (not only material) damage in connection with the armed conflict. It notably includes victims of crimes committed by state agents and provides comprehensive framework for protection and reparation of victims”¹⁰. The problem, however, is that many oppose the land restitution settlements discussed within the negotiations. This risk is clear from the accelerating violence against land restitution activists, human rights defenders, and

social leaders; for example, the number of murders committed against human rights defenders rose from 49 in 2011 to 78 in 2013.¹¹ In short, the wide and violent opposition to land restitution led to a new wave of displacement and was a clear intimidation strategy which caused most victims not to dare to come forward and claim their rights to land restitution.

The situation is generally precarious because on the one hand, the efforts are hampered by extensive insecurity, violent opposition, and structural obstacles (such as widespread corruption). On the other, many IDPs do not have legal identification cards required to have access to health benefits, free education, or other governmental services. Moreover, according to the UNHCR, the majority of IDPs suffer from severe psychological trauma, are illiterate, live in poverty, etc., thus making them ineligible for state services.¹² “Without identity papers you have no rights for healthcare or any other government help. It was heartbreaking to witness a husband carrying his wife who was about to give birth to their child, rejected at the hospital door because they had no papers. His wife died that day”, says a volunteer for MSF (Doctors Without Borders), Norway.¹³

Prospects

According to the World Food Programme, Colombia’s grave humanitarian crisis “hampers economic growth, threatens vital infrastructure, displaces populations, erodes social and cultural cohesion, and generates enormous fiscal costs”¹⁴. The government is well aware of the situation and has taken steps in the direction of solving the humanitarian conflict. There is also robust international humanitarian presence in Colombia, yet the challenges are huge. The international humanitarian efforts have been consistently underfunded and the lack of access to remote communities affected by the armed conflict poses a real challenge. However, with an end of the conflict in sight, the situation might take a turn for the better.

The negotiations are arriving to a culminating point and the president announced that at October 2nd 2016 there will be a referendum on the accord.¹⁵ If it will be accepted by the majority of the population, the country can start taking reparative measures to solve the crisis. The first steps have already been taken but there is still a lot of work to be done. Colombia already has the world’s most thorough legal frameworks on internal displacement.¹⁶ The main problems remain bureaucracy, corruption, and fear of the victims as many claimed to have received death threats; Human Rights Watch documented 30 cases in 2013 in which families had to flee once again following threats linked to their restitution requests.¹⁷ It is thus of paramount importance that the government and human rights institutions work together to not only prioritize the physical

security of beneficiaries over the recovery of their land but also to assist them in the process of re-establishing their agricultural livelihoods so that it can be a long term-sustainable return process.

Estefanía Liehr

- 1 Norwegian Refugee Council and Internal Displacement Monitoring Centre: *Global Overview 2015. People Internally Displaced by Conflict and Violence* (Rep.). (2015:19).
- 2 Beittel, J. (2015:3): *Peace Talks in Colombia*. Congressional Research Service.
- 3 Beittel, J. (2015:11): *Peace Talks in Colombia*. Congressional Research Service.
- 4 Helfrich, L., & Kurtenbach, S. (2006:17): *Kolumbien – Wege aus der Gewalt: Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte*. Osnabrück: Günther-Druck GmbH.
- 5 Sliwinsky, M. (2015, May 31): FARC: *Preventing Peace in Colombia?* Retrieved from <http://lawstreetmedia.com/issues/world/within-grasp-peace-colombia-remains-elusive/>.
- 6 McDermott, J. (2014, May 02): *The BACRIM and Their Position in Colombia’s Underworld*. Retrieved September 9, 2016, from <http://www.insightcrime.org/investigations/bacrim-and-their-position-in-colombia-underworld>.
- 7 Højen, L. (2015, February 2): *Colombia’s “Invisible Crisis”: Internally Displaced Persons*. Retrieved September 11, 2016, from <http://www.coha.org/colombias-invisible-crisis-internally-displaced-persons/>.
- 8 Norwegian Refugee Council and Internal Displacement Monitoring Centre: *Global Overview 2015. People Internally Displaced by Conflict and Violence* (Rep.). (2015:19).
- 9 Beittel, J. (2015:16): *Peace Talks in Colombia*. Congressional Research Service.
- 10 International Crisis Group (2010: 21): *Colombia: President Santos’s Conflict Resolution Opportunity*. *Latin America Report N°34*. Retrieved from *Columbia International Affairs Online*.
- 11 International Crisis Group (2013: 6): *Transitional Justice and Colombia’s Peace Talks*. *Latin America Report N°49*. Retrieved from *Columbia International Affairs Online*.
- 12 Højen, L. (2015, February 2): *Colombia’s “Invisible Crisis”: Internally Displaced Persons*. Retrieved from <http://www.coha.org/colombias-invisible-crisis-internally-displaced-persons/>.
- 13 *A refugee in their own country – the fate of the Colombian IDPs*. (n.d.). Retrieved from <http://www.unric.org/en/colombia/27002-a-refugee-in-their-own-country-the-fate-of-the-colombian-idps->.
- 14 *Colombia*. (n.d.). Retrieved from <http://www.wfp.org/countries/colombia/overview>.
- 15 *Farc peace deal: Rebels and Colombian government sign accord to end war*. (n.d.). Retrieved from <https://www.theguardian.com/world/2016/aug/24/colombia-government-farc-rebels-peace-deal-52-year-war>.
- 16 *Displacement continues despite hopes for peace*. (2014, January 14). Retrieved from <http://www.internal-displacement.org/americas/colombia/2014/displacement-continues-despite-hopes-for-peace>.
- 17 *Displacement continues despite hopes for peace*. (2014, January 14). Retrieved from <http://www.internal-displacement.org/americas/colombia/2014/displacement-continues-despite-hopes-for-peace>.

Xenophobie in Südafrika: Eine nationale Krankheit?

Fremdenfeindliche Ansichten und gewaltsame Ausschreitungen gegen MigrantInnen stellen eine kontinuierliche Realität in Südafrika nach der Apartheid dar. Ihren tragischen Höhepunkt erreichten die xenophoben Ausschreitungen im Mai 2008. Auslöser war ein Angriff von bewaffneten Jugendlichen auf eine von EinwanderInnen bewohnte Massenunterkunft im Township Alexandra in der Metropole Johannesburg. Schockierende Bilder vom grausamen Mord an Ernesto Nhamuave, einem Einwanderer aus Mosambik, zirkulierten weltweit in den Medien. Geschlagen, erstochen und am lebendigen Leib verbrannt, versinnbildlicht sein Tod das Ausmaß an Brutalität, das nun an den Tag gebracht worden war. Insgesamt sind in diesem Mai 63 Leute gestorben. Zudem wurden landesweit hunderte von Menschen zum Teil schwer verletzt und Tausende haben ihre Häuser, Geschäfte und Habseligkeiten verloren.¹ Seit den Geschehnissen vom Mai 2008 sind immer wieder vereinzelt Gewalttaten

gegen MigrantInnen zu verzeichnen. Im April 2015 eskalierte die Situation erneut und es kam zu landesweiten Ausschreitungen: Mindestens sechs Menschen wurden getötet und unzählige Geschäfte und Häuser von EinwanderInnen wurden geplündert und zerstört. Im Gegensatz zu großen Teilen der südafrikanische Regierung, die sich bis heute schwer damit tut, gewaltsame Ausschreitungen gegen MigrantInnen als Xenophobie zu bezeichnen, herrscht unter WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und in einem großen Teil der (Mehrheits-)Medien der Konsens, dass Südafrika ein Problem mit Ausländerfeindlichkeit hat. Doch warum ist Xenophobie und die damit einhergehenden gewaltsamen Auswüchse ein immer wiederkehrendes Phänomen im demokratischen Südafrika?

Um Xenophobie zu erklären, müssen eine Reihe von Faktoren berücksichtigt werden. Viele AutorInnen konstatieren, dass Ausländerfeindlichkeit in Südafrika vor allem durch wirtschaftliche und sozio-politische Faktoren angeheizt wird, denn

das Land ist geprägt von hoher Arbeitslosigkeit und einer immensen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit. Oftmals werden MigrantInnen für diese Missstände verantwortlich gemacht, indem ihnen vorgeworfen wird, den SüdafrikanerInnen Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor wegzunehmen und den knappen sozialen Wohnraum zu besetzen.² Außerdem wird die hohe Kriminalitätsrate und die Verbreitung von Krankheiten wie HIV häufig MigrantInnen zu Lasten gelegt. Bestimmte Nationalitäten werden kulturell stereotypisiert und stigmatisiert, wie beispielsweise NigerianerInnen, die oftmals als Kriminelle, die mit Drogen handeln und in Prostitution verwickelt sind, abgestempelt werden. Die Konstruktion des/der MigrantIn, der/die als Sündenbock für alles, was falsch läuft im Land, herhalten muss, ist eng verbunden mit der spezifischen Natur der Identitätsfindung in Südafrika nach der Apartheid. Nach Ende der Apartheid musste die neue Demokratie ein neues, „nicht-rassisches“ Wir-Bewusstsein einer nationalen, südafrikanischen Identität konstruieren, welches dazu führte, dass zunehmend der „neue Andere“ mit der Figur des undokumentierten (Schwarzen) Einwanderers gleichgesetzt wurde.³ Denn, so argumentieren beispielsweise Jonathan Crush und Sujata Ramachandran, „konnten sich nach 1994 SüdafrikanerInnen aller Hautfarben auf eine Sache einigen: ‚illegale Ausländer‘

strömen nach Südafrika und stellen eine Bedrohung für die neue Nation dar, indem sie den SüdafrikanerInnen knappe Ressourcen wegnehmen.“ In den oft zu hörenden Aussagen wie „Die nehmen uns die Arbeitsplätze, Häuser, Geschäfte etc. weg“, wird diese Insider/Outsider-Dichotomie ersichtlich. MigrantInnen wird vorgeworfen, sich unrechtmäßig zu bereichern und von einem System zu profitieren, das eigentlich nur Menschen, die im Besitz eines südafrikanischen Passes sind, zusteht. Diese „Anspruchskultur“, derzufolge bestimmte Rechte und Privilegien nur für bestimmte Personen gelten, gepaart mit dem fast eifersüchtigen Bestreben, diese Rechte und Vorteile vor Anderen zu schützen, bietet Xenophobie den perfekten Nährboden.⁴ Aber nicht nur der südafrikanische „Otto-Normal-Verbraucher“ beschwert sich über EinwanderInnen, ausländerfeindliche Stimmungsmache kann bis in die höchsten Ränge staatlicher Politik zurückverfolgt werden. Viele AutorInnen merken an, dass Formen institutionalisierter Xenophobie gang und gäbe in Südafrika sind. Vor allem Institutionen wie die Polizei und das Department of Home Affairs (Innenministerium) sind bekannt dafür, EinwanderInnen ihre Rechte abzusprenken, die bis hin zu illegalen Festnahmen und Abschiebungen reichen. Zudem sind eine signifikante Anzahl der Beamten und PolizistInnen korrupt, MigrantInnen



werden oft als „mobile Geldautomaten“ behandelt.⁵

Bis jetzt wurde eine Menge über die xenophobe Krise, in der sich das Land derzeit befindet, geschrieben. Jedoch scheint es, dass Stimmen der Betroffenen größtenteils ausgespart werden im öffentlichen Diskurs. Wie erleben MigrantInnen die derzeitige Situation in Südafrika und zu welchem Ausmaß spüren sie die schwelende Xenophobie? Mit diesen Fragen habe ich mich im Sommer 2015 auf den Weg durch Johannesburg gemacht, um MigrantInnen nach ihren alltäglichen Erfahrungen und Erlebnissen mit Xenophobie zu befragen.

In Yeoville, im Zentrum Johannesburgs gelegen und oft „Afrika in Miniatur“ genannt, treffe ich mich mit VertreterInnen des African Diaspora Forum (ADF), um die derzeitige xenophobe Krise zu diskutieren. Die ADF wurde kurz nach den xenophoben Unruhen im Mai 2008 gegründet und ist eine Vereinigung verschiedener afrikanischer MigrantInnenorganisationen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung einsetzt. Im Herzen panafrikanisch, hat die Non-Profit Organisation zurzeit Mitglieder aus 21 afrikanischen Ländern. Sie versteht sich als eine Art Brücke zwischen der südafrikanischen Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen

EinwanderInnengemeinschaften. Der stellvertretende Vorsitzende, selbst ein Opfer der xenophoben Unruhen im Jahr 2008, erklärt das hohe Aufkommen von fremdenfeindlichen Ausschreitungen als Ergebnis von sozioökonomischen, politischen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas, die in der einzigartigen Geschichte des Landes liegen. Während der Apartheid hat sich das Land vom Rest des Kontinents isoliert, viele SüdafrikanerInnen fühlen sich bis heute nicht als Teil Afrikas. Somit sind andere afrikanische Kulturen den SüdafrikanerInnen weitgehend unbekannt, was im Umkehrschluss dazu führt, dass viele afrikanische MigrantInnen sich von der südafrikanischen Gesellschaft nicht akzeptiert und ausgeschlossen fühlen. Außerdem spricht er die bereits erwähnte institutionalisierte Xenophobie an; oft können VertreterInnen von Staatsbehörden xenophobe Äußerungen tätigen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das wiederum befeuert xenophobe Einstellungen beim Volk, MigrantInnen für die sozioökonomische Misere, in der sich ein Großteil der Menschen befindet, verantwortlich zu machen. Dafür steht stellvertretend die Geschichte eines Journalisten aus Kamerun, der den letzten xenophoben Gewaltausbruch am eigenen Leibe zu spüren bekam. Er erzählt, wie ein bewaffneter Mob am Abend vom 17. April versuchte in seine Wohnung einzubrechen. Das Haus in dem er bis dato

gewohnt hatte, wurde zur Zielscheibe, weil es einem Mozambikaner gehört, der viele der Apartments an MigrantInnen vermietet. Die wütende Meute schrie immer wieder: „Hau ab oder wir töten dich, Kwe-rekwe“, als sie versuchte, seine Tür einzubrechen. Panisch vor Angst floh er aufs Dach des Hauses und harrte dort aus, bis die Polizei eintraf.

Nicht selten habe ich während meiner Reise durch Johannesburg solche und ähnliche Geschichten gehört, wie etwa die von einem nigerianischen Straßenverkäufer der am helllichten Tage auf einer Hauptstraße in Hillbrow von bewaffneten Unbekannten attackiert und ausgeraubt wurde oder die Geschichte eines Ladenbesitzers aus Äthiopien, dessen Geschäft im Township Alexandra komplett leer geräumt wurde. Diese Geschichten sind traurigerweise keine Einzelschicksale, jedoch soll an dieser Stelle nicht der Eindruck erweckt werden, alle SüdafrikanerInnen seien gewaltbereit gegen MigrantInnen. Nach den Unruhen 2015 gab es landesweit spontane Demonstrationen gegen die xenophoben Gewaltausschreitungen und viele Initiativen aus der Zivilgesellschaft sowie der südafrikanischen Studierendenschaft fordern die Regierung seit langem auf, gegen Xenophobie und deren Ursachen anzukämpfen. In den sozialen Medien wird unter *#xenophobiamustfall* und anderen Hashtags lebhaft diskutiert, wie das Land die xenophobe Krise überwinden kann, denn vielen ist bewusst, wie tief verankert xenophobe Meinungen in der südafrikanischen Gesellschaft sind. Um Xenophobie aus den Köpfen zu kriegen, so argumentiert der stellvertretende Vorsitzende der ADF, braucht es vor allem zwei Dinge: Aufklärungsarbeit und die Verbesserung der sozioökonomischen Umstände unter denen ein Großteil der im Land lebenden Menschen – ob mit oder ohne südafrikanischen Pass – zu leiden haben.

Melanie Lenk

- 1 E. Worby, S. Hassim & T. Kupe, 2008, *Go Home or Die Here. Violence, Xenophobia and the Reinvention of Difference in South Africa*, Wits University Press.
- 2 D. Everatt, 2010, *Overview & Prospects*, in: *South African Civil Society and Xenophobia*, aufrufbar unter: http://www.atlanticphilanthropies.org/sites/default/files/uploads/1_Synthesis_consolidated_c.pdf, S. 6-7.
- 3 B. Dodson, 2010, *Locating Xenophobia: Debate, Discourse, and Everyday Experience in Cape Town*, *South Africa, Africa Today* 65(3), S. 6.
- 4 J. Crush & S. Ramachandran, 2010, „Xenophobia, International Migration and Development“, *Journal of Human Development and Capabilities* 11(2), S. 214.
- 5 B. Dodson, 2010, S. 6.
- 6 L. Landau, 2012, *Introducing the Demons*, in: L. Landau (ed.) *Exorcising the Demons Within. Xenophobia, Violence and Statecraft in Contemporary South Africa*, United Nations University Press, S.8.

Die Hässlichkeit des Humanismus

Zur Kritik eines Happenings des „Zentrums für politische Schönheit“

Viele Debatten wurden um die Beerdigungs-Inszenierungen und die inszenierten Beerdigungen von an den EU-Außengrenzen ermordeten Geflüchteten durch das „Zentrum für politische Schönheit“ geführt. Es wurde den Aktionskünstler_innen vorgeworfen, in ihren Texten die Shoah relativiert zu haben, andere fanden die Aktionen pietätlos und sahen sie als Instrumentalisierung von Toten. Große Teile der radikalen Linken sahen jedoch unabhängig von derartigen Kritikpunkten einen subversiven Gehalt in den Aktionen des ZPS. Dabei verkennen sie den Charakter dieser medial inszenierten Beerdigungen grundlegend.

Ob diese Praxis nun pietätlos ist oder nicht, ist tatsächlich vollkommen uninteressant und kann gar nicht ohne weiteres festgestellt werden in vollkommen medialisierter Welt, die keinerlei Distanz oder Respekt mehr kennt. Eins sind die Beerdigungs-Happenings allerdings nicht: politischer Widerstand gegen das europäische Grenzregime. Die hässliche Ideologie des Humanismus wird weder schöner noch wirksamer, indem man ihr „Aggressivität“ attribuiert. Humanismus und Menschenrechte, ob aggressiv oder nicht, sind gegenüber den Verbrechen und Grausamkeiten der kapitalistischen Moderne schon immer vollkommen machtlos gewesen. Der Versuch, diese Machtlosigkeit mit Aktionismus zu überspielen, ist ebenfalls nicht neu.

Der kritische Theoretiker Theodor W. Adorno richtete seine Kritik bereits 1969 in seinem Aufsatz „Marginalien zu Theorie und Praxis“ gegen eine Scheinpraxis, die vor allem über die Machtlosigkeit der widerständischen Subjekte gegenüber den Verhältnissen hinwegtäuschen soll:

Spontaneität, welche die Bedürftigkeit des Objekts innervierte, müßte an die anfälligen Stellen der verhärteten Realität sich heften, an die, wo die Brüche nach außen kommen, die der Druck der Verhärtung bewirkt; nicht wahllos, abstrakt, ohne Rücksicht auf den Inhalt des oft nur der Reklame zuliebe Bekämpften um sich schlagen.

Theodor W. Adorno,
Marginalien zu Theorie und Praxis

Eine Variante dieser Scheinpraxis sind die aktionistischen Happenings, die moralisierend ausrufen, „daß keiner guten Willens es länger mit ansehen dürfe“ und damit „den Gewissenszwang“ (ebd.) rationalisieren:

Brecht, der der damaligen Lage gemäß noch mit Politik zu tun hatte, nicht mit ihrem Surrogat, sagte einmal, dem Sinn nach, ihn interessiere, wenn er ganz ehrlich mit sich sei, auf dem Theater mehr als die Veränderung der Welt. Solches Bewußtsein wäre das beste Korrektiv eines Theaters, das heute mit der Realität sich verwechselt, so wie die happenings, welche die Aktionisten zuweilen inszenieren, ästhetischen Schein und Realität verfransen. Wer hinter Brechts freiwilligem und gewagtem Geständnis nicht zurückbleiben möchte, dem ist die meiste Praxis heute verdächtig als Mangel an Talent.

Theodor W. Adorno,
Marginalien zu Theorie und Praxis



Pressekonferenz der hungerstreikenden Refugees auf dem Münchener Rindermarkt 2013.

Eine derartige Ehrlichkeit stünde den Inszenierungs-Künstler_innen vom „Zentrum für politische Schönheit“ ebenfalls gut zu Gesicht. Wenn diese einen Imam zitieren, der anmerkt, die Beerdigung sei kein Event, sondern „ein wahres Ereignis“, dann ist an dieser Stelle wohl der Wunsch Vater des Gedankens. Das wahre Ereignis hat zum Zeitpunkt der Beerdigung längst stattgefunden: der Massenmord der Europäischen Union an Flüchtenden aus aller Welt im Mittelmeer. Gerade die Inszenierung der Beerdigung (und jede Beerdigung ist gewissermaßen eine Inszenierung, nur nicht notwendiger Weise eine mit einer derartigen medialen Reichweite) soll darüber hinwegtäuschen, dass die Künstler_innen des ZPS keinerlei Zugriff auf das der Inszenierung vorgängige, wahre Ereignis hatten. Würde und Pietät mögen dieser Tage immer konstruiert und inszeniert sein – das ZPS setzt diese Inszenierung jedoch an die Stelle von kritischer Theorie und widerständischer Praxis, die zum Ziel hätte, die Verhältnisse zu überwinden, die derartige Schandtaten hervorbringen.

Das jedoch ist noch nicht einmal das erklärte Ziel des ZPS. Dessen Aktivist_innen setzen sich zwar auch in Form von Analysen als Gesellschaftstheoretiker_innen in Szene, ihre Analysen sind aber nicht in der Lage das gegenwärtige Weltgeschehen auch nur im Ansatz zu begreifen.



Peripherie erscheinen aus ihrer Perspektive als Folgen von Massenvernichtungswaffen und Bevölkerungswachstum. In gewisser Weise, so könnte man daraus folgern, sind die Menschen in der „dritten Welt“ ja selbst daran schuld, wenn sie gefährliche Waffen importieren und ihr Bevölkerungswachstum nicht in den Griff bekommen. Aber das ist kein Grund für anständige Menschenrechtler_innen, den armen, hilfsbedürftigen „Drittwellern“ zur Hilfe zu eilen. Und dass demokratische Europa das nicht erklärt sich für das ZPS mit Francis Fukuyama:

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fristen Großtheorien und Ideologien ein Schattendasein. 1989 verabschiedete sich die letzte große Alternative von der Weltbühne. Die erste erfolgreiche demokratische Revolution auf deutschem Boden läutete ein „Ende der Geschichte“ ein. Die Attraktivität von Francis Fukuyamas gleichnamigem Buch [...] war die Pointe des verpassten Endes: Fukuyama unterstellte der westlichen Welt, sie sei ans Ende gelangt, ohne das selbst zu bemerken. Politiker, Intellektuelle und Künstler standen in Francis Fukuyamas Erzählung an einer Bushaltestelle, ohne erkannt zu haben, dass es sich um die Endhaltestelle für politische Visionen handelte.

Zentrum für politische Schönheit,
Aggressiver Humanismus

Es fehlen Visionen, das ist die These des ZPS. Es handelt sich nicht um die Verteidigung der ökonomischen Privilegien der westlichen Staaten durch eine gezielte Militarisierung der Grenzabwehr: nein, es fehlt Europa eine menschenrechtliche Vision. Menschenrechte im Kapitalismus, das ist jedoch das Problem, werden ohnehin nur dann beachtet, wenn es ökonomisch möglich ist. Es ist vollkommen rechtens so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschicken. Auch dann, wenn sie dort verhungern würden oder an mangelnder medizinischer Versorgung sterben würden.¹

Auch die Krise des Kapitalismus, die allerorten Staatsstrukturen zusammenbrechen lässt, Korruption, bewaffnete Banden, reaktionäre Krisenideologien und religiösen Fundamentalismus hervorbringt, existiert aus der idealistischen Perspektive der Menschenrechte nicht. Es gibt eben nur die Menschenrechte und deren Einhaltung. Findet letztere nicht statt, so müssen eben entsprechende „Standards“ implementiert werden, oder es muss durch moralische Skandalisierung auf die Nichteinhaltung hingewiesen werden. Was aber, wenn der Bruch der Menschenrechte schon in ihrem Kern selbst enthalten ist? Was, wenn die gesamte bürgerliche Rechts-Ordnung in letzter Konsequenz ein indifferentes, funktionalistisches Handbuch ist, wie man sich in kapitalistischen Verhältnissen „richtig“ zu verhalten hat?²

Im Sommer 2013 traten ca. 40 Geflüchtete aus verschiedenen Ländern in den

Hungerstreik. Ihre Forderung war ihre Anerkennung als politische Geflüchtete mit der Begründung, **dass der europäische Kolonialismus, der westliche Imperialismus und die kapitalistische Ausbeutung ihre Länder zerstört hatte**. Sie verweigerten die Aufnahme von Essen und Flüssigkeit und drohten damit, sich bis zum Tod zu hungern, wenn sie nicht anerkannt würden. Der Hungerstreik wurde nach über einer Woche gewaltsam und unter Gefährdung der Leben der Streikenden von der bayrischen Polizei beendet. Tags zuvor hatte man noch Hans-Jochen Vogel zu Verhandlungen geschickt, der allerdings keine konkreten Angebote machen konnte. Humanist_innen und Menschenrechtler_innen waren damals entsetzt und schockiert. Die damals Hungerstreikenden betrachteten ihre Aktion als Teil eines globalen Klassenkampfes und sich selbst als die unterste Schicht der globalen Arbeiter_innenklasse. Dies ist nur eines von unzähligen Beispielen des aktiven Widerstandes von Geflüchteten gegen das europäische Grenzregime. Klassenkampf und Solidarität wären angezeigt. Und die Erkenntnis, dass unsere Befreiung [die der Menschen mit europäischen Pässen] maßgeblich von der Befreiung aller unterdrückten Menschen auf der Welt abhängt. Dafür brauchen wir keine medialen Happenings, sondern eine militante und subversive Praxis, die wirklich Druck auf Staat und Kapital ausübt.

Karl-Heinz Kreuzer

Karl-Heinz Kreuzer hat mehrere Texte und Aufsätze zur kapitalistischen Krise in Zusammenhang mit der Krise von Nationalstaat, Kulturbegriff und Stadt veröffentlicht. Diese und einiges mehr sind auf seinem Blog www.rethnologie.info nachzulesen. Überdies schreibt er als »Institut für Rethnologie« auf dem radikal linken Recherche- und Analyseblog www.sechel.it. Auf twitter ist er unter @rethnologie zu finden.

¹ Zum Zusammenhang zwischen dem Massenmord der EU und der ökonomischen Rationalität des Kapitalismus äußerte sich jüngst Arian Schiffer-Nasserie im sehr treffend im Vice Magazin: <http://www.vice.com/de/read/massensterben-im-mittelmeer-sind-tote-fluechtlinge-unvermeidlich-fuer-unseren-wohlstand-242>.

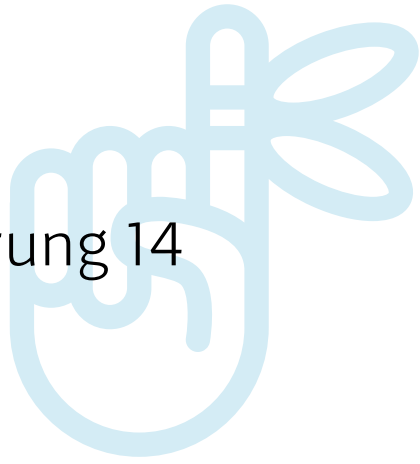
² Mit dem Zusammenhang zwischen Krise, Jihadismus, Bürgerkriegen und Rassismus haben wir an uns an anderer Stelle bereits eingehender auseinandergesetzt: <http://www.rethnologie.info/wordpress/2015/06/08/kulturalismus-und-dschihadismus-in-der-krise-des-kapitals/>.

Zwei Entwicklungen verleiten zudem zu der Hypothese, dass das 21. Jahrhundert in seinen Opferbilanzen weit schlimmer ausfallen wird als das 20. Jahrhundert: [1.] die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und [2.] die Bevölkerungsexplosion in Asien und Afrika. Den technischen Fortschritt fasste Günther Anders mit dem Wort Hasslosigkeit: er machte darauf aufmerksam, dass die Gefühle Hass und Wut für die moderne Kriegsführung unnötig geworden waren. Der moderne Soldat drückte auf einen Knopf, mit dem er die Bombe ausklinkte, die atomar 200.000 Menschen vernichtete. Die Wirkung eines Knopfdruckes wurde vom technischen Fortschritt potenziert. Handlung und Effekt stehen in keinerlei Verhältnis mehr [...]. Zur Bevölkerungsentwicklung: während Mitte des 20. Jahrhunderts die Weltbevölkerung weniger als zwei Milliarden Menschen zählte, werden es Mitte des 21. Jahrhunderts über neun Milliarden sein. Beide Entwicklungen sind nicht gerade geeignet, anzunehmen, dass die Opferkurve des 20. Jahrhunderts eine einmalige statistische Abweichung darstellt, deren Ausreißen nach oben „behoben“ wäre.

Zentrum für politische Schönheit,
Aggressiver Humanismus

Immerhin zeigen die Berliner Menschenrechtskünstler_innen offen, dass sie absolut keine Ahnung von den globalen Entwicklungen dieser Tage haben. Die Massenmorde in der kapitalistischen

Erinnerung 14



Ich treffe sie einzeln.

Der Wind durchstreift das Blattwerk und es rauscht unter seiner Bewegung wie ein leichter Regen. Die Welt ist laut unter der Bewegung so vieler Menschen. Es rauschen die Reifen verhallt über den Asphalt einer Kreuzung, die Motoren brummen, die Herzen der Insassen vibrieren, der Baulärm krächzt rhythmisch als Verweis der Zerstörung und Neugeburt des selben Augenblickes zwischen Thanatos und Eros. Ich habe sie länger nicht gesehen. Sie sind so täuschend echt und sinnlos alt. Ich treffe sie einzeln.

Die Schatten der Bäume auf dem Asphalt, Zeichen des Lebens im Beton. Sie täuschen das Auge in ihrer Bewegung und Überlagerung. Die Schatten der Vergangenheit, der vergangenen Kindheit.

Ich treffe sie einzeln. In meinen Träumen – abgerissene Bauten, Metall glänzt wachsend aus dem Beton. In gitterförmiger Struktur wuchert es über die grauen Schatten verbergend den Schmerz. Er wacht über die Träume, splittert mein Zerrbild in der Nacht, leise zermürend meine Zukunft. Die Schönheit des Restmaterials fließt in Spänen und Steinen in einen roten ausgetrockneten Bach, füllt meinen Becher mit Angst vor mir selbst. Ich habe noch nie so viel Wut gespürt in meiner Ohnmacht. Daher treffe ich sie lieber einzeln und lasse die Vergangenheit von mir Besitz ergreifen um die Zukunft zu verstehen.

Entrückte Augenblicke der Blendung, endlich der Traum eigener Verblödung erfüllt. Die Sehnsucht nach vergangenen Zeiten, statt augenblicklicher Befreiung. Menschen weinen das Mittelmeer aus ihren Sehnsüchten und ihren Wünschen nach Freiheit.

Das Meer spaltet sich und das versklavte Volk geht den Pfad des von allen Seiten sie bedrohenden Todes. Das ist der Preis.

Ein totes Kind am Touristenstrand erregt die Aufmerksamkeit eines sich sonnenden, besonnenen Spinners, der um zu vergessen ins Wasser steigt um ein paar Meter weiter seiner Geliebten in die Arme zu fallen und an ihrer Brust die mütterliche Geborgenheit zu spüren. Er nuckelt an seinem Bier. „Alles wird gut“, – flüstert sie leise in ihrem Gefängnis, während sie sein lichtetes Haar streichelt, bevor sie mit Schwung gegen die

Mauer läuft. Der Traum platzt in tausende Stücke über der Welt verteilt, nie kommender Aufstand. Die Müdigkeit in besorgten Falten ihres besonnenen Spinners holt sie in die Realität zurück. Sie weinen und das Mittelmeer geht brutal über die Ufer, flutet Europa mit Leichen. In jeder Straße ein Paar, Menschen, Kadaver. Man sollte so was Kindern doch nicht antun.

Rostock-Lichtenhagen kehrt mit Feuer zurück, brennt das bisschen Leben, was noch übriggeblieben ist, aus, treibt es ins Meer der Tränen zurück. Ich verabschiede mich von meiner Kindheit. Ich treffe sie lieber einzeln, sonst machen sie mich noch verrückt.

von Sensible Date

Fremde Namen in aller Munde

anonym

Fremde Namen in aller Munde
Angst macht die große Runde

Fremdklingende Namen
wie Stolpersteine auf der Zunge
Angst macht die große Runde
fremde Namen in aller Munde.

Jemand fängt an Stolpersteine zu werfen
– Fremd|klingend|e Namen wiegen schwer.

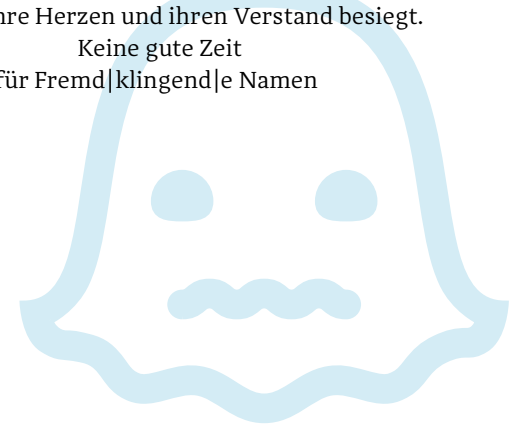
Keine gute Zeit.
Kinder und Alte verknoten sich bei jedem Versuche die
Zunge.

Lauter fremde Namen in ihrem Munde.
Angst geht um: Packt groß und klein.
Liegen sie einmal im Streit
werfen sie Stolpersteine nach fremdklingenden Namen.
Und sie fragen sich und die Anderen:
Werden sie wieder gehen?

Keine gute Zeit
– für fremdklingende Namen.
AfD, NPD oder wie sie heißen sind schon gewählt.
Die Angst macht die große Runde.
Und wenige Andere wenden die Frage im Munde:
„Werden Sie wieder gehen?“

Angst, Stolpersteine, Zeit.
Ein Stolperstein, der über den weiten roten Himmel fliegt.
Vertraute Namen liegen in der Vergangenheit.
Angst hat ihre Herzen und ihren Verstand besiegt.

Keine gute Zeit
– für Fremd|klingend|e Namen



AStA News

unter_bau wird Hochschulgewerkschaft

Mitte April ging die Initiative unter_bau – damals ein Zusammenschluss rund 50 Hochschulangehöriger – an die Öffentlichkeit mit dem Ziel, den Aufbau einer alternativen Gewerkschaft für den Frankfurter Hochschulbereich voranzutreiben. Die angestrebte „Gewerkschaft anderen Typs“ soll statusgruppenübergreifend und basisdemokratisch funktionieren, zugleich soll sie sich nicht auf die üblichen Tätigkeitsfelder von Gewerkschaften beschränken. Zu ihrem Programm gehört auch die politische Perspektive einer grundlegenden Neuordnung der Hochschule, um Wissenschaft, Lehre und Studium eine soziale Ausrichtung zu geben. Nun, nach dem Ende des Semesters, zieht die Initiative Bilanz zu ihrer Organisierungskampagne und kündigt ihren Kongress zur offiziellen Gründung der Gewerkschaft für Mitte November 2016 an.

Weitere Informationen:
www.unterbau.org

Stupa ändert Satzung und wählt neuen Vorstand

Das Studierendenparlament der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt hat am Freitag den 15.07.2016 die Satzung der verfassten Studierendenschaft geändert und einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) gewählt. Im Zuge der Reform wurde der AStA-Vorstand von vorher Zwei, auf nun Drei gleichberechtigte Mitglieder sowie Drei Stellvertreter*innen erweitert. Mit diesem Schritt wird die AStA-Arbeit den veränderten Studienbedingungen im Bologna-System angepasst. Getragen wird der neue AStA von einer breiten Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen Hochschulgruppe (Grüne Hochschulgruppe), der Juso Hochschulgruppe, der Demokratischen Linken Liste (DL), der Fachschafteninitiative Demokratische Hochschule (FDH), Die Flexiblen, dem Wahlbündnis Linke Liste (LiLi), NIEDERRAD, sowie Die GIRAFFEN.

Weitere Informationen:
www.asta-frankfurt.de

„Pick Up Artist“ verklagt AStA

Anfang des Jahres hat ein Senat des Oberlandesgericht Frankfurt zu Gunsten eines sogenannten „Pick Up Artists“ (selbsternannter Verführungskünstler) geurteilt. Er klagte gegen den AStA, weil dieser in seiner Zeitung einen Artikel veröffentlicht hat, der die „Aufreiskünste“ eines „Pick Up Artists“ sowie deren Vermarktung kritisierte. Nachdem das Landesgericht Köln in zwei weiteren Klagen zugunsten der FAZ und einer hochschulpolitischen Privatperson entschieden hat, geht der AStA nun davon aus, dass auch das Landesgericht Frankfurt im Hauptsacheverfahren der nächsten Instanz am 24. November 2016 gegen den selbsternannten Verführungskünstler entscheiden wird.

Weitere Informationen:
www.asta-frankfurt.de

Forum kritische Wissenschaften startet Ringvorlesung

Im Rahmen des Forums Kritischer Wissenschaften findet in den nächsten zwei Semestern eine Vorlesungsreihe statt, in der internationale Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen das Programm durch begleitende Tutorien, welche die Inhalte der Vortragenden und andere Texte der Kritischen Theorie vertiefen. Den Eröffnungsvortrag wird am 18. Oktober der französische Sozialwissenschaftler Didier Eribon halten.

Weitere Infos auf:
<https://fkwissenschaften.wordpress.com>

Marktplatz der kritischen Initiativen

Du hast dir lange gedacht, dass man die interessanten Inhalte nicht im Vorlesungsverzeichnis findet? Du hast dich schon immer gefragt wer diese ganzen Flyer, Hefte und Sticker mit den coolen Inhalten hier überall liegen lässt? Du wolltest schon immer mal mit kritischen und emanzipatorischen Gruppen Kontakt aufnehmen, nur wusstest nicht wie? Kommendes Semester bietet der 4. Marktplatz der kritischen Initiativen ein feines Sammelsurium von Gruppen und Initiativen verschiedenster Art zum Kennenlernen und Kontaktaufnehmen an. Gleichzeitig wird es eine große studentische Vollversammlung mit Workshops und Vorträgen zu den Themen Studienbedingungen und Wohnraum geben. Alle Studierenden sind an diesem Tag offiziell von ihren Veranstaltungen für die Vollversammlung freigestellt. Außerdem gibt es am Abend eine große Aftershow Veranstaltung. Mittwoch, 23. November 2016 ab 12.00 Uhr im Foyer des PEG (i.G. Farben-Campus)

AStA Frankfurt verärgert über Miethöhe im privaten Wohnheim Philosophicum

Mit großer Verärgerung hat der AStA der Goethe-Universität die ersten Wohnungsangebote für das renovierte Philosophicum zur Kenntnis genommen. Laut einer Anzeige in einem Internetportal liegt die Warmmiete für 26 m² im Philosophicum bei 670 €. AStA-Vorstand Max Rudel kommentiert dazu: „Solche Wohnungsmieten sind weder studentisch noch angemessen. Die überwältigende Mehrzahl der Studierenden wird sich das nicht einmal annähernd leisten können. Genau vor solchen Mietpreisen hat der AStA schon gewarnt, als noch überlegt wurde, das Gebäude an die Bürgerinitiative „Wohnen im Philosophicum“ zu verkaufen!“

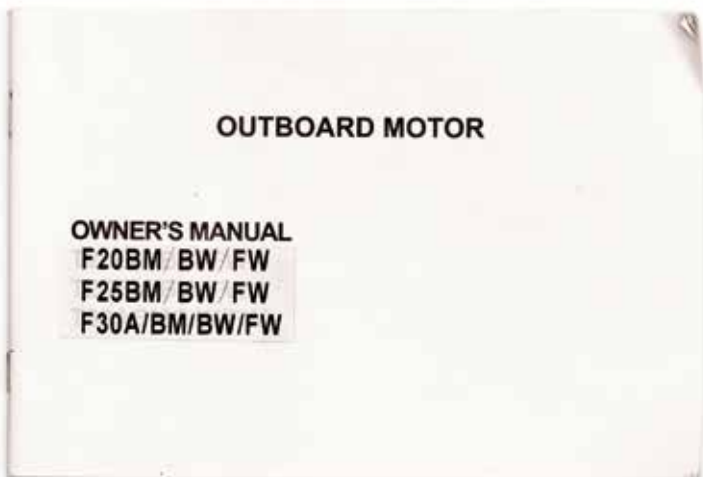


What's left behind

Die Reihe zeigt Alltagsgegenstände, die auf der Flucht an den Stränden um Izmir zurückgelassen wurden.

Als die Menschen die oft überfüllten und engen Schlauchboote bestiegen, sind Kleidung, Schuhe, Schmuck, Reisedokumente, Windeln und einfach alles liegengelassen, was nicht unbedingt nötig war.

Diese Gegenstände lassen die Umstände und Verzweiflung der Menschen nur erahnen und erzählen alle eine eigene kleine Geschichte.



Wo stehst du mit deinem Protest, Genosse?

Im Unterschied zum Gegenstand, zeigte sich ein Großteil der deutschsprachigen Berichterstattung in ihrem Urteil über die Proteste gegen die Reform des französischen Arbeitsrechts einig. Es ginge eine tiefe Spaltung durch die französische Gesellschaft, die wiederum Ausdruck eines Risses der französischen Linken sei, welche in ihrer Uneinigkeit die gesamte Gesellschaft in Gefahr bringen würde. In *Der Zeit* fühlte man sich gar an die Weimarer Verhältnisse erinnert, denn schließlich hätten auch damals Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen „unfähig zur Versöhnung Hitler den Steigbügel gehalten.“¹¹ Es scheint also nur ein kleiner Schritt von der Kritik einer Arbeitsrechtsreform hin zur Ernennung Marine Le Pens zur Staatspräsidentin. Mag diese Interpretation, trotz der jüngsten Erfolge des Front National doch recht grobschlächtig wirken, so steht sie doch in einer gewissen journalistischen Tradition in Deutschland bezüglich der Bewertung von Arbeitskämpfen. Man erinnere sich nur wie Claus Weselsky 2014 mehr oder weniger zum Erben Ernst Thälmanns stilisiert wurde, weil seine GDL tatsächlich bereit gewesen war ihren Forderungen auf eine der Öffentlichkeit tatsächlich spürbare Weise politisches Gewicht zu verleihen. Große gesellschaftliche Konflikte, die politisch nicht nur eine virtuelle, sondern konkrete Gestalt erlangen, erscheinen dem deutschen Bürgertum schon seit jeher als unverantwortliches Spiel mit dem Feuer. So wurde im Deutschlandfunk

lange darüber schwadroniert, ob in Paris nicht auch - der dieser Tage scheinbar alles bedingende - Verlust des Vertrauens in die etablierte Politik sich Bahn bräche.²² Könnte dies etwa ein weiterer Schritt zu einer globalen „Do-it-yourself-Kultur des Kriminellen“³³ sein (was immer das auch heißen möge), bei der französische Autonome, transphobe Amokläufer und britische Separatisten an einem Strang ziehend das Abendland zurück in ein zweites Mittelalter befördern könnten?

Wer so eine Projektionsleistung auf die gegenwärtigen Proteste in Frankreich vollführen kann, zeigt damit nichts, außer sein Unverständnis der dortigen Verhältnisse, es beginnt schon damit, den Konflikt zwischen der Parti socialiste (PS) und der Confédération générale du travail (CGT) als einen Kampf zwischen Kommunist*Innen und Sozialdemokrat*Innen zu begreifen. Nicht nur dass die CGT ein ähnlich lebendiges Verhältnis zur Kritik der Lohnarbeit als solche erhalten hat wie der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ähnlich wie der DGB oder jede andere größere gewerkschaftliche Assoziation ist die CGT eine zentrale gesellschaftliche Organisationsinstanz von Lohnarbeitsverhältnissen in und für kapitalistische Produktionsverhältnisse. Dies kommt besonders im Verhältnis dieser ‚größten französischen Gewerkschaft‘ zum Rest der Protestbewegung gegen die Reform des Arbeitsrechts zum Ausdruck. Die Spannung innerhalb der Interessenvertretung von Lohnabhängigen und damit

ein wesentlicher Aspekt des gesamtgesellschaftlichen Konflikts um die Gestalt der französischen Arbeitsverhältnisse, wird in einer deutschen Berichterstattung fast völlig ignoriert. So ist ein Großteil der Aktivist*Innen, die die medial wirksame Besetzung des Place de la République, aber auch die fast wöchentlich in Paris stattfindenden Großdemonstrationen mittragen nicht nur deshalb nicht in der CGT organisiert, da die alte Großgewerkschaft ihre Strahlkraft verloren hat, sondern weil sie einen erheblichen Teil der in Frankreich etablierten Lohnarbeitsverhältnisse nur bedingt repräsentiert. Hierbei handelt es sich um jene Formen der Arbeit jenseits dessen, was in Deutschland als ‚Normalarbeitsverhältnis‘ bezeichnet wird vollziehen und gerne unter dem Begriff ‚prekarierte Arbeit‘ subsumiert werden; also zeitlich begrenzte Anstellungen teilweise ohne monatliche Lohnausschüttung. Einer Vertretung solcher Arbeitsverhältnisse, wie sie etwa im akademischen Betrieb Frankreichs immer mehr zu Norm werden, steht die CGT in ihrer Bemühung das Normalarbeitsverhältnis als gängige Form der Beschäftigung zu verteidigen skeptisch gegenüber. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, es handle sich bei asymmetrischen Anstellungsformen - wie Zeit- und Leiharbeit - primär um eine Strategie des Patronats, durch welche gewerkschaftlich errungene Standards deformiert werden sollen. Mit einer Vertretung prekärer Beschäftigungsverhältnisse - so die Position der CGT - würde man diesem Bestreben Tür und Tor öffnen. Der Umgang mit asymmetrischen Arbeitsverhältnissen Seitens einer gewerkschaftlichen Vertretung konzentriert sich seit langem eher auf eine Einschränkung dieser, sowie auf die Überführung von Leih- und Zeitarbeiter*Innen in die Stammebelegschaft.⁴⁴ In diesem Bestreben wird sie allerdings notwendig zu nicht mehr als der Advokatin eines begrenzten sozialen Milieus - einer Stammebelegschaft die was ihr nicht gleicht vor allem als Bedrohung begreift. Dieser Umstand wird umso fataler, wenn Erwerbsformen jenseits des Normalarbeitsverhältnisses auch auf Formen von Arbeit im grauen bis schwarzen Sektor ausgedehnt werden. Solche Formen von Arbeit stellen, aufgrund von Arbeitsmarktbeschränkungen oder einfach wegen eines illegalen Aufenthaltsstatus, oft die einzige Erwerbsmöglichkeit von Arbeitsmigrant*Innen und Refugees dar und sind natürlich aufgrund ihres nicht regulierten Charakters umso mehr ausbeuterisch.

Wegen dieser Einsicht aber auf zeitlich ungebundener abhängiger Beschäftigung als lebensweltlichen Goldstandard zu beharren, ist nicht nur ideologisch verbrämt, es ist nichts weniger als die Legitimationsgrundlage eines bürgerlichen Chauvinismus. Die so gestaltete Kritik hochgradig deregulierter Beschäftigungsverhältnisse, wird dann zur bloßen Verteidigung der Privilegien eines spezifischen



Nicht abgeholter Müll verrottet auf den Straßen von Paris.

Lebensentwurfes, die jederzeit in Aggression gegen jene umschlagen kann, die bereit oder gezwungen sind sich mit ‚weniger‘ zufrieden zu geben. Es braucht also nicht erst Georg Lukacs bemüht werden um sich mit der Frage konfrontieren zu müssen, warum ein Großteil einer organisierten Arbeiter*Innenschaft kein Interesse an der Überwindung ihrer Lage, als vielmehr einer Verteidigung der derselben hat. Es ist nicht die Unfähigkeit zu Einigung innerhalb einer Linken, welche rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen begünstigt. Diese Unfähigkeit verdeutlicht vielmehr die Tendenz zum Rechtsruck, die weiten Teilen einer sich als links generierenden Begegnung bereits eingeschrieben sind. Koalitionen von Arbeiterinnen dienen zunächst nur dem Schutz bestehender Interessen hinsichtlich des Verkaufs von Lohnarbeit.⁵⁵ Diese stehen nicht nur den Käufer*innen, sondern auch jenen gegenüber, die nicht Teil der Koalition sind oder sein können.

Insofern zeigt sich in den gegenwärtig in Frankreich stattfindenden Protesten weniger die Möglichkeit, als vielmehr der Vollzug einer bereits bestehenden gesellschaftlichen Spaltung. Gruppen wie die jüngst gegründete autonome Gewerkschaft *Précaires de l'ESR* organisiert im Rahmen der gegenwärtigen Proteste die Interessen prekariertter Akademiker*Innen ausgehend von der Lage in der sich diese konkret befinden und Refugees machen bei ‚Nuit Debout‘ auf Lebens- und

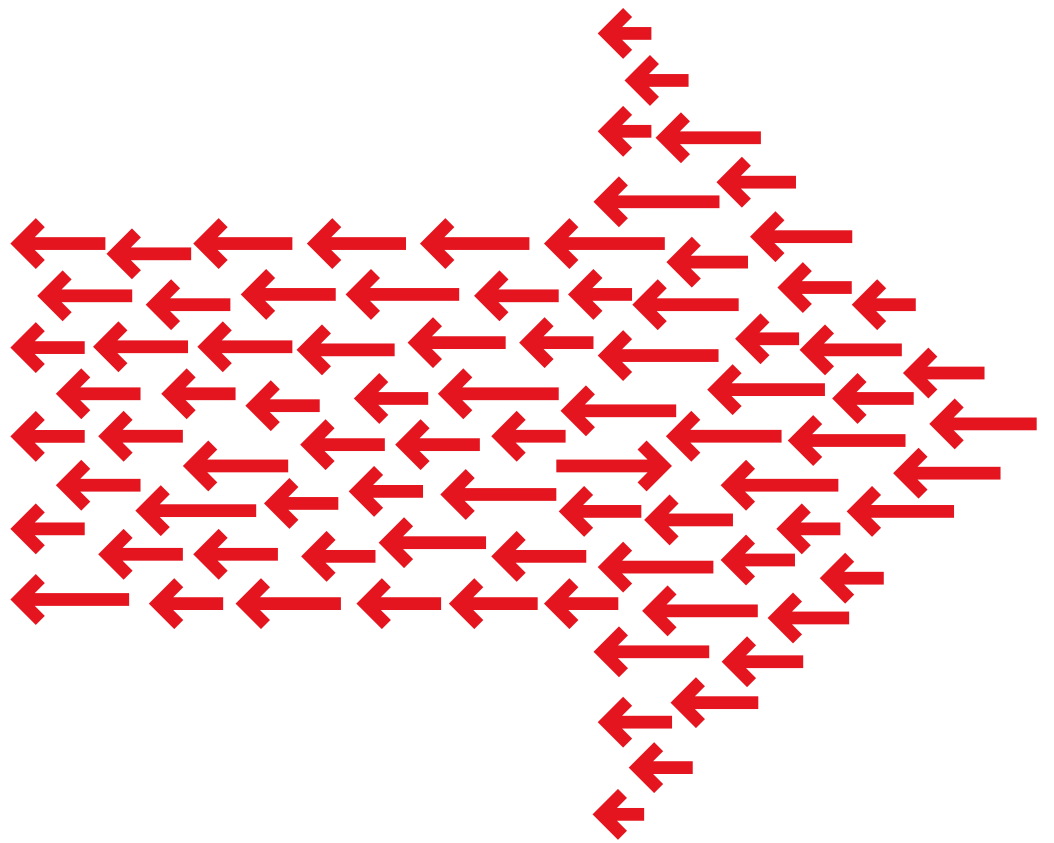
Erwerbsumstände aufmerksam, die erst gar nicht in der Reform des Arbeitsrechts verhandelt werden. Das sie verbindende Moment ist es, nicht zur gewerkschaftlich organisierten bürgerlichen Lohnarbeiter*Innenschaft zu gehören. Die von der französischen Polizei auf Demonstrationen so exzessiv verschossenen Gasgranaten, die einen ganzen Straßenzug einnebelnden und dabei nicht nach sozialer Lage differenzieren hat, wahrscheinlich mehr für eine übergreifende Solidarität getan, als jeder Versuch einer gewerkschaftlichen Organisation. Zu bedenken bliebe aber, dass die, gerade durch geteilte Erfahrung polizeilicher Repression hergestellt Gleichheit mindestens trügerisch ist. Denn auch wenn durch sie gerahmt, die zuvor beschriebenen sozialen Spannungen sichtbar werden und sich zu organisieren beginnen, muss dies noch lange nicht zu einer politischen Bewegung führen die das in Angriff nimmt was sie bedingt. Auch wenn es unverzichtbar ist Kritik und Forderungen ausgehend von einer konkreten Lage - etwa der von Prekarierten - zu formulieren kann es einer radikalen Kritik nicht darum gehen die ihr zugrunde liegenden Umstände nur zu verwalten, will sie sich nicht in herrschende Gouvernamentalitäten einschreiben.

Das hieße, vorgefundene Interessen nicht nur zu organisieren, sondern deren Form selbst gestalten zu wollen, sie also zu politisieren. Die konsequente Durchsetzung des Interesses der Arbeiter*Innen

kann dann immer nur die Auflösung ihrer Gestalt als Arbeiter*Innen selbst sein. Die gegenwärtigen Proteste in Frankreich zeigen also vor allem die Unangemessenheit der Form einer politischer Interessenvertretung, welche auf Dauer selbst Teil des Problems wird, wo sie sich nur auf die Wahrung bestehender Lebensstandards beschränkt, die für einen großen Teil der Gesellschaft gar nicht erst zu erreichen sind.

Felix Kronau

- 1 Blume, Georg (2016): Die Linke zerlegt sich. In: Zeit Online. Online: <http://pdf.zeit.de/wirtschaft/2016-05/frankreich-streik-gewerkschaft-cgt-francois-hollande.pdf> (letzter Abruf: 09.07.2016).
- 2 Blume, Georg (2016): Vertrauensverlust in die etablierte Politik. In: Deutschlandfunk. Online: http://www.deutschlandfunk.de/frankreich-vertrauensverlust-in-die-etablierte-politik.720.de.html?dram:article_id=357574 (letzter Abruf: 09.07.2016).
- 3 Kielinger, Thomas: Entwicklung einer Do-it-yourself-Kultur des Kriminellen. In: Deutschlandfunk. Online: http://www.deutschlandfunk.de/gespaltene-gesellschaft-entwicklung-einer-do-it-yourself.720.de.html?dram:article_id=357575 (letzter Abruf: 09.07.2016).
- 4 Bode, Ingo / Brose, Hanns-Georg / Voswinkel, Stephan (1994) Ist halt schon 20 Jahre alt: Die Regulierung der Deregulierung. Zeitarbeit und Verbändestrategie in Frankreich und Deutschland. Laske +Burich, Opladen. 197 - 199.
- 5 Marx, Karl (1847): Das Elend der Philosophie. In: MEW 4. 180.



Dahin zurück, wo's nach vorne geht

Die Rückkehr der gewerkschaftlichen (Selbst-) Organisierung an den Hochschulen

Mit der Gewerkschaftsinitiative unter_bau ist an der Uni Frankfurt ein äußerst ambitioniertes Projekt entstanden, das radikale Hochschulpolitik und kämpferische Gewerkschaftsarbeit zusammenbringen möchte. Neben den konkreten Verbesserungen von Arbeits-, Studien- und Wissenschaftsbedingungen strebt es eine grundlegende Transformation der Hochschule in eine rätedemokratische Struktur an. Mitte November steht nun der Kongress zur Gründung einer alternativen Hochschulgewerkschaft an. Im Folgenden ein Denkanstoß zur Frage, wie sich solch eine Organisation etablieren und weitergehende Prozesse in Gang bringen könnte.

Morgen, gestern, heute – Szenarien

Ein Blick in die Zukunft: Nach den landes- und bundesweiten Tarifverhandlungen im Frühjahr 2017 freuen sich alle Beschäftigten der Universität Frankfurt über deutlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Neben dem neuen Tarifvertrag für Hilfskräfte und dem Stopp des Outsourcings von weiteren Teilen der Belegschaften konnte ein deutlich höherer Grad an Festanstellungen von Verwaltungs- und wissenschaftlichen Mitarbeiter_Innen erstritten werden. Maßgeblich beteiligt an der Durchsetzung dieser Forderungen war

die neue Hochschulgewerkschaft unter_bau. Mit dem Abschluss der Auseinandersetzung kündigt sie an, ihren wachsenden Organisationsgrad zu nutzen, um grundsätzliche Strukturveränderungen an der Hochschule anzugehen.

Ein Blick in die Vergangenheit: 2015 brodelte es ein wenig an der Hochschule. Wissenschaftliche Mitarbeiter_Innen und andere Tarifbeschäftigte streiken für höhere Löhne sowie eine Entfristung der Arbeitsstellen. Medizinstudierende protestieren für eine angemessene Aufwandsentschädigung im Abschlussjahr ihrer Ausbildung. Viele Studierenden sind auf der Suche nach neuen Organisationsansätzen, um emanzipatorischen Inhalten wieder mehr Relevanz zu verleihen und dem allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Die Hilfskräfte streiten für einen Tarifvertrag, zahlreiche Beschäftigte solidarisieren sich mit der Forderung. Das Präsidium bemüht sich um eine strategische Einbindung und bricht die (Schein-)Verhandlungen letztlich abrupt ab. Doch dessen vermutliche Hoffnung, dass die Hilfskräfte damit ihr Potential ausgeschöpft haben, zerbricht, als diese mit einem neuen Organisationsansatz umso kraftvoller zurückschlagen...

Ein Blick in die Gegenwart. Im Frühjahr 2016 geht die Initiative für eine neue Hochschulgewerkschaft unter_bau an die Öffentlichkeit, die nahtlos an die

Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag für Hilfskräfte anknüpft. Das Neue an dieser Gewerkschaftsinitiative: Sie strebt eine umfassende Transformation der Hochschulordnung an, ist offen für alle Beschäftigten- und Statusgruppen der Hochschule und organisiert sich nach basisdemokratischen, föderalen Prinzipien. Erstmals finden Wissenschaftler*innen und Studierende zusammen, mit den in der Verwaltung und den outgesourceten, lohngedumpten Beschäftigten wie Reinigungs- und Sicherheitspersonal, ein gemeinsames Dach egalitärer Selbstvertretung zu bilden, das das Potential hat, das begrenzt demokratische Ständesystem der Hochschule abzulösen.

„Gewerkschaft anderen Typs“ an der Uni Frankfurt entsteht

Wenn es gelingt, mehrere hundert Aktivist*innen aus unterschiedlichen Statusgruppen in einer neuen Hochschulgewerkschaft zu organisieren, wäre ein Grundstock gelegt, der eine Strahlkraft innerhalb der Universität und darüber hinaus entwickeln könnte. In Frankfurt könnte etwa ein Tarifvertrag für Hilfskräfte ein Wendepunkt darstellen und dazu beitragen, dass auch für andere Statusgruppen deutliche bessere Arbeitsbedingungen geschaffen und erkämpft werden. Diese Verbesserung können nicht allein Hilfskräfte erstreiken. Sie sind auf die Solidarität aller Angehörigen der

Universität angewiesen – und diese würden schließlich Solidarität „zurückgezahlt“ bekommen.

So können im Gegenzug Studierende und Hilfskräfte die Themen anderer Statusgruppen gezielt in ihre Forderungen aufnehmen und in gemeinsamen Kämpfen verbinden, damit ein größerer Druck auf das Präsidium entsteht. Wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen können Forderungen der Studierenden nach besseren Studienbedingungen und anderen Lerninhalten unterstützen. Auch das Outsourcing diverser Angestellter, die Prekarisierung des wissenschaftlichen Personals durch ständige Befristung sowie die Geschlechterhierarchien in allen Bereichen sind Themen, die nur statusübergreifend ernsthaft angegangen werden können. Der unterbau könnte für dieses Geflecht von Auseinandersetzungen das organisatorische Herzstück an der Universität darstellen und ein Knotenpunkt sein, der mittelfristig die Strukturen der Universität aufbrechen und sie langfristig demokratisieren kann. Mit dem Schritt der Öffentlichmachung der Gewerkschaftsinitiative soll diese weiteren potentiellen Mitgliedern bekannt gemacht werden. Dazu gibt es Aktionen, eine Veranstaltungsreihe und Diskussionsforen, um allen Statusgruppen eine Plattform für Austausch und Organisation zu geben. Diese Phase wird durch einen Kongress zur offiziellen Gründung der Gewerkschaft abgeschlossen werden.

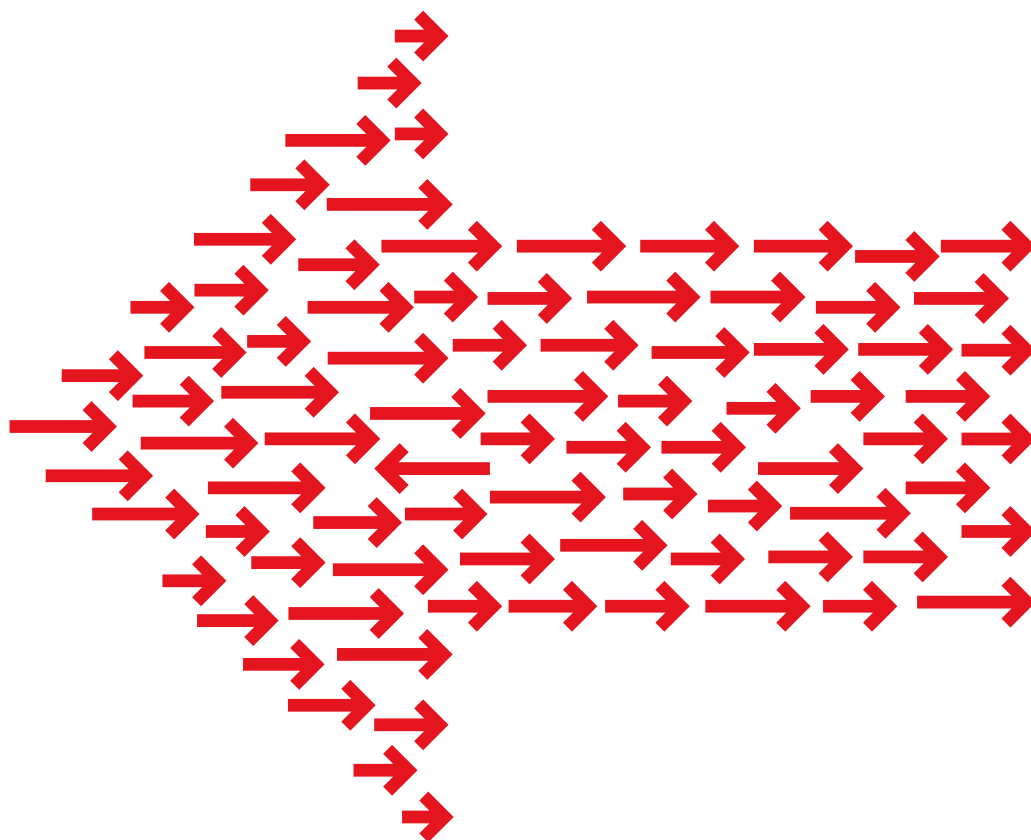
Auf ihm sollen eine Satzung, tarifpolitische Grundsätze und ein Grundsatzprogramm verabschiedet werden. Zudem soll die organisatorische Ausdifferenzierung in autonome Föderationseinheiten eingeleitet und ein Sekretariat mit imperativen Mandat gewählt werden, das die Arbeit der Föderation koordiniert. Doch wie können nach eben jenem Kongress, die eingangs geschilderten und beispielhaften Verbesserungen erreicht werden?

Landes- und bundesweite Perspektiven
Ein solcher Prozess müsste, um schlagkräftig zu sein, organisationsübergreifende Streik- und Organizingkomitees wie auch Komitees für Betriebsrecherche, Bündnispolitik und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten. Auch darf es nicht bei studentischem Protest oder einem reinen Hilfskräftestreik bleiben. Zum Beispiel sollten die Kämpfe im Botanischen Garten zu Berlin, die sich gegen das Outsourcing von universitären Angestellten richten oder die Auseinandersetzungen für eine Entfristung der wissenschaftlichen und technisch-administrativen Mitarbeiter*innen einbezogen werden. Auch die größte Statusgruppe, die Studierenden, müssten ihre Forderungen in den Streik hineinbringen und sich mit den Beschäftigten in gemeinsamen Aktionskomitees zusammenschließen. Auf diese Weise würde die quantitative, politische Stärke studentischer Aktivist*innen, die häufig ins Leere läuft oder nur kurzfristige

Zugeständnisse erreicht, mit der (relativen) ökonomisch-strukturellen Macht von Mitarbeiter*innen, die häufig isoliert bleibt, zu einer machtvollen Synthese verbunden werden.

Vor allem aber bedeutet dies eine Abkehr, sowohl von den üblichen Streikritualen, als auch dem diffusen Aktionismus der Studierendenproteste. Es wäre eine Rückbesinnung auf Konzepte gewerkschaftlicher (Selbst-)Organisation, mit der nichts übers Knie gebrochen, sondern sorgfältig daran gearbeitet wird, die eigenen Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten zu erweitern. Wenn die Auseinandersetzungen eine solche Form annehmen, dann lassen sich nicht nur konkrete Verbesserungen für alle Hochschulangehörigen erkämpfen, sondern wird auch die Grundlage für eine reelle Gegenmacht gelegt, die den Aufbau einer rätedemokratischen Hochschulstruktur voranzutreiben vermag.

Markus Miller (unter_bau)



Mitte April 2016 ging die Frankfurter Initiative unter_bau an die Öffentlichkeit, ein Zusammenschluss rund 50 Hochschulangehöriger aus verschiedenen Statusgruppen der Universität, der indessen auf das Doppelte angewachsen ist. Im vergangenen Semester hat sie sich vor allem dem Aufbau arbeitsfähiger Strukturen gewidmet – in Form eines Sekretariats, verschiedenen Komitees und Arbeitskreisen – und die offizielle Gründung einer Gewerkschaft für den Frankfurter Hochschulbereich vorbereitet. Diese wird nun auf einem lokalen Kongress vom 18. bis 20. November 2016 stattfinden. Weitere Informationen zur Arbeit der Initiative und auch dazu, wie sie funktioniert und wie man mitmachen kann, finden sich auf: www.unterbau.org.

Hauptwiderspruch Kohle

Die IL und das Bündnis Ende Gelände besetzten im Mai 2016 in der Lausitz die Kohlebagger um damit gegen die verfehlte Klimapolitik und die Zerstörung der Heimat zu demonstrieren. Exemplarisch zeigt sich hieran das Scheitern einer vermeintlich links-radikalen Organisation. Ein Kommentar.

Vor einigen Wochen hat das Bündnis *Ende Gelände* unter maßgeblicher Beteiligung der *Interventionistischen Linken* bereits zum zweiten Mal zur Blockade und Besetzung eines Tagebaubaggers und der entsprechenden Infrastruktur aufgerufen. Wie bei den meisten Projekten der IL, ist der gemeinsame „Massenungehorsam“ gut vorbereitet. Die revolutionäre Masse wird in einzelnen Blockadefingern zielgerichtet in *Bewegung* gesetzt und die ersten tollen Bilder erscheinen noch während der laufenden Aktion in noch toller Qualität in den sozialen Medien. Hinter den Bildern von Menschen, die kollektiv Straftaten begehen und/oder um sich dabei zu filmen, wie sie selbiges tun, steht ein Verständnis von linker Politik, welches sich fast gänzlich in der Emphase der *Bewegung* erschöpft.

Wenn *Bewegung* zum Imperativ einer Politik wird, dann formuliert sie ihren Selbstzweck, für den letztlich allein ihre quantitative Bestimmung wegweisend sein kann. Es handelt sich dann um eine Politik, die sich, um in *Bewegung* zu bleiben, selbst entpolitisiert muss. Klar ist, was sich *bewegen* soll: die Masse, die „linke Strömung“¹. Unklar bleibt, wohin oder warum sich die *Bewegung* mit ihnen überhaupt *bewegen* sollte. *Bewegung* ist hierbei stets Verb und Substantiv.

„Denn es geht nicht um Repräsentation, sondern um Rebellion; darum etwas in *Bewegung* zu setzen – aber wird die *Bewegung* zur Rebellion?“²

... oder: wird die Rebellion zur *Bewegung*? Es geht also darum, Viele zu werden und sich mit unbestimmtem Ziel „in *Bewegung* zu setzen“³. Vielleicht ist jedoch das Ziel der IL gar nicht so unbestimmt, wie sie selbst annimmt: Demonstriert sie nicht die *Bewegung* zum Ziel als Ziel der *Bewegung*?

„[...] zur Stilllegung *bewegen*“⁴

Ging es also in der Lausitz um Kohle oder nicht? Auch wäre jede Kritik verständlich, welche die falsche Priorisierung der Klimapolitik in Zeiten von Rostock bis Heidenau ins Auge fasste. Unsere Kritik zielt hingegen darauf zu verstehen, warum die „falsche“ Priorisierung folgerichtig aus der „falschen“ Organisation erfolgen muss. Vielmehr ist zu bemerken, dass auch die IL die Ursachen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ an der Wurzel packen will: „Auf der Flucht vor dem Klima“⁵, lautet die Diagnose – gegen den Hauptwiderspruch Kohle die Forderung zur konkreten Tat. Die Forderung zur Tat ist hierbei für die IL von der Forderung zur Versammlung der Masse nicht zu trennen. Denn es kommt leicht der Verdacht, dass es bei der romantisierten Maschinenstürmerei von *Ende Gelände* um etwas ganz anderes geht als das Klima. Es scheint, als ginge es der IL vielmehr und vor allem um die Mobilisierung einer breiten „linke[n] Strömung“⁶. So bilden der Protest und die Sorge um das Klima hierbei nur den inhaltlichen Minimalkonsens, unter dem sich dann die Masse versammeln kann.

Uns geht es hierbei nicht um eine durchaus berechtigte äußerliche Kritik daran, dass sich diese Masse zu gleichen Teilen an der Zerstörung der Heimat wie an der Sorge ums Klima erzürnt. Vielmehr zielen wir mit unserer Kritik auf die grundsätzliche politische Strategie und das politische Bewusstsein, das sie begründet.

Im Versuch, eine „radikal-linke Strömung“⁷ aufzubauen, kann eine solche weder links noch radikal sein. Die Masse der IL kann keine politische sein, solange sie sich, um anschlussfähig zu bleiben, selbst entpolitisiert muss. Die Politik der Masse ist sich hier Selbstzweck, sie ist das Ziel und das Werkzeug der Organisation der *Bewegung*. Damit vermag sie in keinem Moment über sich und die Verhältnisse, denen sie

entstammt, hinauszugehen. Die Politik der integrierenden Masse wird so zu einem Instrument der Entpolitisierung der Masse und ihrer Integration in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Im Gedanken der Tat steckt das Andenken der Tat

Radikal ist sie auch nicht. Mit massenhaften Aktionen des zivilen Ungehorsams wird sich zwar der Habitus des Radikalen selbst auferlegt, doch weiter gilt: Radikal ist nicht der Stein allein, sondern das Argument, ohne das er sein Ziel verfehlen muss... wie war das noch gleich: die Kritik der Waffe kann die Waffe der Kritik nicht ersetzen. Der Stein bestimmt die Konsequenz des Argumentes. Radikal ist ein Gedanke, ein Argument konsequent zu Ende zu bringen. Demgegenüber Radikalität einzig in der *Bewegung* der Masse zu bemessen, gleich dem Maß der Intelligenz von Schwarmverhalten, bleibt dabei einzig Ausdruck der eigenen Indifferenz. Die Radikalität einer Tat lässt sich nicht aus dem Grad der Tätigkeit der *Bewegung* ableiten. Selbst ein Steinwurf von *Ende Gelände* könnte den Blick unter den Schleier vermeintlicher Radikalität nicht verhindern.

Jeder Einsatz für Klima und Ökologie, der in der Erstürmung der Maschine endet, offenbart, was unter dem Schleier der Radikalität verborgen liegt: der bornierte Konformismus der Maschinenstürmer*innen; denn: „Klimagerechtigkeit bleibt Handarbeit.“⁸ Zwischen der radikalen Tat einer emanzipativen Politik und den gegenwärtigen Verhältnissen steht wieder einmal die Naturesoterik der ‚Massenseele‘. Was sich hier *bewegen* soll ist demnach nicht die Maschine, sondern das corpus mysticum der *lebendigen* Natur. So bleibt der Mensch im Walde heimisch und der Maschine auch weiterhin entfremdet. In diesem Punkt sind wir also zweifelsfrei *gegen* den Stromausfall und *für* die weitergehende Elektrifizierung... auch und wenn das erfordert, dass der geplante sog. Cottbuser Ostsee⁹ sich von Polen bis Frankreich erstreckt.

Ungetrübte Performance

Die politische Performance in den rheinländischen und Lausitzer Gruben lief ungetrückt. So ungetrückt, dass die IL gänzlich auf das Verpixeln der Bilder dieser Taten und Täter*innen verzichten konnte bzw. wollte. Die Politik der IL ist eine ästhetische Politik – Widerstand muss sein Gesicht zeigen können, denn Authentizität belegt für sie die Wahrheit ihrer Ziele. Denn: „[i]n den großen Festaufzügen, den Monstreversammlungen, in den Massenveranstaltungen [...], sieht die Masse sich selbst ins Gesicht.“¹⁰ In dem Verlangen der Masse sich selbst ins Gesicht sehen zu können verbinden sich auf diese Weise Moral und Ästhetik am Grunde einer verfehlten Politik. Vermeidbare Repression gilt der Masse dabei als das zu erbringende Opfer. Solidarität mit den eigenen Opfern suggeriert die Radikalität dieser *Bewegung* und unterstreicht den Selbstweck der Tat – das Leitmotiv der

Bewegung beschreibt somit einen Kreis. So stellt die IL erst das Individuum in den Dienst der *Bewegung*, um dann die *Bewegung* in den Dienst des Individuums zu stellen.

So ungetrübt konnte sich die Bewegung am 1. Mai in Berlin nicht präsentieren. Im Angesicht einer Israelfahne ließ sich die Einheit der vielfältigen *Bewegung* nicht aufrechterhalten. Der aufgebrachte Mob des internationalistischen Blocks – bewegt vom tiefen Israelhass – verübte verbale und physische, offen antisemitische Übergriffe auf eine Handvoll Demonstrant*innen mit einer Israelfahne. Ist das ein Problem für die IL? In jedem Fall ist es der IL wieder ausgezeichnet gelungen, sich von dieser Situation zu ‚distanzieren‘ und mit sozialpädagogischem Impetus vermittelnde Harmonie heraufzubeschwören:

„[...] Grundsätzlich gilt: Wer bei linken Aktionen meint, gegenüber der Forderung nach Solidarität mit und Anerkennung von Palästina die israelische Nationalflagge hochhalten zu müssen, sollte wissen, dass er oder sie damit auch eine bald 50-jährige israelische Besatzungspolitik und damit die Verweigerung elementarer Bürgerrechte für die palästinensische Bevölkerung auf der Westbank und im Gazastreifen legitimiert. Wer aber meint auf unseren Demos die israelische Fahne bekämpfen zu müssen, sollte wissen, dass sie oder er damit auch das nationale Zeichen der Heimstatt der Überlebenden und Nachkommen derer, die im Nazifaschismus millionenfach vergast und ermordet wurden, angreift.“¹¹

Hierbei ist das Unerträglichste nicht einmal die offene antisemitische Reaktion und ihre stillschweigend, relativierenden Freund*innen – kurz der politische Feind – sondern der erfolgreiche Versuch der IL-Berlin, gerade *keine*

Position zu *irgendwas* zu entwickeln. Eine Position einzunehmen heißt, zwangsläufig die Spaltung der *Bewegung* in Kauf zu nehmen. Spaltung ist Widerspruch. Eine Linke mobilisiert aus diesem Widerspruch zu den unterdrückenden Verhältnissen, welchen sie sich gegenüber sieht. Die Verdrängung des Widerspruchs gegenüber den Feind*innen der Emanzipation – zum Zwecke der Einheit der Bewegung – ist selbst das untrügliche Eingeständnis in die bestehenden Verhältnisse. In dieser Hinsicht muss das Projekt IL also als gescheitert angesehen werden, da sich in ihrer linken Strömung auch Naturromantiker*innen, Heimatschützer*innen und Antisemit*innen finden. Dabei sagen wir nicht, dass die IL all dies selbst ist. Sie selbst mag dabei teilweise noch halbwegs emanzipatorische Ansätze verfolgen, die Form ihrer Organisation ist es in jedem Fall nicht.

Vielmehr geht es darum zu zeigen, warum der Bagger im Kapitalismus seinen Möglichkeiten tatsächlich nicht gerecht werden kann, weil sein Baggern stets auf die Verwertung des Werts begrenzt bleibt und weil das Baggern selbst nicht in seiner Radikalität erkannt wird, die es bereits heute entfaltet (das gilt für die IL gleichermaßen wie für die IG Bergbau). Das Abbaggern der Heimat kündigt dabei von dem noch uneingelösten Versprechen der Aufklärung.

Gegen den Stromausfall und mit solidarischen Grüßen vom Bagger: LiLi ffm

Wir erklären uns selbstverständlich solidarisch mit den Opfern der Faschoangriffe und mit jenen, die sich direkt mit der IG BCE auseinander setzten mussten.

Linke Liste Frankfurt

- 1 „Es braucht eine Linke der Situation statt eine Linke der Themenbereiche. Was ist linksradikale Politik heute? Eröffnungsrede der Strategiekonferenz der [iL*], Freitag 8. April 2016“. In: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/es-braucht-eine-linke-der-situation-statt-eine-linke-der-themenbereiche-was-ist>. Stand 16.05.2016.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Aufruf: „Ende Gelände! Kohle Stoppen – Klima schützen“ <http://interventionistische-linke.org/beitrag/ende-gelaende-kohle-stoppen-klima-schuetzen>. Stand 16.05.2016.
- 5 Aufruf: „Globale Solidarität statt systemischer Wahnsinn!“: <http://www.interventionistische-linke.org/fr/node/449>. Stand 16.05.2016.
- 6 „Es braucht eine Linke der Situation statt eine Linke der Themenbereiche. Was ist linksradikale Politik heute? Eröffnungsrede der Strategiekonferenz der [iL*], Freitag 8. April 2016“. In: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/es-braucht-eine-linke-der-situation-statt-eine-linke-der-themenbereiche-was-ist>. Stand 16.05.2016.
- 7 Ebd.
- 8 Homepage des Bündnisses: „Ende Gelände“: <https://www.ende-gelaende.org/de/>. Stand 16.05.2016.
- 9 Gefluteter Tagebau Cottbus-Nord: https://de.wikipedia.org/wiki/Cottbuser_Ostsee. Stand 16.05.2016.
- 10 Walter Benjamin: „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ (3. Fassung). In: Gesammelte Schriften, Bd. I–2, Frankfurt/M 1991, S. 506.
- 11 Stellungnahme der IL Berlin, veröffentlicht am 13. Mai um 03:29: www.facebook.com/berlin.il/. Stand 16.05.2016.



Die Masse kommt zu ihrem Ausdruck



Widerspruch Kohlebagger

Was ist passiert?

Aufgrund von Klimaschutzauflagen begann der schwedische Staatskonzern Vattenfall ab 2012 seine Braunkohlesparte aufzulösen. Betroffen war auch ein umstrittener Braunkohletagebau in der Lausitz, dessen Abstoßung ursprünglich an eine Abschaltung geknüpft war¹. Dennoch hat das schwedische Parlament einem Verkauf des Tagebaus an eine Tschechische Holding ohne die Bedingung zur Stilllegung zugestimmt. Im Mai 2016 organisierte das Bündnis Ende Gelände unter dem Motto „wir sind das Investitionsrisiko“² Aktionen, mit denen der Verkauf des Tagebaus verhindert oder gestört werden sollte. Forderung ist, den Tagebau, wie ursprünglich geplant, vollständig einzustellen. Unter dem Titel „Hauptwiderspruch Kohle“³ hat die Linke Liste (LiLi) einen Text veröffentlicht, der die Aktion kritisiert. Dabei wird sowohl auf konkrete Aktionsformen, als auch abstrakte inhaltliche Ansichten des Bündnisses eingegangen.



Bewegungskritik

Im Vordergrund steht die Kritik an der Organisationsform als Bewegung, die das Bündnis im Aufruf vorschlägt um den Tagebau zu besetzen. Dabei erschöpfe sich der politische Inhalt „gänzlich in der Emphase der Bewegung“⁴ und es bliebe unklar, „wohin oder warum sich die Bewegung [...] überhaupt bewegen sollte“⁵. Ein unberechtigter Vorwurf, der sich viel mehr gegen die iL im allgemeine, als gegen Ende Gelände im Besonderen zu richten scheint. Würde sich die Strategie in der Besetzung des Tagebaus als politisches Statement erschöpfen, könnte eine Bewegung als Selbstzweck zurecht kritisiert werden. In Fall von Ende Gelände reichte die Methodik jedoch einige Schritte weiter: Die Besetzung durch eine große Zahl von Aktivist*innen sollte die Attraktivität des Tagebaus für potentielle Investor*innen senken, was zur Schließung durch Vattenfall bei nicht Verkauf führen könnte. An allen Punkten ist diese politische Praxis strategisch sinnvoll angelegt sowie durchdacht. Sie agiert konkret gegen den Klimawandel. Tiefergehend kritisiert die LiLi die „Ästhetisierung der Politik“⁶ als Mittel zur Erlangung

einer breiten Öffentlichkeit. Dabei wird Bezug genommen auf die „Ästhetisierung des politischen Lebens“⁷ im Faschismus, wie sie Walter Benjamins analysiert. Grundlage Benjamins Kritik ist jedoch die These, dass „der Faschismus versucht, die neu entstandenen proletarischen Massen zu organisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse, auf deren Beseitigung sie hindrängen, anzutasten“⁸. Somit stellt sich die Frage ob eine solche Analogisierung haltbar ist; ob die Übertragung der Kritik Benjamins am ästhetisierenden Moment des Faschismus, auf die (Bewegungs-)Kritik an einer konkreten aber partikularen Praxis, angemessen ist. Wer ästhetisiert und was wird ästhetisiert? Welche Fragen und Inhalte werden von dieser Ästhetisierung überschattet, oder besser: wirkt diese Form der Ästhetisierung überschattend? Ist der Anspruch dieser Ästhetisierung eine Totale wie im Faschismus? Gipfelt sie in Krieg⁹?

Berechtigt bleibt die Frage ob Öffentlichkeitskampagnen und Massenaktionen sinnvoll sind und ob sie sein müssen, sowie die Frage, ob ihr Inhalt grundsätzlich von ihrer

Aktionsform überlagert und aufgelöst wird. Alle kollektiven Aktionsformen sollten anhand dieser Fragen kritisiert werden, sowohl konkrete Störungen z. B. von Veranstaltungen der extremen Rechten, als auch öffentlichkeitswirksame Performances wie die Demo die Toten kommen¹⁰. Anhand dieser Frage wird sich die Aktion Ende Gelände jedoch nicht disqualifizieren. Trotz eines breiten Bündnisses und einer großen Mobilisierungszielgruppe, ist der Inhalt präzise formuliert. Statt einer flachen Moralisierung von potentiellen Investor*innen, wird außerdem die Praxis strukturell angesetzt und eine systematische statt einer personalisierten Kritik geübt: „Je zahlreicher und größer der Protest, desto unattraktiver die Braunkohle, desto niedriger der Verkaufspreis, desto unwahrscheinlicher ein Verkauf“¹¹.

Eigentumsverhältnisse

Eine Frage, die beim Thema Klimawandel grundlegend sein muss, ist die Frage danach wem der Kohlebagger eigentlich gehört, der blockiert wird und vor allem, wem der Solarpark gehören könnte, der stattdessen dort stehen soll. Während die Produktionskosten, welche durch den Klimawandel entstehen, vergesellschaftet werden¹², bleiben die Erträge privatisiert. Die reformistische Mainstream-Ökonomie entgegnet diesem Problem mit einer weitergehenden Privatisierung von sogenanntem Naturkapital¹³. Konsequenz wäre jedoch eine Ökonomie, in der Kosten, Produktionsmittel, Kapital und Erträge der Produktion nicht vollständig privatisiert, sondern vollständig vergesellschaftet sind. Hierdurch könnte eine kollektive Steuerung der Ökonomie, eine bewusste statt eine anarchisch agierende Wirtschaft ermöglicht werden.

Heimatschutz oder Antirassismus?

Die Unterstellung eines Heimatschutzgedanken ist ebenso absurd wie die Behauptung, das Bündnis würde den Klimawandel zur „Wurzel“¹⁴ der sogenannten „Flüchtlingskrise“¹⁵ erklären. Wer die Heterogenität der Fluchtursachen nicht erkennt, rutscht in ein undifferenziertes Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken ab. Dazu gehört auch, die Folgen des Klimawandels als eine Fluchtursache zu leugnen, weil damit ein antikapitalistischer Zugang zum intersektionalen Feld Flucht, sowie ein antirassistischer Zugang zum intersektionalen Feld Klimawandel, abgelehnt wird.

Der Kohlebagger

„Das dieser Gesellschaft zu Grunde liegende destruktive Konzept [...] wird durch die Tatsache, dass die Destruktion selbst in einem inneren Zusammenhang mit der Produktivität und der Produktion steht, verdunkelt und betäubt. Auch wenn die Produktivität Menschen und Natürliche Ressourcen aufzehrt und zerstört, so trägt sie doch zur Erhöhung materieller und kultureller Befriedigung für eine Mehrheit der Menschen bei.“¹⁶ Im anthropogenen Klimawandel¹⁷ zeigt sich dieser Widerspruch sehr deutlich. Er vernichtet nicht bloß die materielle Grundlagen der Produktion, sondern

auch vielschichtige Lebensgrundlagen. Dabei sollte der Produktionsprozess, der zum Klimawandel beigetragen hat, doch ursprünglich die Lebensqualität (für den Menschen) verbessern. Die Frage, ob diese Produktionsverhältnisse angemessen und sinnvoll sind liegt eben so nahe, wie die regressive Folgerung, die Güter-Produktion sei grundsätzlich abzulehnen. Hier auf spielt die Lili an, wenn sie dem Bündnis Ende Gelände einen unausgesprochenen Wunsch unterstellt, von „der Maschine auch weiterhin entfremdet“¹⁸ zu bleiben und im „Walde heimisch“ zu sein.

Klar ist, dass eine (wie auch immer getete) Abschaffung der Maschinerie keine Antwort auf die Widersprüche des Kapitalismus sein kann. Das hat das Bündnis Ende Gelände auch an keiner Stelle behauptet. Im heterogenen Feld der Ökologiebewegungen sollten Tendenzen zu einem bewussten statt einem entfremdeten Verhältnis zur Güterproduktion gestärkt werden. Deshalb ist es wichtig, neben bestehenden konsumkritischen Ansätzen solche zu etablieren, die andere Maschinen, andere Produktionsmittel, andere Produktionsverhältnissen und vor allem andere Verteilungsmechanismen fordern. In eine solche Programmatik „Naturesoterik“¹⁹ hinein zu lesen, erweckt eher den Anschein, als hielte die Lili es gar nicht erst für möglich, dass die ausbeuterische und destruktive Struktur der aktuellen Produktionsverhältnisse unter Weiterentwicklung von Technik und menschlichem Bewusstsein, überwunden werden kann. Als hätte die Menschheit die Wahl zwischen Braunkohleelektrizität und gar keiner Elektrizität. Während die Lili vom Kohlebagger grüßt und dabei hämisch grinsend den technischen Fortschritt feiert, bemerkt sie nicht, dass sie in einem peinlichen Oldtimer sitzt. Sie feiert den Webstuhl der Energieversorgung und sucht wild blättern und fieberhaft nach Argumenten gegen diejenigen, die den 3D-Drucker fordern. Vielleicht ließe sich ja ein Kompromiss darin finden, dass im Sinne einer durchdachten Elektrifizierung, „sich von Polen bis Frankreich“²⁰ an Stelle eines Braunkohletagebaus, ein Windpark oder ein Stausee erstreckt.

Valentin Fuchs

- 1 Siehe hierzu FAZ. Zuletzt abgerufen am 22.08.16 unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/tagebau-schweden-will-vatten-falls-braunkohle-plaene-stoppen-13186986.html>
- 2 Ende Gelände (2016): Aufruf. Wir sind das Investitionsrisiko. Zuletzt abgerufen am 22.08.16 unter <https://www.ende-gelaende.org/de/aktion/aufruf/>
- 3 Linke Liste - Lili (2016): Hauptwiderspruch Kohle. Zuletzt abgerufen am 22.08.16 unter <http://liliffm.blogspot.de/2016/07/04/hauptwiderspruch-kohle-2/>
- 4 Linke Liste - Lili (2016): Hauptwiderspruch Kohle.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Walter Benjamin (1969): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit: drei Studien zur Kunstsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S.42
- 8 Ebd. S.42
- 9 Die Ästhetisierung des Faschismus gipfelt in Benjamins Analyse im Krieg (Ebd. S. 42).
- 10 Siehe <http://www.politicalbeauty.de/toten.html>
- 11 Ende Gelände (2016): Aufruf. Wir sind das Investitionsrisiko.
- 12 Hierzu gehören nicht nur die monetären Kosten, die der Klimawandel z.B. durch Desertifikation, Krankheiten oder Ressourcenverlust verursacht, sondern auch andere Kosten, die nicht in ökonomischen Maßstäben gemessen werden können und sollten.
- 13 Als investierbares Kapital wird nach diesem Verständnis z.B. die Atmosphäre als CO₂ Senke betrachtet. Wer CO₂ emittieren will, muss deshalb auf dem europäischen Emissionsmarkt hierfür Zertifikate erwerben.
- 14 Linke Liste - Lili (2016): Hauptwiderspruch Kohle.
- 15 In diesem Begriff des gesellschaftlichen Diskurses wird eine Verkehrung der Problemlagen deutlich. Er impliziert, dass die sogenannte „Flüchtlingswelle“ eine Krise sei. Diese rassistische Darstellung verkennt, dass die eigentlichen Krisen die Fluchtursachen sind. Auch legitimiert sie die reaktionäre und unmenschliche Grenzpolitik Europas. Dieser Begriff wird im Aufruf des Bündnisses nicht wie von der Lili angedeutet, verwendet. Im Gegenteil wird mit dem rassistischen Diskurs der extremen Mitte kritisch umgegangen.
- 16 Marcuse, Herbert (2009): Nachgelassene Schriften Band 6: Ökologie und Gesellschaftskritik. Herausgegeben von Peter-Erwin Jansen. Springer: zu Klampen Verlag.
- 17 Mit dem Begriff des anthropogenen Klimawandels soll zwischen natürlichen Ursachen wie z.B. Temperaturschwankungen oder Vulkanausbrüchen und zwischen menschlichen Ursachen wie z.B. der Verbrennung von Fossilen Energieträgern oder der industriellen Tierhaltung, differenziert werden.
- 18 Linke Liste - Lili (2016): Hauptwiderspruch Kohle.
- 19 Ebd. / 20 Ebd.

Antwort auf den Text: „Widerspruch Kohlebagger“

Unsere Kritiker*innen werfen uns vor, bornierte Theoretiker*innen im Oldtimer zu sein. Ihre „partikulare“¹, „strukturelle“² und „konkrete Praxis“³ hingegen möchte einen progressiven Pol darstellen und behaupten, darin eine neue Linke auf die Füße zu stellen.

Neue Leerformen braucht die Protestbewegung und diese sind auch schnell gefunden. Die Protestierenden greifen in den kapitalistischen Markt ein, um den Wiederverkaufswert der Kohlegruben zu verringern. Dabei sollen nicht nur Investitionen gefährdet, sondern die Bewegung soll „selbst zum Investitionsrisiko werden“.⁴ Man versteht sich nun selbst nicht länger als Akteur*in, sondern als statistischer Störfall im laufenden Betrieb und glaubt, damit eine Energieproduktion jenseits der Profitlogik etablieren können.⁵ Dem liegt u.a. der Fehlschluss zu Grunde: einem sauberen Kapitalismus sei es weniger an der Verwertung des Werts gelegen, als einem „fossilen“⁶. Der Text zeigt dies auch darin, dass er glaubt, dass Gegenteil eines befreiten und bewusst koordinierten Marktes wäre ein „anarchischer“⁷. Mit einem solchen Verständnis wird Marxens Rede von naturwüchsiger Gesellschaft und wertvermittelten Gesetzen des Marktes schlicht unverständlich. In diesem Zusammenhang wird die Störung der Infrastruktur nur als scheinbar politisches Argument

gebraucht, um eben jene Eigendynamik der kapitalistischen Energieproduktion in die gewollten Zustände zu verändern. Der Kurzschluss lautet: Klimaschutz ist *per se* antikapitalistisch, deshalb sei Protest um des Klimaschutzes Willens auch eine unmittelbar progressive Politik. Dies zeigt sich auch im Abschnitt zur ‚Flucht vor dem Klima‘. Es bedarf keines Denkens in Haupt- und Nebenwidersprüchen um zu erkennen, dass das scheinbare ‚Zentrum‘ als Ziel der Migrationsbewegungen ein ökonomisches ist. Dort treten Migrant*innen nicht nur als Vertriebene, sondern auch als Arbeitskräfte auf, die in der Regel den Erlös für den Verkauf derselben an ihren – in der deutschen Alltagssprache größtenteils sog. – ‚Herkunftsort‘ zurückleiten und hier den Konsum billiger europäischer Produkte erst ermöglichen. Es ist nicht das Klima, welches einen globalen Zusammenhang herstellt: Kapitalismus war und ist immer schon global.⁸ Deswegen verstehen die IL und ihre Befürworter*innen auch nicht, was es für ein Unterschied ausmacht, den Bagger zu benutzen, anstatt ihn einfach nur zu besetzen (zumindest, wenn besetzen so praktiziert und theoretisch erfasst, wie es jüngst im Tagebau zu beobachten war). Eine solche Praxis bleibt in jedem Moment einer wirklichen Aneignung der Maschine selbst fern. Aneignung und Nutzung für progressive Zwecke hieße hierbei nicht einfach nur Besitz eines Gegenstandes, sondern

auch ein Zugriff auf die durch ihn ermöglichte andere Praxis und deren Produkte zu erlangen.⁹

Weit gefehlt, dass der Bagger und das Kohlekraftwerk der Webstuhl der Gesellschaft sind. Auch die modernsten Produktionsmittel der Energiewirtschaft ändern nichts an den Zwecken ihrer Anwendung. Somit kann es nicht darum gehen bei gleichbleibender Nutzung sich mit dieser, statt mit jener Technologie konform zu geben.¹⁰ Unser Kritiker spricht klar aus, was denn auch der Entfremdung des Kapitalismus entgegenstehen soll: ein „bewusstes Verhältnis zur Güterproduktion“¹¹, das durch die „Weiterentwicklung der Technik und des menschliche[n] Bewusstsein(s)“¹² endlich auch die „Kosten“¹³ der Produktion für Umwelt und Klima kalkuliert. Hier tritt der Widerspruch von Idealismus und historischem Materialismus am deutlichsten zu Tage. Während der Autor hofft, dass endlich ein Bewusstsein, das es *schon* besser weiß, auch die ihm angemessenen Produktionsmittel und Produktionsverhältnisse schafft, gehen wir davon aus, dass erst *durch* die Aneignung der Produktionsmittel im revolutionären Kampf gegen das Privateigentum die Bedingungen geschaffen werden, für die Herausbildung eines neuen Bewusstseins, das es vermag die Produktionsmittel im Dienste einer sich befreienden Gesellschaft zu organisieren. Dem Idealismus der Bewegung (IL) entspricht, was Walter Benjamin treffend für

das Verhältnis der Sozialdemokratie zum technischen Fortschritt formuliert hat:

„Der Konformismus, dem von Anfang an in der Sozialdemokratie heimisch gewesen ist, haftet nicht nur an ihrer politischen Taktik, sondern auch an ihren ökonomischen Vorstellungen. Er ist eine Ursache des späteren Zusammenbruchs. Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar.“¹⁴

„modern-anti-modern“

Wenn sich nun aber darüber echauffiert wird, dass die Technik, das Fortschreiten des Kohleabbaus, – gerade im räumlichen Sinn – materielle „Lebensgrundlagen“¹⁵ vernichte, so lohnt ein genauere Blick auf das, was hier eigentlich Lebensgrundlage bedeuten soll. Ein materialistischer Begriff der Lebensgrundlagen bemisst sich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsformation anhand der Produktionsmittel, die die Ware Arbeitskraft innerhalb ihrer Reproduktion – wozu auch ihre zukünftige Veräußerbarkeit unter sich wandelnden Verwertungsbedingungen gehört – konsumiert. Nun wurden aber die allermeisten Betroffenen des Kohleabbaus in den Revierregionen ökonomisch (durch neue Häuser, Geld, Jobs etc.) entschädigt. D.h., ihre materiellen Lebensgrundlagen im Kapitalismus werden gesichert. Diese scheint der Kritiker jedoch nicht allein im Auge zu haben, wenn er von „vielschichtigen Lebensgrundlagen“¹⁶ spricht. Er kann an dieser Stelle nur von „Zerstörung“ reden,¹⁷ wenn eben der Boden, die unberührte Natur und die damit verbundene Tradition mit abgetragen werden. Familienbesitz, Kirchengemeinschaft, tradierte Kulturlandschaft und Biotope bestimmen hierbei deren Eigenart. Für diese kann es keine ökonomische Entschädigung geben, sie sind allerdings auch nicht materielle Lebensgrundlage im Kapitalismus. Daher muss der Kritiker *mehr* schützen als *diese* und jenes *mehr*, das für schützenswert erklärt wird, nennen wir nicht ohne Grund *Heimat*. Für uns und viele Antifaschist*innen, die seit Jahrzehnten den ernüchternden Kampf in ostdeutschen Dörfern auszutragen haben, steht außer Frage, was dort durch den Tagebau zerstört wird: Es sind die durch und durch braun getränkten Lebensformen von Generationen, die alten Dorfkirchen der preußischen Pfaffen (für die sich „Ende Gelände“ nur allzu gern vor den Karren spannen lässt), es ist die Volkstümelei von irgendwelchem zu erhaltenden Brauchtum, es sind ökologisch-dynamische Aussteiger*innen-Landwirt*innen, die die deutsche Kartoffel retten wollen, es sind überdies die alten Junkerschlosser, die seit Jahren

den *von Storchs* und Co. zurückerstattet werden¹⁸; kurz: Diese Heimat sollte jede*r zerstören wollen, die/der/* noch ein Fünkchen Bewusstsein für die unentwegt siegende Konterrevolution hat. Eines steht außer Frage: Der Tagebau könnte dieses Ziel ohne einen revolutionären Klassenkampf allein nie erreichen, aber er zerstört wenigstens seit Jahrzehnten das Junkerland als die materielle Lebensgrundlage eines spezifisch deutschen Bewusstseins.

Dass unser Kritiker diese Dimension des Tagebaus völlig unbedacht lässt, ist kein Zufall. Er unterstellt uns lieber an einem längst überholten „Oldtimer“ der Energieerzeugung festzuhalten, wo es uns gerade *nicht* um die Energieerzeugung geht. Mit welcher Methode Vattenfall und RWE ihre Profite erzielen, ist für uns ein systematisch gleichförmiges Übel. Aber die Rede von einem „Oldtimer“ ist trotz alledem sehr interessant, macht sie doch nur Sinn, wenn der Autor damit eine Fortschrittsgeschichte verbindet. Hier drückt sich ein nahezu hegemoniales Bewusstsein einer links-liberalen Avantgarde aus. Moralisch standhaft in Fragen globaler Verteilungs- und Klimagerechtigkeit, rechtfertigt diese den Zweck ihrer Bewegung längst nicht mehr mit der revolutionären Umgestaltung der Form der Produktionsverhältnisse, sondern mit den verschiedenen Fortschritten gegenüber der Lage des Menschengeschlechtes weltweit. Es genügt sich an dieser Stelle noch einmal auf Walter Benjamins Thesen zur Geschichte zu besinnen, um festzustellen, dass diese Strategie selbst der transformatorischen Logik der kapitalistischen Produktionsweise entspricht. Sie ist das untrügliche Zeichen des Konformismus und das Sedativum der Sozialdemokratie gegenüber all den Geknechteten und Elendigen dieser Welt. Der Glaube an Fortschritt, und sei es nur der zwischen einem Windrad und einem Kohlekraftwerk für die „ökologische Frage“, ist nichts weiter als die umgedrehte Fassung einer trivialen Verelendungstheorie. Die Welt würde kein bisschen gerechter – auch wenn wir zu 100% unseren Strom aus regenerativen Quellen gewinnen.

In diesen Verblendungszusammenhang gehört auch der naive Naturbegriff, mit dem unserer Kritiker arbeitet. Der - zugegebenermaßen - nicht ganz einfache Gedanke, dass es überhaupt keine Natur *für uns* gibt, die nicht durch unsere gegenständliche Tätigkeit, also Arbeit, historisch vermittelt ist, ließe sich aber ohne großen Aufwand empirisch nachvollziehen. Hätte unser Kritiker einen genaueren Blick in die Natur geworfen, die in der Lausitz vernichtet wird, ihm wären vielleicht die schier endlosen Kiefernwälder aufgefallen, die dereinst der Preußenkönig anpflanzen ließ. Diese Natur ist, wie Benjamin es für den Kapitalismus bestimmt, „gratis da“, aber in ihrem Bestand und ihrer Form nicht ewig und für sich selbst. Aber vielleicht ist diese Kulturlandschaft dem Autor schon dafür schon zu sehr zur zweiten Natur

Diese Heimat sollte
jede*r zerstören
wollen, die/der/*
noch ein Fünkchen
Bewusstsein für die
unentwegt siegende
Konterrevolution hat.

geworden. Unser Kritiker bringt damit eindrucksvoll die Art von Ideologie zum Ausdruck, der nur noch schwerlich Einhalt geboten werden kann, wenn sich die „linke Bewegung“ von einer systematischen Analyse und Praxis des Antikapitalismus und Antifaschismus lossagt; ob das unser Kritiker bewusst intendiert? – expressis verbis tut er es!

Antisemitismus

Unsere Kritik an der Organisationsform der IL erschöpfte sich nicht allein in der Klima- und Ökologithematik. Ein zweiter, äußerst wesentlicher, Aspekt unseres Textes betraf die Bereitschaft der IL, Antisemit*innen nicht zu bekämpfen, sondern hinsichtlich antisemitischer Haltungen innerhalb der Linken lieber zu schweigen oder harmonisierend rumzupalavern, und diese Haltungen damit zu dulden. Uns wird nun Rassismus vorgeworfen:

„[...] dass die sogenannte „Flüchtlingswelle“ eine Krise sei. Diese rassistische Darstellung verkennt, dass die eigentlichen Krisen [...]“¹⁹

In dieser Volte wird verkannt, dass wir durch die Nutzung des Begriffes der „sog. Flüchtlingswelle“ nicht unsere Haltung beschrieben, sondern eine Paraphrase auf den existierenden Sprachgebrauch des deutschen Volkes machen. Während der Text des Autors für Rassismus sensibel scheint, verliert er jedoch nicht ein Wort über den von uns zurückgewiesenen

Antisemitismus in Teilen der deutschen Linken. Antisemitismus bleibt eine Leerstelle. Zufall? Ganz im Gegenteil muss an dieser Stelle stattdessen der enge Zusammenhang zwischen Naturerhalt, Heimatreue und Antisemitismus hergestellt werden. Antisemitismus könne, so der Subton des Textes, die Organisationsform der IL gar nicht auszeichnen, denn diese sei ja „intersektional“:

„Dazu gehört auch, die Folgen des Klimawandels als eine Fluchtursache zu leugnen, weil damit ein antikapitalistischer Zugang zum intersektionalen Feld Flucht, sowie ein antirassistischer Zugang zum intersektionalen Feld Klimawandel, abgelehnt wird.“²⁰

Intersektionale Theorie weist zu oft in puncto Antisemitismus, ebenso wie der Text, eine Leerstelle auf und/oder verkennt die Spezifität desselben, wenn sie ihn „lediglich“ als Unterform des Rassismus benennt. Sollte nicht gerade aus linker Perspektive eine erhöhte Sensibilität für den systematischen Zusammenhang zwischen dem Erhalt der reinen, unberührten Natur und dem Vernichtungswillen des Antisemitismus bestehen?

Seit langer Zeit gilt in West und Ost die Rede von entwurzelten Städter*innen oder Kosmopolit*innen als Denunziation vornehmlich jüdischer Bürger*innen und Kommunist*innen. Wir setzen diesen Begriff entschieden gegen jede Vorstellung eines wie auch immer gearteten Heimatgefühls. Die Entwurzelung von Menschen durch die Zerstörung ihrer Heimat im oben beschriebenen Sinne gilt uns aus diesem Grund auch als eine nicht von vorherein abzulehnende Grundlage für eine sich emanzipierende Form der Vergesellschaftung.²¹

Intersektionalität bleibt immer dann eine Phrase, wenn an keiner Stelle benannt wird, was das eigentlich sein soll, jenes „intersektionale[] Feld [Flucht und] Klimawandel“? Ginge es nicht genau an dieser Stelle um eine spezifische Bestimmung dessen, was das Netzwerk und die Produktivität vielfacher Sektionen ausmacht, um sich so einem Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken zu widersetzen? Müsste nicht gerade aus, bspw. feministischer Perspektive – sollte diese dem Text als ein Teil des Intersektionalismus gelten – die Bearbeitung der Natur als Credo gelten? Es gibt kein queerfeministisches Argument für den Erhalt vermeintlich unberührter Natur.²² Statt sich den Bagger für die eigenen revolutionären Zwecke der Bearbeitung der Natur anzueignen, bleiben beide letztlich unberührt. Hierbei wird nicht nur die Ideologie biologistischer, *an-sich-seiender* Natur erhalten, ihre vermeintliche Vorgängigkeit, die unbearbeitet bleiben soll, wird durch diese Politik der Bewegung (IL) produziert und reproduziert – und so sieht er aus: der Sieg der Konterrevolution.

Linke Liste Frankfurt

Müsste nicht gerade aus feministischer Perspektive [...] die Bearbeitung der Natur als Credo gelten?

1 Widerspruch Kohlebagger, S. 1.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Aufruf IL

5 gl.: Widerspruch Kohlebagger.

6 Genau genommen ist der Kapitalismus in all seinen Neuerungen stets „fossil“ und kein Windrad vermag es aus sich heraus diese Vorgeschichte zu verlassen..

7 Vgl.: Widerspruch Kohlebagger.

8 Fußnote Deleuze – Deterritorialisierung.

9 Lenin, Staat und Revolution: Aneignung der Fabrik, Selbstorganisation.

10 Valentin: „Die Forderung nach einer anderen Maschine, nach anderen Produktionsmitteln und anderen Produktionsverhältnissen zeugt vielmehr von einem bewussten Verhältnis zur Güterproduktion denn von einem entfremdeten.“

11 Widerspruch Kohlebagger, S. 3.

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Benjamin GS, I, 3, 697?.

15 Valentin oder IL Aufruf?

16 Widerspruch Kohlebagger, S. 3.

17 Einem Begriff, den er einem Marcus-Zitat entlehnt, ohne jedoch dessen vollständige Bedeutung recht beachten zu wollen, schließt jener doch die Zerstörung im Hinblick auf die Verbesserung des Lebensniveaus durchaus mit ein.

18 Verweis auf das Projekt von B.v.S.

19 Widerspruch Kohlebagger, S. 2.

20 Ebd.

21 Ganz im Gegensatz zu dem Tenor vieler Kritiken auf Indymedia unseren ersten Text betreffend.

22 Gerade diese Projektion der unberührten Natur in Kontexte gesellschaftlich vermittelter Machtgefüge ist ein wesentlicher Bestandteil der Ideologeme der Konterrevolution: von Blut und Boden bis zu den repressiven Sexualmoralen, die im Moment wieder vermehrt Konjunktur erfahren.

Immer noch dieser Kohlebagger

Um der Antwort der Lili (Linke Liste) zu entgegnen, müssen zunächst **grob einige Zusammenhänge des Klimawandels dargestellt werden. Anhand dessen soll auf die Argumente der Lili eingegangen werden.**

»Was, Klimawandel?«

Der (anthropogene) Klimawandel entsteht durch die Emission von Stoffen, welche die Brechung und Reflexion des Sonnenlichts an der Atmosphäre verändern. Diese Stoffe und Gase verstärken den sogenannten Treibhaus-Effekt, die Erhitzung der Atmosphäre durch bestimmte Reflexionen des Sonnenlichts. Vor allem CO₂, dessen Emission fest in der industriellen Produktion verankert ist, prägt den *Treibhauseffekt*. Durch die Veränderung lokaler und globaler klimatischer Bedingungen führt dieser Prozess zum anthropogenen *Klimawandel*¹ (IPCC 2007: 1ff). Wenn Klimawandelgegner*innen kritisieren, dass Kohle ausgebagert wird, heißt das nicht, dass sie Baggern doof finden, sondern dass sie wollen, dass die Kohle in der Erde bleibt. Dabei beziehen sie sich nicht auf heimatästhetische Gründe, sondern auf eine globale Analyse des Klimawandels. Der „Zusammenhang zwischen [...] Heimmattreue und Antisemitismus“² ist sicher interessant, gehört aber in eine andere Debatte.

»Dann wird es halt ein paar Grad wärmer...«

Die wahrscheinlichen Auswirkungen einer globalen Steigerung der Durchschnittstemperatur sind je nach Region sehr unterschiedlich: Über dem Land und in den hohen nördlichen Breiten ist die Erwärmung am stärksten; es kommt zum Abschmelzen des Arktischen Meereises und damit zum Anstieg des Meeresspiegels; extreme Hitzewellen nehmen zu, tropische Wirbelstürme werden intensiver; der Niederschlag in hohen Breiten nimmt zu, während er in subtropischen Landregionen abnimmt³. Die Folgen für Wasserversorgung, Nahrungsmittelproduktion, Ökosysteme, Wohnraum und Gesundheit sind vielfältig.

Es geht hier also mitnichten um die „unberührte Natur“, die „Kirchengemeinde“ oder die „tradierte Kulturlandschaft“⁴ in der Tagebauregion, wie es die Lili falsch

versteht. Es geht beim Klimawandel nicht um die Zerstörung eines Heimatskonstrukts, sondern um Ausbeutung und die Zerstörung von Produktionsmitteln, die eben nicht abgesichert sind und von denen die Betroffenen abhängig sind. Außerdem haben z. B. Trinkwasserversorgung oder die Nichtanwesenheit von extremen Wetterbedingungen auch jenseits ihrer primären Verwertung als Produktionsmittel eine Bedeutung als Lebensgrundlage.⁵

»Das alles wegen einem Bagger??«

Die Komplexität des Klimawandelproblems liegt u. a. in der Verzerrung zwischen Ursache und Wirkung. Wenn in Brasilien oder Italien die Wasserversorgung zur Neige geht, lässt sich das nicht auf den internationalen Flugverkehr zurückführen. Wenn in den Niederlanden oder Bangladesch Küstenstädte überflutet werden, lässt sich das nicht auf die Zementproduktion zurückführen. Und wenn in Mali und den USA innerhalb von wenigen Jahren die landwirtschaftliche Produktion aufgrund von Wetterveränderungen einbricht, lässt sich nicht auf einen Lausitzer Kohlebagger zurückführen. Trotzdem stehen diese Vorkommnisse in einem kausalen Zusammenhang. Ursache und Wirkung sind nicht nur lokal, sondern auch temporal verzerrt. Die Auswirkungen des Klimawandels treten zum Teil erst Generationen später auf als deren Ursachen.

»Und wo ist hier jetzt der Kapitalismus?«

Hinter dieser Entkoppelung zwischen Ursache und Wirkung verbirgt sich ein Verteilungsmechanismus, der Konsumgüter und Produktionsmittel sowie abstrakte Kapitalformen zwischen heterogenen Kollektiven transportiert und konzentriert. Konsumgüter und -möglichkeiten wandern in die eine Richtung, Belastungen durch die Produktion in die andere. Ein Problem der ökonomischen Interaktion, das stark an den Entfremdungsbegriff und kapitalistische Verteilungsmechanismen erinnert. Dieser globale und intertemporale Verteilungsmechanismus des Klimawandels verursacht Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Hier zeigt sich, dass dem Klimawandel die strukturellen Probleme des Kapitalismus zugrunde liegen. Die Lili liegt also mit ihrer Kritik an einem nicht-fossilen Kapitalismus völlig richtig⁶. Klimaschutz bedeutet nicht automatisch Antikapitalismus, der Klimawandel muss antikapitalistisch gelesen werden. Analysen und Positionen, die sich von reaktionären Ökologiebewegungen abwenden, sollten deshalb unterstützt und verbreitet werden.

(Un-)Gerechtigkeit

„Die Welt würde kein bisschen gerechter – auch wenn wir zu 100 % unseren Strom aus regenerativen Quellen gewinnen“⁷ Sofern angezweifelt wird, dass *Gerechtigkeit* innerhalb des Kapitalismus überhaupt eine Kategorie darstellt, ist diese Aussage sicherlich korrekt. In Anbetracht

der Ungerechtigkeiten, die durch den Klimawandel entstehen, wirkt dieses Argument jedoch mehr als zynisch. Klimaschutz ist nicht revolutionär oder emanzipatorisch, er gehört zu den Abwehrkämpfen die in vielen Bereichen geführt werden. Da die Folgen des Klimawandels irreversibel sind, sind diese Abwehrkämpfe legitim und notwendig, auch wenn sie die eigentlichen Ursachen nicht erfassen können. Eine Überwindung der kapitalistischen Ordnung muss in anderen Dimensionen und aus anderen Anlässen ansetzen. Zunächst kann aber die Aneignung von Produktionsmitteln funktionieren, wenn die Organisation entsprechend gut ist.⁸ *Ende Gelände* fordert eine selbstverwaltete Energieversorgung⁹. Der Bagger allein bleibt hierfür jedoch weiterhin nutzlos. Sicher wäre es nett gewesen, wenn die Aktivist*innen den Bagger benutzt hätten. Gegen den Klimawandel kann er nicht viel ausrichten, aber sie hätten nach Marokko fahren können um den Zaun zu Europa weg zu baggern. Diese Praxis müsste aber nach den Maßstäben der Lili ebenso in der Kategorie eines Abwehrkampfes bleiben wie die reine Blockade des Baggers, der die Kohle ausbuddelt und damit zum Klimawandel beiträgt.

Valention Fuchs

¹ IPCC Plenary (2007): Summary for Policymakers, Spain, 2007. S 1ff. Abrufbar unter https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf

² Lili, Linke Liste (2016): Widerspruch Kohlebagger.

³ IPCC Plenary (2007): Summary for Policymakers, Spain, 2007. S 24

⁴ Lili, Linke Liste (2016): Widerspruch Kohlebagger.

⁵ Dass es zu diesen Konsequenzen des Klimawandels keine feministische Position geben könne, wie es die Lili behauptet, scheint mir weit hergeholt. Für besonders queer halte ich den Bagger oder die „schwarze Pumpe“ im übrigen auch nicht.

⁶ Lili, Linke Liste (2016): Widerspruch Kohlebagger.

⁷ Lili, Linke Liste (2016): Widerspruch Kohlebagger.

⁸ Fraglich ist, welche bewusstseinsbildenden Maßnahmen die Lili hierfür vorschlagen würde. Massenprotest und Besetzungen kommen ja nicht in Frage. Ob die Lili die Arbeitenden im Lausitzer Braunkohle Revier wohl alleine mit ihrem Text überzeugt hat und diese sich nun den Bagger aneignen werden?

⁹ Ende Gelände (2016): Aufruf. Abrufbar unter: <https://www.ende-gelaende.org/de/aktion/aufruf/>

Der Adorno-Code

Das von Vadim Zakharov anlässlich Theodor W. Adornos 100. Geburtstag konzipierte Adorno-Denkmal, das vor kurzem noch in der Nähe des Campus Bockenheim am jetzigen Tilly-Edinger-Platz zu finden war, steht seit einiger Zeit inmitten des IG-Farben-Campus zwischen Hörsaalzentrum und PEG. Die Tatsache, dass eine Universität, die sich ihrem Selbstverständnis nach auf dem Weg zu einem »Harvard am Main« sieht¹, sich im internationalen Wettbewerb der Hochschulen mit dem Prestige der Frankfurter Schule zu schmücken versucht, stößt vor allem deshalb so übel auf, weil die Inhalte von Autoren wie Horkheimer, Adorno oder Marcuse innerhalb des Lehrbetriebs der Goethe-Universität immer schwerer auszumachen sind. Während also nach außen hin das Bild einer kritisch-selbstreflexiven Hochschule erzeugt wird, die »stolz« darauf zu sein scheint, als »Ort« des kritischen Frankfurter Denkprojekts für wichtige Beiträge in den internationalen Philosophie- und Soziologie-Diskursen des vorigen Jahrhunderts gesorgt zu haben, zeugt die gegenwärtige Organisation und Umgestaltung von Lehrveranstaltungen, Studiengängen und Prüfungsordnungen von einer geradezu entgegengesetzten Haltung, wie die immer weiter abnehmende Zahl von Lehrveranstaltungen nicht nur zu Kritischer Theorie, sondern zu kritischen Denkansätzen überhaupt, verdeutlicht. Die immer stärkere Fokussierung der »Methodenausbildung« in den Sozialwissenschaften (»Methodentraining« und »Forschungskompetenzen« meinen hier nicht etwa das Kennenlernen einer Vielfalt von wissenschaftlichen Herangehensweisen, sondern – und fast ausschließlich – das Erlernen des Umgangs mit den als beinahe alternativlos vorgestellten naturwissenschaftlich-positivistisch orientierten, quantifizierenden Methoden der Statistik) lässt sich beispielsweise an den in den letzten

Jahren entwickelten Prüfungsordnungen in den Studiengängen Soziologie und Politikwissenschaft ablesen.

Die vorfindliche Absorption kritischer Denkpoteziale kann als Ausdruck neoliberaler Regierungs- und Managementtechniken verstanden werden: Statt einer Abgrenzung von Inhalten, die der Ausrichtung der Hochschule entgegenstehen, wird jede Form von Systemkritik als »okay« eingeordnet in den Kosmos der nebeneinander gültigen Meinungen, die genau solange zu tolerieren sind, solange sie nicht wirklich am Fundament der bestehenden Ordnung rühren. Es sei eine neoliberale Strategie, so fasst es Thomas Lemke passend zusammen, dass Gegenstände kollektiver Zuständigkeit immer mehr der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Gesellschaftssubjekte zugeschrieben werden, die dann im Zeichen einer »Selbstsorge« rational-kalkulierend zwischen verschiedenen Handlungsoptionen genau diejenige auszuwählen haben, die dem Projekt ihrer Selbstverwirklichung am zuträglichsten erscheint². Im Zusammenhang gouvernementaler Selbstregierung wirkt diese Mechanik nicht nur aus Richtung der Institutionen auf die Individuen, sondern auch (und möglicherweise: vor allem) als verinnerlichtes Credo zwischen den einzelnen Mitgliedern einer Gesellschaft (in etwa: »Sei wie du willst, solange du mir und meinen Zielen nicht in die Quere kommst.«). Dieser Mechanismus sorgt dafür, dass kritischen Einwänden ihr Ansatzpunkt entzogen wird: Statt sich konfrontativ mit Kritik auseinandersetzen zu müssen, wird diese institutionell »neutralisiert«. Kritik am Vorgehen der Universität wird nicht als solche anerkannt (im hegelschen Sinn einer Ebenbürtigkeit), sondern als für den Diskurs der Universität irrelevante »Meinung unter vielen« einfach akzeptiert. Im Falle der Aufstellung des Adorno-Denkmals »gelingt« hier nicht nur die Abwendung einer wirklichen Auseinandersetzung mit den Inhalten der Kritischen Theorie (deren Einwände gegen die aktuelle Ausrichtung der Hochschule immer weiter von deren Diskurs ausgeschlossen werden), sondern gleich ein noch größeres Kunststück, indem die »Identifikation« mit den Vertretern der Kritischen Theorie noch positiv zur Selbst-Aufwertung im internationalen Wettkampf der Hochschulen gewendet wird (eine ähnliche Strategie verfolgte die Universität im Übrigen bereits bei der Benennung des Theodor-W.-Adorno-Platzes und der Max-Horkheimer-Straße, die den medialen Fokus von der gleichzeitigen und nach jahrelangen Kämpfen durchgesetzte Umbenennung des Norbert-Wollheim-Platzes ablenken und auf die »Würdigung« der kritischen Frankfurter »Vorzeigedenker« lenken sollte).

Ein solches Handeln – das lässt sich sicher ohne Anmaßung sagen – steht jedoch völlig im Widerspruch zur adornitischen Vorstellung einer »gelingenden Institution«: So äußert der hier so wertgeschätzte Vertreter der Frankfurter Schule 1965 in einem gemeinsamen Diskussionsinterview mit

dem Philosophen und Soziologen Arnold Gehlen zum Verhältnis von Freiheit und Institution, dass die Funktionsweise einer Institution vor allem daran zu messen sei, ob sie »die Funktion erfüllt, die in ihrer eigenen Idee, [...] in ihrem Begriff gelegen ist, oder ob sie [nur] funktioniert [...] im Interesse ihrer eigenen Perpetuierung, im Interesse dessen, dass sie sich selbst am Leben erhält«³. Denn für Adorno, zu hören an einer späteren Stelle des Streitgesprächs, seien Institutionen immer dann besonders kritisch zu hinterfragen, wenn sie von ihrer eigentlichen übergeordneten Aufgabe, »der Herstellung einer mündigen Menschheit«, abließen und sich selbst und ihre Erhaltung zum Selbstzweck machten. Seinem Verständnis nach seien Institutionen ihrem eigentlichen Zwecke nach zur »Verwaltung von Dingen« im Sinne einer Stärkung individueller Freiheitsmomente bestimmt und nicht zur »Herrschaft über den Menschen«. Jede (institutionelle) Ermöglichung von Freiheit sei dialektisch immer auch an bestimmte Bedingungen (der Einschränkung von Freiheit) geknüpft, die es kritisch mit zu reflektieren gelte. Übertragen auf das Beispiel der Goethe-Universität sorgt eine bessere Aufstellung der Universität in internationalen Hochschulrankings zwar mit Sicherheit dafür, dass die von den Studierenden erzielten Studienabschlüsse eine größere Freiheit bei der Wahl eines Arbeitsplatzes ermöglichen, innerhalb des Studiums selbst finden wir im selben Zug aber immer strenger vordefinierte (und damit »unfrei«) Studienordnungen und -verlaufspläne, die die ursprünglich als Ort des selbstständigen und freien Lernens gedachte Bildungseinrichtung im Zuge einer Angleichung an internationale Standards kontinuierlich in eine fabrikartige Massenproduktion von (vorgefertigten) Abschlüssen verwandelt.

Dass der gegenwärtig zu beobachtende starke Shift der Lehre und Forschung hin zu einem an den Naturwissenschaften orientierten und rational-nüchternem Positivismus aus der Position der Frankfurter Schule heraus zu kritisieren ist, wird bei eingehender Betrachtung des umfangreichen Œuvres mehr als deutlich; betrachtet man beispielsweise die intensive und kritische Auseinandersetzung mit der »instrumentellen Vernunft«, die nicht nur eines der Hauptthemen der »Dialektik der Aufklärung« ist, sondern auch in vielen weiteren Monografien und Aufsätzen der Schule zum Gegenstand einer kritischen Betrachtung wird. Die Erhebung des cartesianischen Stufendenkens zum uneingeschränkten Leitsatz wissenschaftlicher Erkenntnis, die sich im aktuellen Diskurs der Universität mühelos in den zahlreichen einführenden »Handreichungen« wiederfinden lässt – beispielsweise in den unterschiedlichen Leitlinien zur Anfertigung einer Hausarbeit in verschiedenen Fachbereichen (in denen in der Regel eindeutige und »nüchtern« vorgenommene Argument-Konsequenz-Argumentationen empfohlen werden) –, wird von Adorno unter anderem auch in seiner 1958 gehaltenen Vorlesung zur

»Einführung in die Dialektik« heftig kritisiert. Hier heißt es: »Wo das Denken Schritt für Schritt in kleinsten Einheiten sich vollzieht, kann es eigentlich gar nichts anderes als immer nur wieder das wiederholen, was es eh schon gekannt hat.«⁴ Um einer drohenden »Lähmung« durch das reine Stufendenken zu entkommen und zu wirklicher Erkenntnis zu gelangen, sei es notwendig, den Gedanken auch freizulassen: »Da wo der Gedanke wirklich sich erhebt, [...] da fliegt er, da geht er nicht Schritt für Schritt.«⁵ Genauso wenig erkenntnisbringend wie ein Gedanke, der nichts anders könne als fliegen, sei, so Adorno, ein Gedanke, der nicht mehr die Möglichkeit habe zu fliegen und sich im reinen Bilden von Kausalketten erschöpfe. Eine Universität, die ihren Studierenden Jahr für Jahr ein Stückchen mehr einen akademischen Stil nahelegt, der dem Denken nicht gerade das Fliegen erlaubt, sondern es im Gegenteil sehr stark in vordefinierte Formen zu bringen versucht, mit der Aufstellung des Adorno-Denkmal auf ihrem Campus zu »krönen«, erscheint aus dieser Perspektive mehr als fragwürdig.

Ironischerweise entfaltet die Ästhetik des aufgestellten Denkmals unbeabsichtigt schlussendlich dann doch so etwas wie einen letzten Gruß Adornos: Als habe dieser das Geschehen auf dem Campus von seinem Schreibtisch aus beobachtet und letztendlich enttäuscht verlassen, wirkt es, wenn man den leeren Arbeitsplatz neben dem Hörsaalzentrum betrachtet. Die halb geöffnete Bodenklappe – ein Zugang zur Instandhaltung des Werks – verstärkt den Eindruck, der mit dem Denkmal verbundene (Rest-)Geist Adornos habe das Geschehen auf dem IG-Farben-Campus nicht mehr verkraften können und sei durch den unterirdischen Zugang entflohen. Wie eine letzte Mahnung liegt die »Negative Dialektik« auf seinem Schreibtisch, von dem aus er einen genauen Blick gehabt hätte auf das, was hier wirklich zu zählen scheint: Den »Body of Knowledge«, mit seinen Formelzeichen, Zahlen und Buchstaben – ein angemessenes Wahrzeichen einer Hochschule, der es wohl mehr um das »Berechnen« der Wahrheit als um echte Erkenntnis geht. Folgt man nun in einem letzten Schritt dem leeren Blick der weißen Plastik, gelangt man zum Endpunkt

der symbolischen Anordnung: Genau den Ort auf unserem »neuen«, »schönen« Campus, an dem sich manifestiert, inwiefern die Universität die Maxime einer »freien Forschung und Lehre« zugunsten einer drittmittelfinanzierten Selbstoptimierung im Hinblick auf eine gute Positionierung im internationalen Bildungswettbewerb aufgibt.

Alexander Hagen

- 1 Siehe: <http://www.welt.de/regionales/frankfurt/article123893454/Goethe-Uni-will-Harvard-am-Main-werden.html> (zuletzt aufgerufen am 08.06.2016).
- 2 Lemke, Thomas: *Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies*, S. 9. Online: <http://www.thomaslemkeweb.de/engl.%20texte/Neoliberalismus%20ii.pdf> (zuletzt aufgerufen am 11.06.2016).
- 3 Theodor W. Adorno und Arnold Gehlen (1965): *Freiheit und Institution. Ein soziologisches Streitgespräch*, ca. Min. 16:10 (<https://www.youtube.com/watch?v=mWklSE08aCw>, zuletzt aufgerufen am 09.06.2016).
- 4 Adorno, Theodor W. (2015): *Einführung in die Dialektik*. Frankfurt: Suhrkamp., S. 215.
- 5 Ebd., S. 214f.





KULTURTICKET

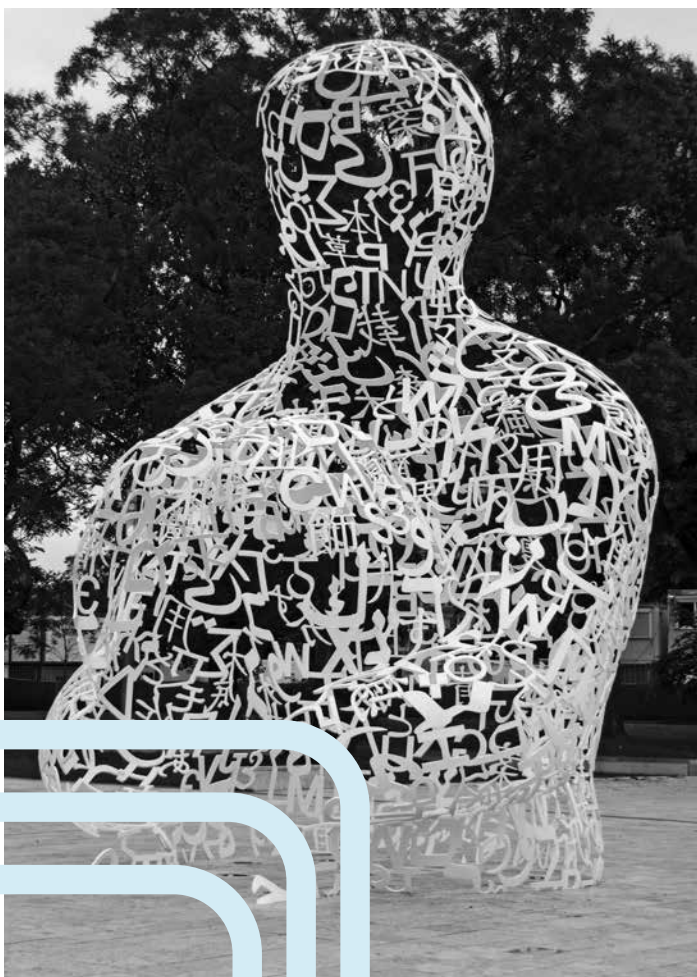
Mit der Goethe-Card könnt ihr nicht nur mit der Bahn fahren, sondern auch alle 13 städtischen Museen in Frankfurt besuchen. Das Kulturticket funktioniert dabei ebenfalls nach dem Solidarmodell. Das heißt, ihr bezahlt pro Semester 1,05 und kommt dafür ohne Eintritt in die Museen. Das macht sich also schon ab dem ersten Museumsbesuch bezahlt. Welche Museen Partner*innen des Kulturtickets sind, könnt ihr auf der Karte auf der nächsten Seite sehen.

Wir sind zudem in Verhandlungen mit weiteren Einrichtungen, wie dem Städel, der Schirn und dem Schauspiel Frankfurt und hoffen, dass wir bald noch mehr Partner*innen für unser Kulturticket gewinnen können.

Mehr Infos auch unter: www.asta-frankfurt.de/aktuelles/kulturticket

Warum ich den Body of Knowledge als Fahrradständer benutze

Wie er da sitzt – unvollständig und mitten auf dem Campus. Als wäre die gesamte Universität um ihn herum nur gebaut worden, um weitere Zeichen und Formeln zu erfinden, die dann in nicht allzu ferner Zeit, an den Ecken aneinandergeschweißt seine Oberfläche schließen (Gesicht und Schienbeine des Body of Knowledge fehlen noch!). Dann ruht er rund, abgeschlossen und weiß lackiert und sie können die Uni wieder abbauen. Ein leerer Wissenskörper, der ratlos und etwas eingeschüchtert auf dem Boden hockt und auf das House of Finance blickt. Nachvollziehbare Geste.



Was soll er uns sagen mit der Formelhülle und dem luftigen Inneren? Auf dem Boden ein Hinweis: „Klettern verboten“. Kinder laufen häufig begeistert in den Body und stellen dann verdutzt fest, dass da gar nichts abgeht. Fangen an auf seinen zusammenhangslosen Zeichen rumzuturnen. Deshalb das Schild. Die Studierenden sind da weiter: Sie haben gelernt der Verlockung zu widerstehen. Zielstrebig laufen sie direkt an ihm vorbei mit Kopfhörern im Ohr. Von der U-Bahn zur Vorlesung oder zurück von der Vorlesung zur U-Bahn. Hin und wieder auch von der Vorlesung zur Mensa oder von der Mensa zur Vorlesung zur U-Bahn. Beim Beobachten dieses Strömens entsteht das Verlangen, die Skulptur einmal so vor den HZ-Eingang zu stellen, dass die Studierenden beim Verlassen der Vorlesung in den Formal-Käfig hinein laufen. Der Fluss dieser disziplinierten Charaktere würde wie immer nicht abbrechen und der Body sich nach und nach endlich einmal füllen. Es gäbe dann zwei Möglichkeiten: Entweder es entsteht Studiowurst als Negativabbild der unterschiedlichsten Sonderzeichen. Oder die Schweißnähte brechen, der ganze Käfig platzt und die im gesamten Foyer aufgestauten Studis reißt es wie durch einen Sog in die Luft und raus aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit. Das wäre dann wohl das Ende der Universität wie wir sie kennen.

Bis dahin ist er zumindest tauglich für die gelangweilt Naiven als Klettergerüst und für die hoffnungslos Frustrierten als Fahrradständer.

Trinkhalle gegen die Gesamtscheiße und das Spardiktat

Der folgende Text dokumentiert eine anlässlich der Trinkhallen-Semestereröffnungsgala im April 2016 vorgetragene Rede.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zustände zwingen uns zu reagieren. Die Lage ist unerträglich. Hier und überall. Forderten Marx und Engels einst die Vereinigung aller Proletarier_innen und Proletarisierten, Nietzsche die Umwertung aller Werte und Kant etwas anderes, ist es nun an der Zeit, etwas Neues zu fordern. Darum haben wir uns hier heute versammelt.

Wir als Trinkhalle, als eine sich emanzipativ-politisch verstehende Institution, als Assoziation freier und befreiender Individuen, gleichsam als Akteur der Befreiung, als Puzzleteil im Mosaik der Praxis, sehen uns verpflichtet, zur sich haufenweise auftürmenden Gesamtscheiße Position zu beziehen. Der Genosse Magnus Klaue schrieb einst in der *Jungle World*: „Der zeitgemäße Dissident bekämpft im Grunde nicht Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und Gesamtscheiße, sondern nur den einstigen Lehrer, weil er ihm immer noch die Autorität neidet, die er sich heimlich selber wünscht.“

Wir wollen daraus, mittels kritisch-emanzipativer Reflexion, die Konsequenz ziehen, den nur-kritischen oder: kritisch-kritischen Genossen emanzipatorisch zu wenden und klar Position zu beziehen: Gegen die Gesamtscheiße.

Hier und überall, jetzt und immer. Wir können nicht weiterhin nur Kaffee verkaufen, Mate trinken und raven, weil es uns Spaß macht, während das Spardiktat immer mehr Menschen an der globalen Peripherie in den Staub presst, den der Zug der Geschichte, dessen Steuer wir übernehmen müssen, aufwirbelt und wieder zu-Boden-sinkend hinter sich lässt. Der unmittelbare Hedonismus (Drogen, Bier und das Koz) ist ein Stahlbad, wenn er sich nicht reflexiv positioniert. Wir fordern das Strandbad! Strandbad statt Stahlbad! Und deswegen positionieren wir uns als Trinkhalle unmissverständlich und emanzipiert gegen Gesamtscheiße und Spardiktat. Ab heute trinken wir den Kaffee nicht einfach so, sondern gegen die Gesamtscheiße. Und das Spardiktat.

Um den Palast unserer Praxis auf einem Fundament der Theorie zu errichten, folgen nun einige die Gesamtscheiße betreffende Analysen.

Zunächst zum theoretischen Begriff der Gesamtscheiße, von dem ich zeigen möchte, dass er einer doppelten Logik folgt. Der Begriff der Gesamtscheiße ist heute ein Grundbegriff der politischen Analyse. Schauen wir, was dieser Grundbegriff sagen will. Was spricht sich aus in der Gesamtscheiße? Von wo spricht sie? Wie? Und zu wem?

Also: Gesamtscheiße, was will das sagen? Zunächst handelt es sich um einen absolut regressiven Begriff. Aber er widersetzt

sich trotzdem hartnäckig einer positiven Festlegung. Bevor ich dies weiter ausführe, soll jedoch seine regressive Tendenz erläutert werden:

a) Gesamtscheiße ist *kein* Begriff der politischen Analyse. – Im Gegenteil: Der Begriff macht politische Analyse rückgängig. Gegen die Gesamtscheiße kann man nur raven, weil es die Gesamtscheiße nicht gibt. Zu wem spricht die Gesamtscheiße? Zu den Ravern. Aber woher spricht sie? Es gibt sie erst, wenn die Linke alle lokalen Kämpfe soweit eingeebnet hat, dass nur undifferenzierte Scheiße übrigbleibt. Gesamtscheiße bezeugt eigentlich eine Ungeschiedenheit in der Gesamtscheiße – übrig bleibt dann ein abstraktes Dagegensein. – Die Linke hat seit Marx versucht, ihre Analysemittel auszudifferenzieren und Strategien gegen Kapital, Patriarchat, Rassismus und Autorität entwickelt und versucht, bestimmte Negation zu betreiben. Der Kampf gegen die Gesamtscheiße ist dagegen völlig undialektisch, weil heillos abstrakt.

b) Andererseits denke man etwa an Althusers „determination in the last instance“. In Linken Kämpfen ist ja schon immer eine Tendenz angelegt, Gesellschaft ganz in den Blick zu bekommen. – Wer den Verblendungszusammenhang als begriffliches Instrument ansieht, der hat ja vielleicht schon den halben Weg zur Gesamtscheiße zurückgelegt. Irgendwie steckt in diesem Begriff ja auch die Einsicht, dass das, wogegen die Linke lokal vorgeht, auf schwer durchschaubare, ja stets etwas opake Weise miteinander zusammenhängt. Die Gesamtscheiße spricht auch von der Gesellschaftstheorie her, vom Begriff der Totalität. Vielleicht hat der Gedanke eine gewisse Attraktivität; etwa für die PSG, die, wenn man sie fragt, sagt, man müsse eben erst den Kapitalismus abschaffen, um etwas gegen den Bürgerkrieg in Syrien zu tun. Auch so spricht die Gesamtscheiße. – Der Gesamtscheiße-Diskurs ist gewissermaßen politische Analyse, die trotz Dezentralisierung nicht in tausend Teile zerfallen will. In der Gesamtscheiße spricht sich die Einheit der Gesamtscheiße aus. Gesamtscheiße ist der Ort, für den früher mal Kapital einstand, aber heute nicht mehr entstehen kann. Man kann nicht mehr sagen, dass man „erst“ den Kapitalismus abschaffen muss, aber kann auch nicht die „Apartheid“ politischer Kämpfe behaupten. *Daher* spricht also die Gesamtscheiße. Aber man hat *qua* Gesamtscheiße keine Strategie, sondern kann eben einen Rave machen. Oder eine Polizeiwache stürmen. Irgendetwas, was sich möglichst abstrakt gegen irgendetwas richtet. Das Wort wäre dann gewissermaßen der Ort eines Desiderats: eine echte Leerstelle. Was sagt die Gesamtscheiße? In der Gesamtscheiße spricht sich vor allem Leere aus. Die Gesamtscheiße hat einen komplizierten ontologischen Status. Mit Foucault könnte man sagen, Gesamtscheiße ist der Name, den man einer komplexen, strategischen, historischen Situation der Gesellschaft

gibt. Nicht weil sie überall ist, sondern, weil sie von überall kommt, ist sie überall. Wenn wir, mit Marx gesprochen, fragen, was die Gesamtscheiße sei, so erhalten wir die Antwort: Gesamtscheiße ist Kapitalismus, Gesamtscheiße ist Gentrifizierung, Gesamtscheiße ist, dass der Mindestlohn so oft unterlaufen wird. Gesamtscheiße ist der IS, Gesamtscheiße ist Donald Trump. Man darf nicht fragen, was die Gesamtscheiße „ist“ – zu fragen, was die Gesamtscheiße ist, stellt die Frage unter dem Primat der Geschichte der Metaphysik, die immer von der dritten Person Singular Indikativ des Wortes „Sein“. Die Frage, die man stellen muss, ist die Frage nach der Vergangenheit der Gesamtscheiße: Wie gibt es Gesamtscheiße? Was ist ihre Seinsweise? Und was kann die Gesamtscheiße werden? Hat die Gesamtscheiße eine Zukunft? – Die Gesamtscheiße hat nur deshalb einen komplizierten ontologischen Status, weil man sie ontologisch verfehlt. Gesamtscheiße ist das Zwischen. Das zwischen Regression und Revolution. Man kann auch jetzt nicht sagen, was Gesamtscheiße gewesen sein wird, weil die Gesamtscheiße gerade erst begonnen hat zu werden. Wir leben in einer Gesellschaft, in der sich alles am Rande der Gesamtscheiße befindet. Menschenrechte genauso wie demokratische Institutionen, Entwicklungshilfe, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Mindestlohn. Es gibt keine Wahrheit der Gesamtscheiße, weil die Gesamtscheiße selber ein Relais in der Wahrheitsproduktion ist. Die Gesamtscheiße hat keine Wahrheit, sondern sie bewahrt. *Man muss die Gesamtscheiße wesentlich aktivisch denken: Es gesamtscheißt in unseren Diskursen.* Dasselbe gilt im Übrigen *mutatis mutandis* für das Spardiktat – wenn man gegen das Spardiktat ist, ist man nicht gegen etwas, das wie die Kartoffeln im Keller liegt, nicht gegen diese oder jene Sparmaßnahme, sondern gegen die *Logik* des Spardiktats. Das Spardiktat ist das, was sich des Sozialen bemächtigt. Das Sozialwesen etwa ist kein Kuchen, der ein kleines bisschen kleiner wird, sondern was stattfindet, ist eine tiefgreifende Veränderung des Sozialen selbst. Das Spardiktat ist eine Kraft, die den Vektor des Sozialen ablenkt in Richtung Gesamtscheiße. Im Sozialwesen findet die Gesamtscheiße durch das Spardiktat statt, findet die Gesamtscheiße eine Stätte. Dabei entpuppt sich jedoch auch das Wesen des Sozialen als ein Unwesen: Es ist selbst ein Kraftfeld und kein Ort, an dem sich natürlicherweise die Humanität befindet, die vom Profitdenken gieriger Menschen gleichsam an seiner Bestimmung gehindert wird. Es ist, wieder *aktivisch* verstanden, der Ort, an dem (u. a.) Humanisierung und Dehumanisierung stattfinden, es ist eine Stätte der Transformation. Was nun das Spardiktat betrifft, so können wir das Wesen des Spardiktats nur begreifen, wenn wir seine Verwandtschaft mit der Gesamtscheiße in den Blick bekommen: Das Unwesen des Spardiktats wird

nur aus dem Un-Wesen der Gesamtscheiße verständlich, denn unter dem Spardiktat wird nicht einfach nur das Soziale eingeschumpert, sondern in die materiellen Praktiken des Sozialen wird die Gesamtscheiße gleichsam eingelassen. Daran zeigt sich das Un-Wesen des Sozialen: Dieses ist nicht die Gegenbewegung zur Gesamtscheiße, sondern wird zum Ort, an dem sich Gesamtscheiße materialisiert. Das Spardiktat kann also nur dann richtig *erfasst* werden, wenn seine *Unfasslichkeit* in Rechnung gestellt wird, die es mit der Gesamtscheiße teilt: Es beruht auf der aktivisch verstandenen Gesamtscheiße – nicht auf einer wundersamen Neigung der Politiker, diesen oder jenen Etat zu kürzen. *Hier* hätte soziologische Forschung anzusetzen.

Ordnen wir, mit Honneths Weber-Lektüre eine Neu-Kantianische Position einnehmend, das Chaos der empirischen Phänomene zu Konstellationen (ist das nicht sehr Adornitisch?), so ergeben sich idealtypischerweise Gesamtscheißen unterschiedlicher Ordnung. Pflanzen wir diesen Analysen schließlich eine Dimension der Erfahrung ein und weisen das Wirken der Gesamtscheiße in den Gesten und Situationen des Alltags nach, so ergibt sich eine durch Seels Lektüre der *Minima Moralia* informierte Position, die einen Anschluss für emanzipative Praxis ermöglicht. Denn grau ist alle Theorie, wie schon Goethe der Gesamtscheiße entgegenschmettern wusste.

Dass die Linke regrediert, wurde ja bereits festgestellt. Worin diese Regression jedoch besteht, darüber herrscht eiserne Opposition. Ist die Linke anachronistisch verhaftet in veralteten Kategorien, hält an einem halb verstandenen Engels fest, vertraut aufs Proletariat und klammert sich unter sträflicher Vernachlässigung nicht-ökonomischer Unterdrückungsverhältnisse an die Dialektik von Produktivkraft und Produktionsverhältnis, sodass letztlich ihre einzigen Ansprechpartner Metallarbeiter, Maurer und Schlosser sind? Oder besteht ihre Regression genau im Ablassen von diesen Kategorien, in ihrer uferlosen Fokussierung auf „lokale Kämpfe“, die es rhizomatisch zu verknüpfen gälte? Braucht es nach wie vor eine Avantgardistische Partei oder muss neben dem Proletariat auch seine Organisationsform verworfen werden? Braucht es stattdessen Subversion und eine Lebensform, die sich der Vereinnahmung durch den Neoliberalismus stets wieder entzieht?

Der Begriff der Gesamtscheiße versucht in antinationaler Manier, die Antagonismen des Anti-Gesamtscheißediskurses aufzulösen. Ums Ganze als Kant der Praxis. Man kann nun guten Gewissens demonstrieren: gegen Kapitalismus, Rassismus und die ganze Scheiße. Hierin liegt ein Irrweg der Linken Adorno-Aneignung, die sich undialektisch darin versucht, die Revolution, die dann ketzerisch gegen Adorno selbst Erlösung heißt, mit einer falsch verstandenen Theologie aufzuladen. Revolution

wird nicht gemacht, sie *ereignet* sich und spült mit einem einzigen Zug die ganze Scheiße unter die Erde. Die große Revolution würde mit einem Schlag alle Unterdrückung beenden. Sie wäre, mit Wolf Biermann gesprochen, die Endlösung der sozialen Frage.

Gegen diese diffus antinationale, neu-linke, buddhistische Weisheit, der zufolge die Wahrheit immer in der Mitte liegt, behalten sektiererische Leninisten und Antideutsche gleichermaßen Recht. Das Zusammenführen aller Missstände zur Gesamtscheiße, die dann mit einem Mal übersprungen werden soll, kann sich auf das Erfassen der Wirklichkeit nicht mehr einlassen. Ihnen muss die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft misslingen. Im Warten darauf, dass sich die Revolution ereignet, im Bereiten der Ankunft der Revolution, wie man diese Praxis der linken und unfreiwilligen Heideggerianer, nennen könnte, befinden sie sich nicht in einem post-marxistischen Stadium, wie sie es denken, sondern in einem prä-marxistischen, wobei ihnen gleich auch die Welt der Erscheinung zum Ding an sich wird und gegenüber dem, was der Gesamtscheiße einzig Einhalt gebieten könnte, vollkommene Askese geübt wird. Wir als Trinkhalle beschreiten einen anderen Weg. Entschieden und praktisch: gegen Gesamtscheiße und Spardiktat. Solidarität mit allen Gegnern der Gesamtscheiße. Die Welt ist nicht genug.

A&A



Entschieden und praktisch: gegen Gesamtscheiße und Spardiktat. Solidarität mit allen Gegnern der Gesamtscheiße. Die Welt ist nicht genug.

Kontakte & Adressen

ASTA

**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main**
asta-frankfurt.de
Studierendenhaus, Mertonstraße 26-28,
60325 Frankfurt
Tel. 069 798-23181
Fax 069 7020-39
E-Mail info@asta.uni-frankfurt.de

Sekretariat

Regine Nicoleit
(Studierendenhaus: Raum B2)
Tel. 069 798-23181
Fax 069 7020-39
E-Mail info@asta.uni-frankfurt.de
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
9:30-12:30 Uhr
Montag, Dienstag und Donnerstag
13:30-15 Uhr

Beratung & Hilfe

ASTA-Sozialberatung

E-Mail soziales@asta.uni-frankfurt.de
Termine für das Wintersemester 2016/2017
(in der Vorlesungszeit vom
17.10.2016 - 8.02.2017):
Montags von 10 - 12 Uhr auf dem Campus
Bockenheim, Studierendenhaus Raum B7
Mittwochs von 12 - 14 Uhr auf dem Campus
Riedberg, Otto-Stern-Zentrum S1
Freitags von 10 - 12 Uhr auf dem IG Farben
Campus (Westend), PEG 4G. 097 (ab
dem 28.10.2016 und entfällt am 3.11.2016)

ASTA-Rechts- und BAFÖG-Hilfe

Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B7
Montags 10.15-11.00 Uhr,
Freitags 15.30-16.15 Uhr

& Beratungscenters ASTA Haus
auf dem IG Farben Campus
Dienstags 16.00-16.45 Uhr
Mittwochs 9.15-10.00
Donnerstags 17.45-18.30 Uhr

ASTA-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16:00-18:00 Uhr
ASTA Haus (RWH) IG-Farben Campus
[www.mhm-ffm.de/Seiten/ASTA
Mietrechtsberatung.html](http://www.mhm-ffm.de/Seiten/ASTA_Mietrechtsberatung.html)

Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung
www.barrierefrei-studieren.de

Wohnraum gesucht!

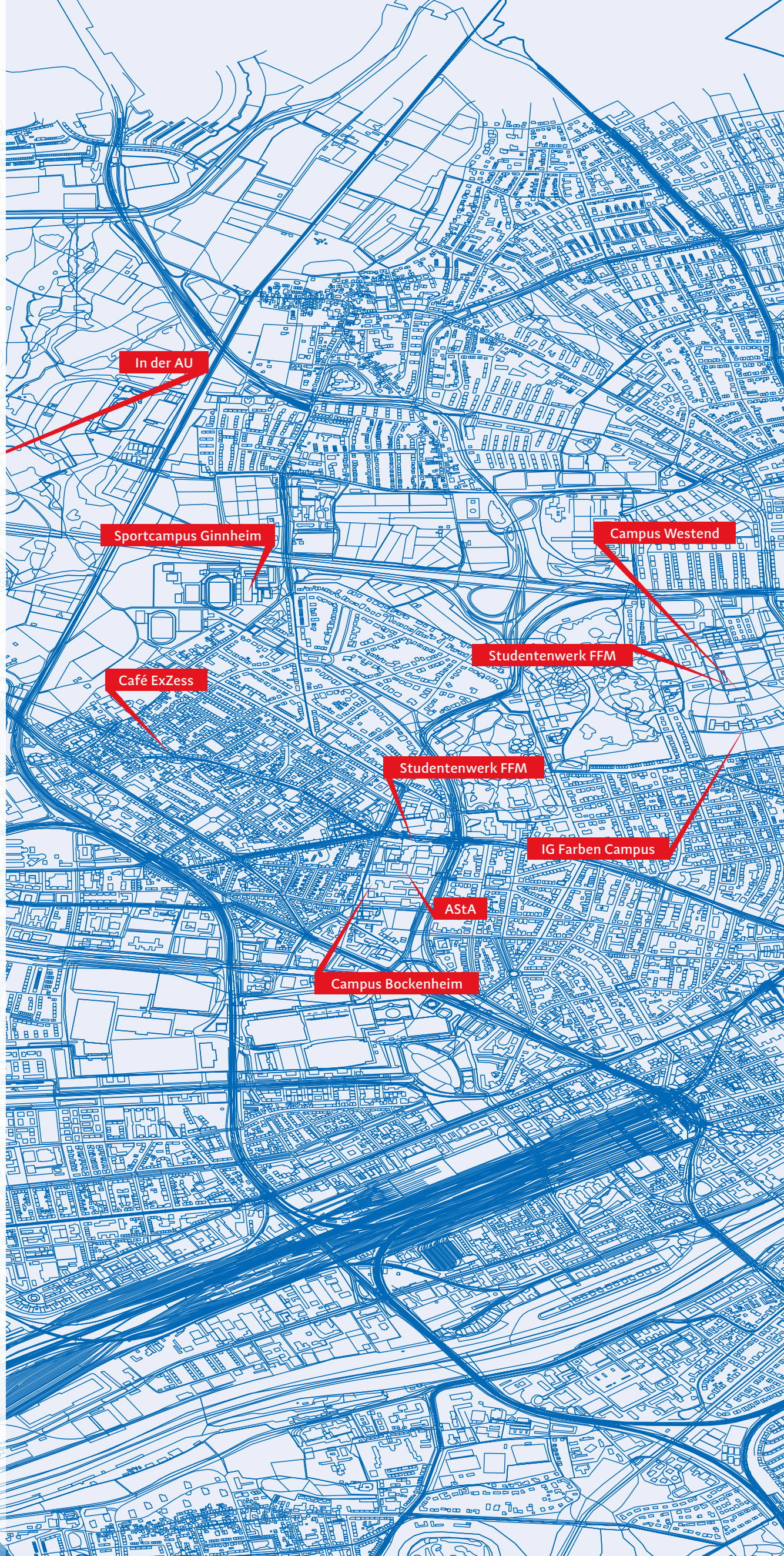
www.wohnraum-gesucht.de

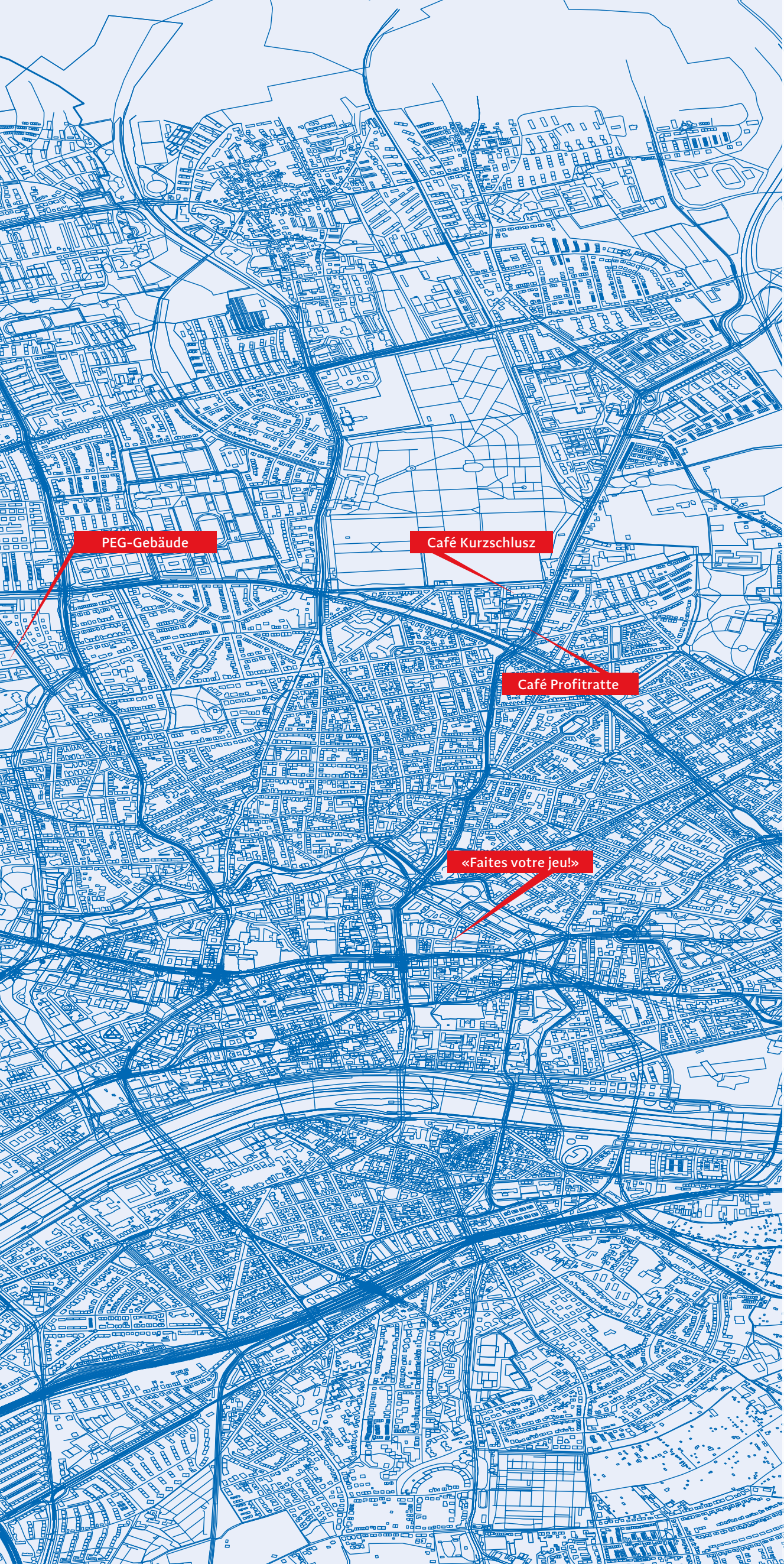
Campus Office

Arbeits- und sozialrechtliche
Anfangsberatung für Studierende der
Goethe-Universität
Dienstags von 14-16 Uhr (Alex)
Mittwochs von 14-16 Uhr (Clara)
im ASTA Beratungscenter
E-Mail: campusoffice@asta-frankfurt.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
E-Mail: Projektrat.unifrankfurt@gmx.de





Autonome Referate

Autonomes AusländerInnenreferat

Telefon: 06979825236

E-Mail: alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FrauenLesben-Referat

Telefon: 069-798 23095

<http://aflr.blogspot.de>

Autonomes Schwulenreferat

Telefon: 06979823052

<http://www.frankfurter-schwule.de>

Autonomes Inklusionsreferat

E-Mail: inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Telefon: 015223535351

E-Mail: eltern@asta-frankfurt.de

Sonstige

Academic Experience Worldwide,
www.aeworldwide.de,

Hilfskraftinitiative Frankfurt,
E-Mail: hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

AK Recht (Ermittlungsausschuss)
www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt,
www.facebook.com/akjffm,
E-Mail: akj-frankfurt@gmx.de

Initiative Kritische Ökonomik,
kritische-oekonomik.de

Initiative Studierender am IG-Farben Campus,
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

UTV, facebook.com/utvfrankfurt,
youtube.com/utvfrankfurt

Project Shelter, www.projectshelter.net

Pupille e.V. - Kino in der Uni, www.pupille.org,
jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50€,
Campus Bockenheim

Campus Trinkhalle am IG Farben Campus
(AStA-Kiosk)

Café Anna Blume (IG 0.155)

Philo-Café (IG 2.451)

Fachschaftscafé Jura & WiWi, RuW 1.127
(IG Farben Campus)

TuCa, PEG 1.G 208 (IG Farben Campus)

Café KOZ, Mertonstraße 26
(Studierendenhaus)

Café Profitratte, Gleimstraße 2 (FH Frankfurt)

Café Kurzschluss, Kleiststraße 5
(Rotes Haus, FH Frankfurt)

Autonome Zentren

IVI - Institut für vergleichende Irrelevanz
-zur Zeit ohne Wohnsitz- www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»
im ehemaligen Polizeigefängnis »Klapperfeld«
Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt,
www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt, www.cafe-exzess.tk

AU In der Au 14-16, 60489 Frankfurt,
www.au-frankfurt.org

Sex und Schein

Eine stundenlange Redaktionssitzung. Die Nerven lagen blank, die Hände zitterten vor lauter Kaffee- und Mate-Verzehr. Wir mussten uns unbedingt ein Thema für die kommende Ausgabe aus den Fingern saugen, doch die waren längst ausgelutscht. Müde und frustriert sahen wir unser Versagen ein und beschlossenen schweren Herzens, den Heimweg anzutreten. Aus dem KoZ wummernde Techno-Klänge inspirierten uns freilich dazu, noch auf ein gemeinsames Feierabendbier zu bleiben. Nach ein paar Schlucken lockerte sich unsere Stimmung und wir realisierten, wo wir eigentlich gelandet waren: Die legendäre „Goethe Gönn Dir“-Party vom autonomen Schwulenreferat, eines der heißeren queeren Spektakel in Frankfurt ... Am nächsten Morgen war uns klar: Wir müssen ein Heft über Sex machen.

Dies stellt kein völliges Novum dar: Im letzten Jahr war die Kontroverse und Kritik an den Pick-Up-Artists eine der folgenreichsten Inhalte der AStA-Zeitung. All jene, die sich sonst nicht in diesen Inhalten wiederfinden, fingen an darüber zu debattieren, neben den Pick-Up-Artists selbst fand auch der Diskurs über sie verstärkt auf dem Campus statt, sogar über Unigrenzen hinaus. Die Studis reden nicht nur im Netz und auf dem Campus über die Pick-Up-Artists als Problem, sondern beide bewegen sich im gleichen Raum, wodurch das Thema seine Wirklichkeit bekommt. Die Pick-Up-Artists finden hier nicht nur ihre Beute, sondern es gibt hier tatsächlich auch Menschen die glauben, dass es sich bei ihren Praktiken tatsächlich nur um Flirttipps für Schüchterne handelt.

Dabei liegt das Problem um die Pick-Up-Artists nicht nur in ihrem Sexismus, sondern auch schlicht darin, dass sie den Flirt – eigentlich eine Kunstform im Sinne eines koketten Spiels zwischen Anziehung und Abweisung, Versprechen und (Ent-)Täuschung – auf eine Kunst im Sinne einer zu erlernenden Technik mit dem Ziel, möglichst viele „girls“ mittels manipulativer Strategien abzuschleppen und notfalls auch gewaltsam zu überrumpeln. Der Flirt wird damit von seiner eigentlich lustvollen Komponente aus der Sicht beider Beteiligten abgeschnitten, höchstwahrscheinlich läuft ein solches Balzverhalten auch auf schlechten Sex hinaus.

Gegen diesen schlechten, sexistischen Sex wollen wir nicht nur eine negative Kritik richten, sondern uns auch mit positiven Gegen- und alternativen Lebensentwürfen befassen, die das Thema „Sex“ in all seiner Buntheit und Vielfalt abbilden. Das Heft soll vor allem eins sein: Polymorph pervers, schrill und sexy. Die Parole lautet: SeX, SEx, sEX.

Wir freuen uns auf eure Einsendungen unterschiedlichster Art. Dies können klassische Essays sein, aber auch künstlerische Beiträge aller Couleur. Falls ihr unsicher seid, könnt ihr uns mit euren Beitrags-Ideen auf uns zukommen.

Die Beiträge sollten max. ca. 8000 Zeichen haben und in einem Word- oder Open-Office-Format eingereicht werden.

Deadline ist der
18. November 2016;
Emailadresse:
zeitung@asta-frankfurt.de

Im Folgenden noch einige Vorschläge für mögliche Themen. Damit wollen wir euch nur ein paar Anregungen geben, keinesfalls alle möglichen Themen abgedeckt haben:

Gibt es politisch korrekten Sex?

Insbesondere aus feministischer Sicht wird immer wieder angemahnt, dass in der bestehenden patriarchalen bzw. heteronormativen Gesellschaft Sex ohne Sexismus nicht gedacht werden kann. Ist Sex also notwendig sexistisch? Oder sind auch schon hier und jetzt Beziehungsformen denkbar, die auf die Utopie eines nicht-sexistischen Miteinanders verweisen? Und auf was ist zu achten, wenn man zumindest anstrebt, weniger sexistischen Sex zu haben bzw. ein weniger sexistisches Beziehungsleben zu führen? Oder besteht das Perfide gerade darin, dass sich Frauen oft auf sexueller Ebene nach ihrer eigenen Unterdrückung sehnen, selbst emanzipierte Männer gern eine dominante Position einnehmen?

Positive Bestimmungen und Utopien sexueller Befreiung

Wenn schon nicht im Hier und Jetzt lassen sich vielleicht Utopien sexueller Befreiung konzipieren, die den bestehenden status quo nicht einfach nur verlängern, sondern wirklich überschreiten? In Gestalt von theoretischen Überlegungen, aber auch in Form von Bild und Text, womöglich gar Musik?

Sex und Studium

Das Studium gilt traditionell als Phase sexueller Libertinage – die allerdings bitteschön gegen Ende hin in eine bürgerliche Kleinfamilie münden soll. Wie sexuell freizügig gestaltet sich das Studium heute noch angesichts eines immer größeren Leistungsdrucks? Und wie ist es um das Ideal bürgerlicher Familienbildung in Zeiten einer neoliberalen Flexibilisierung der Lebensverhältnisse bestellt? Kann es sein, dass durch die Veränderungen und die angesprochenen Flexibilisierungen dies tradierte Modell schon innerhalb der Phase des Studiums zum entscheidenden modus operandi der Studierenden wird?

Sex und Politik

Das Recht, in seinem Schlafzimmer tun und lassen zu können, was man will, ist geradezu der Inbegriff liberaler Freiheit. Von linker wie auch konservativer Seite wird dagegen oft eingewandt, dass auch das Schlafzimmer ein politischer Ort ist: Entweder, weil sich dort gesamtgesellschaftliche Machtverhältnisse reproduzieren oder, weil man sich um den Erhalt von Ehe und Sittsamkeit sorgt. Auf welcher Seite stehst Du?

Sexualität und Gewalt

Sexualität äußert sich immer auch in gewalttätiger Form. Freud ging etwa davon aus, dass in ihr immer auch Aggressionstribe ausgelebt werden. Diese Tendenz

kann bis zur Vergewaltigung gehen, kann sich aber auch auf zärtliche Bisse beschränken. Jüngst vermehrt diskutiert wird die Möglichkeit, auch extreme Phantasien sexueller Gewaltsamkeit in konsensueller Form als BDSM auszuleben. Oder ist das in Wahrheit nur eine Reproduktion gesamtgesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse unter dem Deckmantel der Übereinstimmung?

Sexarbeit

In Frankfurt ist das Thema Sex kaum zu verhandeln ohne dabei an Sexarbeit zu denken. Handelt es sich dabei um eine ganz normale Lohnarbeit, einen Ausdruck patriarchaler Unterdrückungsverhältnisse – oder gar eine Möglichkeit für Frauen, diese Verhältnisse individuell zu subvertieren? Und wenn Sexarbeit ein Problem darstellt, wie kann man damit umgehen, wenn ein einfaches Verbot und moralische Ächtung keine Antworten bieten können? Wie verbreitet ist Sexarbeit in ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen unter Studierenden?

Sexismus an der Uni

Von den Pick-Up-Artists abgesehen ist Sexismus an der Uni ein ubiquitäres Phänomen. Betroffen davon sind insbesondere Angehörige sexueller Minderheiten und Frauen. Viele Studentinnen klagen etwa darüber, sich von Kommilitonen und Dozenten nicht ernst genommen und eingeschüchtert zu fühlen. Oftmals werden sie auch Opfer sexueller Übergriffe, zuletzt etwa wurden entsprechende Vorwürfe gegen den mit dem Frankfurter Exzellenzcluster „Normative Orders“ verbundenen Gerechtigkeitstheoretiker Thomas Pogge laut. Wie denkt ihr über alltäglichen und institutionellen Sexismus in der Akademie?

Geisteswissenschaftliche Analysen zum Thema

Spätestens seit Schopenhauers Entdeckung des Fortpflanzungstriebes als zentralen Motor tierischen und menschlichen Verhaltens, der sich sublimiert auch noch in den höchsten Produktionen des Geistes ausdrückt, ist der Sex immer wieder zum Gegenstand geisteswissenschaftlicher Analysen geworden. Ob Nietzsche, Freud, Reich, Foucault, Deleuze oder Butler: Wir freuen uns über alle Beiträge, die sich in essayistischer Form mit einem*r oder mehreren Theoretiker*innen der Sexualität auseinandersetzen wollen.

Perversion und Glück

Aus gesellschaftskritischer Perspektive wäre Perversion als Unvermögen zu verstehen, sich mit den eingeschränkten Möglichkeiten „normaler“ Sexualität abzufinden und nach etwas Anderem, Neuem, Besserem zu suchen. Pathetisch ausgedrückt: Als Versuch, den Kommunismus auf individueller Ebene lebend zu erreichen. Doch wie weitreichend ist

dieser Versuch? Bleibt er nicht auch stecken – oder führt in letzter Konsequenz zur völligen Entgrenzung? Oder müssen wir gar einsehen, dass sich unser individuelles Glück nur durch strenge Formierung der Allgemeinheit in Ausblick kommen könnte?

Sex im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit

Sexuelle Kontakte ergeben sich heute meist nicht mehr betrunken in der Bar – ein Modus, dem trotz aller Planbarkeit doch der Hauch des Zufalls innewohnt –, sondern über Datingseiten und -apps, die einem aufgrund der angegebenen Präferenzen automatisiert mögliche Partner*innen zuspielden. Und auch der Akt selbst wird mehr und mehr durch den Einsatz digitaler Technologien geprägt. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen? Stellen sie einen neuen Schritt in der sexuellen Emanzipation dar oder geht mit ihnen auch ein Verlust an sexueller Resonanz Erfahrung einher?

Es zeigt sich hier nicht nur das Verhältnis von Digitalität und Sex, sondern es wird im Besonderen die Frage von Technik und Natur gestellt. Gibt es auch im Sinne der Sexualität überhaupt eine natürliche Natur oder ist diese nicht immer schon ausgehend von unserer Künstlichkeit der Natur zu lesen, was die Annahme einer ersten gottgegebenen Natur in Frage stellen würde.

Und denkt daran, nicht am 18. Brumaire, sondern am 18. November ist der Tag der Abrechnung!

Liebt, eure AStA-Zeitungsredaktion

#Call for Sex

22. Oktober

Goethe Gönn dir #4 Queere Campusparty
im Studierendenhaus Bockenheim

3. November

AStA-Semesterstartparty
im Studierendenhaus Bockenheim

18.–20. November

Unter_bau Gewerkschafts
Gründungskongress im Studierendenhaus
Bockenheim

23. November

Marktplatz der kritischen Initiativen
und Vollversammlung im PEG am Campus
IG Farben

24. November

Hauptsachverfahren: „Pick Up Artist“
verklagt AStA. Landesgericht Frankfurt

25.–27. November

Filmfestival Spektrale im
Studierendenhaus Bockenheim

Thema der nächsten Ausgabe: **\$ex und \$chein**